

Arzt: Springer Verlag AG, Post 10 03 04, 4300 Essig 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
WELT: Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (0228) 994-1 / Anzeigenredaktion Köln (020 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 247-1 - Pflichtlos an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 sfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p
Italien 1500 L, Jugoslawien 900,00 Din, Luxemburg 25,00 fr, Niederlande 2,20 fl
Norwegen 2,50 skr, Österreich 14 BS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr
Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Ptas, Tschechoslowakei 180 Pts, Türkei 700 TL

MEXICO 86



„Wie im Kindergarten“

Deutschland hat schon vor dem Spiel gegen Dänemark das Achtelfinale erreicht. Dennoch gibt es - diesmal durch Rummenigge (Foto) - wieder aktuellen Wirbel. Spielt er - er will, oder spielt Alofs? Für Kanzeramtsminister Wolfgang Schäuble in seinem Gastbeitrag für die WELT steht fest: Ein gesunder Rummenigge gehört ins Team. (S. 8).

WM heute: Die ARD überträgt von 20 Uhr an live die Begegnung Algerien - Spanien. Um 21.45 Uhr folgt Nordirland - Brasilien als Aufzeichnung. (S. 9)

Spieltage: Die WM hat ihren ersten großen Schluger. Am 17. Juni treffen im Achtelfinale Europameister Frankreich und Weltmeister Italien aufeinander. (S. 9)

Genscher warnt jetzt vor Einsätzen in Nicaragua

„Aufbauhelfer“ frei / Hat die Besetzung der deutschen Botschaft Folgen?

B. CONRAD / H. HECK, Bonn
Die Bundesregierung hat den Vereinigten Staaten für ihre Mithilfe bei der Freilassung der von den Contras in Nicaragua entführten acht deutschen „Aufbauhelfern“ gedankt. Die US-Regierung hatte erheblichen Druck auf die von ihr unterstützten anti-sandinistischen Rebellen ausgeübt. Dabei gab vermutlich die bevorstehende Abstimmung im Kongress über die weitere Hilfe an die Contras den Ausschlag.

Die vor drei Wochen Entführten waren am Dienstag um 18 Uhr Ortszeit in dem nicaraguanischen Dorf Presilitas von der Rebellenbewegung „Demokratische Kräfte Nicaragua“ (FDN) freigelassen worden. Fünfzehn Stunden später traf der von Bonn alarmierte SPD-Abgeordnete Hans-Jürgen Wischniewski, der in Managua als Vermittler tätig war, in Presilitas ein, um die „Aufbauhelfer“ in seine Obhut zu übernehmen. Die entscheidenden Gespräche mit Vertretern der Contras hatte der Bürochef des Bundesaußenministers, Jansen, in Honduras geführt.

Genscher appellierte an alle Deut-

schen, sich künftig nicht in Gebieten aufzuhalten, in denen ein Bürgerkrieg geführt werde. Auch die Organisationen, die „Aufbau-Einsätze“ wie jene in Nicaragua leiteten, sollten sich ihrer Verantwortung bewusst sein. Als rechtswidrigen Akt, der sich am Anfang negativ auf die Bemühungen Bonn auswirkte, habe, bezeichnete Genscher die gewaltsame Besetzung der deutschen Botschaft in Managua durch Sympathisanten der Entführten am 20. und 21. Mai. Die Frage strafrechtlicher Folgen wird

minister Jürgen Warnke „durch Prestigeerwägung auf beiden Seiten des nicaraguanischen Bürgerkrieges erschwert worden“. Warnke warf der SPD vor, daß sie die Entführung der Brigadisten zum Anlaß genommen habe, in ihrem offiziellen Presse-Dienst Präsident Reagan zu beschimpfen. „Rau schweigt zu dieser ungleichen Verunglimpfung des Staatsoberhauptes unseres wichtigsten Verbündeten - er ist nicht Herr im Haus der SPD.“

Die Sicherheitsbehörden haben der Bundesregierung mitgeteilt, daß von den zwölf deutschen „Brigadisten“, von denen acht von den Contras gefangen genommen waren und vier entkommen konnten, „eine Person der DDP angehört und mindestens vier weitere dem Verfassungsschutz durch Aktivitäten der Neuen Linken bekannt geworden sind“. Nach diesen Informationen sind seit Ende 1983 „etwa 1000 Personen aus der Bundesrepublik Deutschland als sogenannte Arbeitsbrigadisten nach Nicaragua gereist“, um mit „praktischer Solidaritätsarbeit“ das sandinistische Regime zu unterstützen.

SEITE 3:
Weitere Berichte

noch geprüft. Nachdem geklärt ist, daß Helfer der evangelischen Organisation „Dienste in Übersee“ maßgeblich an der Besetzung der deutschen Botschaft beteiligt waren, will die Bundesregierung in Gesprächen mit der evangelischen Kirche sicherstellen, daß „Dienste in Übersee“ keine Unterstützung aus Steuergeldern mehr erhalten. Die Freilassungs Bemühungen sind nach Meinung von Entwicklungsmi-

DER KOMMENTAR

Eine Lehre

BERNT CONRAD

Die Entführung von acht deutschen „Aufbauhelfern“ in Nicaragua hat ein glückliches Ende gefunden. Das ist im Interesse der Betroffenen und ihrer Angehörigen zu begrüßen. Doch die Affäre, die in den letzten drei Wochen viel, möglicherweise zuviel Aufregung verursacht hat, erfordert kritische Anmerkungen.

Zunächst ist festzustellen, daß es sich bei den Entführten teilweise um gutgläubige Idealisten, teilweise aber auch um militante Aktivisten linker Observanz gehandelt hat, die der Bundesregierung höchst negativ gegenüberstehen. Das wurde gleich am Anfang deutlich, als Gesinnungsgenossen der Entführten die deutsche Botschaft in Managua „besetzten“, den Botschafter quasi gefangen hielten, Schränke und Türen aufbrachen und Akten entwendeten. Dies sollte schnell gerichtlich geahndet werden.

Daß Bonn trotzdem alles in seinen Kräften stehende getan hat, um die Entführten freizubekommen, entspringt der Für-

sorgepflicht für deutsche Staatsbürger, die in Schwierigkeiten geraten sind - unabhängig von ihrer politischen Einstellung. Urns notwendig war der Appell Genschers an alle Betroffenen, künftig Gegendes zu meiden, in denen ein Bürgerkrieg tobt.

Diese Aufforderung gilt allen „Aufbauhelfern“ in Nicaragua und anderswo, besonders aber ihren Auftraggebern, in erster Linie dem Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal. Es war unverantwortlich von diesem Büro, junge Menschen unter Lebensgefahr in Kriegsgebiete zu entsenden und nach eingetretene Schäden auch noch die Angehörigen der Entführten gegen die Bundesregierung aufzuheizen, weil diese angeblich nicht genug für deren Freilassung tue.

Das ist die Kehrseite einer Affäre. Sie hat im übrigen wieder einmal gezeigt, daß sich die Bundesrepublik Deutschland im Ernstfall auf die Unterstützung durch Washington verlassen kann.

Emnid sagt Sieg Albrechts voraus

FDP liegt bei sechs Prozent / Sieben Prozent für die Grünen / Keine rot-grüne Mehrheit

DW, Bonn
Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid in Niedersachsen im Zeitraum vom 3. bis 5. Juni (auf der Basis von 600 Befragten) hat folgende Ergebnisse erbracht:

1. Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Landtagswahl wäre?

CDU	47%
SPD	38%
FDP	6%
Grüne	8%

2. Was meinen Sie, wird Ernst Albrecht (CDU) Ministerpräsident bleiben oder wird Gerhard Schröder (SPD) neuer Ministerpräsident werden?

Albrecht	67%
Schröder	31%

3. Angenommen Sie könnten den Ministerpräsidenten direkt bestimmen: Für wen würden Sie sich entscheiden?

Ernst Albrecht	54%
Gerhard Schröder	46%

4. Könnte die SPD die absolute Mehrheit erreichen oder ist das ganz ausgeschlossen?

Möglich	20%
Ausgeschlossen	79%

5. Wird die FDP in den Landtag kommen oder glauben Sie das nicht?

Ja	57%
Nein	42%

6. Wer wird die Landtagswahl gewinnen, wer wird die meisten Stimmen bekommen: CDU und FDP gemeinsam oder SPD und Grüne gemeinsam?

CDU und FDP	61%
SPD und Grüne	36%

7. Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?

CDU/CSU	46%
SPD	41%
FDP	5%
Grüne	7%

Osten bietet „wirksame“ Kontrollen an

Warschauer Pakt will 25 Prozent der Truppen abbauen / Vorschlag für neues „Forum“

R. ESTARRUOL, Budapest
Der Warschauer Pakt und die NATO sollen nach einem Vorschlag des östlichen Militärverbundes ihre Truppenstärke in Europa in den kommenden ein oder zwei Jahren um jeweils 100 000 bis 150 000 Soldaten verringern. Darüber hinaus soll bis Anfang der 90er Jahre eine 25-prozentige beiderseitige Truppenreduzierung - oder ein Abzug von je 500 000 Mann - erfolgen. Gleichzeitig bot das östliche Militärverbund zum Schluß seines Gipfelfreistreffens in Budapest „wirksame“ Kontrollen zur Überwachung dieser Maßnahmen an, einschließlich „Inspektionen vor Ort“. Ein paritätisch besetztes noch zu schaffendes Kontrollorgan solle diese ad hoc ausführen.

Bei den Luftstreitkräften schlug die östliche Seite eine 25-prozentige Reduzierung der Mannschaften und Ausrüstung vor, wobei die taktischen, mit Atomwaffen bestückten Flugzeuge einbezogen werden sollen. Bei schrittweiser Realisierung des Plans könnte dies bedeuten, daß in Europa in den 90er Jahren vom Atlantik bis zum Ural rund eine Million Soldaten weniger stationiert seien, verlautele aus Budapest.

Zum Unterschied zu der vergangenen Tagung im Oktober 1985 in Sofia, hat jetzt der Warschauer Pakt den von Gorbatschow im April dieses Jahres in Ost-Berlin angekündigten Abrüstungsvorschlag als eine eigene gemeinsame Initiative veröffentlicht. Die Vorschläge gehen weit über die feststen Kompetenzen der Wiener MBFR-Konferenz, die für die konventionellen Waffen und Truppen in Mitteleuropa zuständig ist, hinaus. Dieser Appell richtet sich an alle Länder beider Bündnisse sowie an die bündnisfreien europäischen Staaten. „Angesichts der Dringlichkeit, die militärische Konfrontation in Europa abzubauen“ schlagen die Ostblockstaaten die Schaffung eines neuen Sonderforums vor.

Auch wird nichts darüber gesagt, was jenseits des Urals zu geschehen hat.

Bemerkenswert ist, daß in dem Bündel der meist alten Vorschläge die Bindung zwischen strategischer Waffen und Weltraumwaffen nicht mehr ausdrücklich hervorgehoben wird. Nichts deutet in dem Kommuniqué auf die Unstimmigkeiten zwischen der „DDR“-Delegation und den Vertretern der UdSSR andererseits in gewissen Details hin. Die „Aktivitäten rüchenschichtiger Kräfte vor allem in der Bundesrepublik Deutschland“ werden dafür pflichtgemäß erwähnt. Die Sowjetunion hat sich aber bereit erklärt, „im Falle der vollständigen Beseitigung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa“, die in der „DDR“ und CSSR stationierten operativ-taktischen Raketen zu liquidieren.

In Genf kamen unterdessen gestern amerikanische und sowjetische Abrüstungsexperten zu einer nicht angekündigten Plenarsitzung zusammen. Dabei trafen sich die Gruppen, die über strategische Waffen sowie über Mittelstrecken- und Weltraumwaffen verhandeln. Normalerweise werden solche Beratungen nur zum Beginn und zum Ende einer Sitzungsperiode einberufen. Zwischendurch wurden sie bislang nur anberaumt, wenn eine der beiden Seiten neue Vorschläge unterbreiten wollte.

Über den weiteren Verlauf der Reduzierung bis zur vorgesehenen Null-Option der Massenvernichtungswaffen im Jahre 2000 schweigt sich das Budapest-Dokument aus.

Heute will Dollinger die ASU retten

DW, Bonn/München

Bundesverkehrsminister Werner Dollinger will grundsätzlich an der Abgas-Sonderuntersuchung (ASU) für Autos festhalten. Heute steht er deshalb vor einer Kraftprobe mit seinen Kollegen in den Bundesländern: Bei der Verkehrsministerkonferenz in München soll geklärt werden, unter welchen Umständen die von Bayern, dem Saarland und der Hansestadt Hamburg im Alleingang für überflüssig erklärte Abgassonderuntersuchung doch noch zu retten ist. Dollingers Position: „Den Bundesländern steht nicht das Recht zu, gültige Rechtsverordnungen des Bundes direkt oder indirekt außer Kraft zu setzen.“

Es ist geboten, weil immer mehr Landesregierungen Sinn und Wirkung der am 28. Mai 1984 im Bundesrat beschlossenen Entgiftungsmaßnahme in Zweifel ziehen. Leidtragende des Bund-Länder-Streites sind vor allem die Autofahrer: Wer ohne ASU-Plakette vom bayerischen Neu-

Ulm ins schwäbische Ulm fährt, wo die ASU-Regelung beibehalten wird, geht das Risiko der Bußgeld-Zahlung ein.

Das Hauptargument der ASU-Gegner ist, daß die Senkung der Kohlenmonoxid- und Kohlenwasserstoffwerte bei Alltagsfahrzeugen zu mehr Stickoxidemissionen führe. Die aber seien die Hauptursache des Waldsterbens. Dollingers Gegenposition: Die ASU reduziere den Kohlenmonoxid-Ausstoß um 1,1 Millionen Tonnen und die Emission der Kohlenwasserstoffe um 60 000 Tonnen. Im Sommer Verkehrsministerium werden aber Nachbesserungen erwogen. Dazu geht Dollinger, der ASU-Ausweitung auf Dieselfahrzeuge, Fahrzeugen, die vor 1970 gebaut wurden, sollen von der Prüfung ausgenommen werden.

Dollingers Parteifreund, der bayerische Verkehrsminister Jaumann, will am Ausstieg aus der Sonderprüfung mit dem Argument festhalten, daß ein vereinfachtes Prüfverfahren-

Untersuchungen im Rahmen des TÜV-Turnus - dasselbe Ergebnis bringt. Zudem dürfe nicht beim Leerlauf gemessen werden, sondern unter Lastbedingungen. Die Motorregulierung bringt ohnehin nur bei den Kohlenmonoxiden einen nennenswerten Senkung: 23 Prozent. Am Freitag werde Bayern einen Bundesrats-Entschließungsantrag einbringen. Neben den ASU-Ausweitung Bayern, Saarland und Hamburg ergibt sich folgendes Meinungsbild in München:

Kiel hält an ASU fest - Bußgeld: 30 Mark. Bremen: Droht mit 100-Mark-Bußgeld - säumige Fahrer sollen aber zunächst mündlich ermahnt werden. Stuttgart: „Wir sind bundestreu.“ Auch Mainz will die ASU-Plakette beibehalten. Das ist auch der Kommentar in Wiesbaden. Berlin: „Wir scheren nicht aus.“ Hannover: Die Polizei will „stillschalten“, wenn Fahrzeuge ohne ASU-Plakette angetroffen werden. Düsseldorf: Alleingänge sind widersinnig.“ Ebenso der des Saarlandes.

Wenig Aussicht auf schärfere Gesetze

DW, Bonn

Im Bundeskabinett besteht offensichtlich wenig Neigung, als Konsequenz aus den gewaltigen Ausschreitungen der vergangenen Tage in Wackersdorf und Brokdorf das Demonstrationsstrafrecht zu ändern. Regierungssprecher Ost berichtete gestern in Bonn, Bundeskanzler Kohl halte „nichts davon, jetzt auf die Schnelle über Gesetzesänderungen zu reden“. Zuvor hatte es geheißelt, Zimmermann habe im Kabinett verlangt, die gesetzlichen Bestimmungen zu verschärfen.

Treffen der „Solidarität“

DW, Warschau

Die Untergrundführung der verbotenen polnischen Gewerkschaft „Solidarität“ hat sich nach Angaben von Friedensnobelpreisträger Lech Walesa heimlich getroffen, um über das weitere Vorgehen nach der Verhaftung ihres Führers Zbigniew Bujak zu beraten. Walesa teilte mit, er habe eine Erklärung der Untergrundführung unterschrieben, in der Bujaks „Kampf für die Rechte der Bürger und Arbeiter“ herausgestellt worden sei.

Scharfer Wind im Blätterwald

J.B. Hamburg

Durch die deutsche Presselandschaft weht ein scharfer Wind, die Konjunktursonne strahlt nur mäßig. Ein lebhafter Export und der nur langsame Aufschwung des privaten Verbrauchs engen den Wachstums-spielraum der Verlagsbranche ein. Der Umbruch bietet aber jenen Unternehmen, die gut gerüstet in die Offensive geben, viele Chancen, meint Peter Tamm, Vorstandsvorsitzender der Axel Springer Verlag AG (Berlin). Seite 13: Ertragsstark

Chinas KP-Chef sucht in Bonn einen Verbündeten

Peking strebt Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen an

JOCHEN HEHN, Hongkong

Wirtschafts- und handelspolitische Themen stehen bei dem heute beginnenden fünftägigen Besuch des chinesischen KP-Generalsekretärs Hu Yaobang in der Bundesrepublik Deutschland im Vordergrund der Gespräche. Für die Bundesregierung dürfte es dabei von großem Interesse sein, aus erster Hand Informationen über den künftigen Kurs der chinesischen Reformpolitik zu erhalten. Bonn-Besucher Hu wird versuchen, seine Gastgeber davon zu überzeugen, daß Chinas „Politik der offenen Tür“ von Dauer ist und nicht an die Person ihres Initiators Deng Xiaoping gebunden ist.

Die Bundesrepublik ist für Peking ein Staat, mit dem seit 1972 Beziehungen gepflegt werden. Selbst historisch sind Vorbelastungen nicht auszumachen, denn nach der durch die Niederlage im Ersten Weltkrieg erzwungene Ahtretung aller Kolonien - auch der in China - kamen sich Deutschland und China als gemeinsame Verlierer schon sehr früh politisch, wirtschaftlich und kulturell na-

CSU-Streit um Wackersdorf

DW, München

Die Entscheidung der bayerischen Regierung über die zweite Teilerichtungs-genehmigung für Wackersdorf ist nach den Worten von Justizminister Lang offen. Erst müsse die Wirtschaft überzeugend darlegen, ob die „Wiederaufarbeitung heute und in Zukunft notwendig ist“. Diese Äußerungen Langs auf einer CSU-Veranstaltung in Regensburg stehen im Gegensatz zur Meinung von Ministerpräsident Strauß, für den „ein Rückzug nicht in Frage kommt“.

Gewerkschaft will an die Börse

DW, Neuss

Die Gewerkschaften wollen sich nicht von der Bank für Gemeinwirtschaft (BG) und dem Versicherungsunternehmen Volksfürsorge trennen, schließen einen Gang an die Börsen zur Kapitalbeschaffung aber nicht aus. Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Ernst Breit, sagte gestern in Neuss, der Verkauf der Wohnungen der Neuer Heimat sei jetzt die einzige Möglichkeit, die wirtschaftlichen Probleme des Unternehmens zu lösen.

„Eins Plus“ nun auch in Bayern

DW, Bonn

Das ARD-Satellitenprogramm „Eins Plus“ wird nun auch in Bayern voraussichtlich schon in absehbarer Zeit zu sehen sein. Der zuständige Aufsichtsrat der Münchner Gesellschaft für Kabelkommunikation (MGK) hat gestern den vom Bayerischen Rundfunk (BR) vorgelegten Vertrag zur Einspeisung des Programms in die bayerischen Kabelnetze genehmigt. Bayern war das einzige Bundesland, das dieses Programm noch nicht genehmigt hatte.

POLITIK

Gedenken: Zum 70. Jahrestag der Schlacht von Verdun wird am Samstag an der Totengedenkstätte von Douaumont eine deutsch-französische Gedenktafel enthüllt. Sie erinnert an das Treffen von Bundeskanzler Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand vor zwei Jahren.

Italien: Der stellvertretende Regierungschef Forlani ist jetzt auch Präsident der Democrazia Cristiana. Der DC-Nationalrat wählte ihn als Nachfolger von Flaminio Piccoli, der zum Vorsitzenden der christdemokratischen Internationale gewählt wurde.

Reife: Jeder sechste Lehrling hat Abitur. Nach Angaben des DIHT sind im vergangenen Jahr mehr als 140 000 Abiturienten vor allem in Industrie, Handel und bei Banken ausgebildet worden.

Israel: Die Auseinandersetzungen zwischen weltlich orientierten und strenggläubigen Juden eskalieren. In Tel Aviv wurde in einer Synagoge Feuer gelegt, offensichtlich ein Vergeltungsschlag gegen religiöse Eiferer.

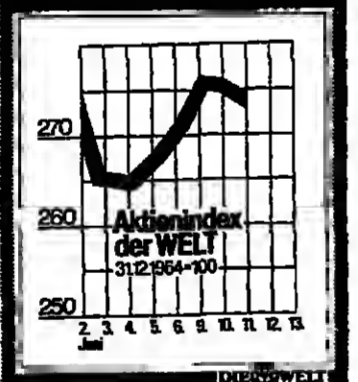
Partner: Bundesminister Heinrich Windelen hat die Kommunalpolitiker gemeinhin, Vereinbarungen über Städtepartnerschaften mit der „DDR“ nicht politisch zu übertragen. (S. 4)

Abberufen: Der erste Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Wladimir Lomejko, ist ohne Angabe von Gründen von seinem Posten abgelöst worden. Er galt als Mann von Gromyko.

WIRTSCHAFT

Steuereinnahmen: Die Schätzer sind bestigt: Der Bund erwartet 1986 eine Zunahme der Steuereinnahmen um 2,5 Prozent auf 211,4 Mrd. Mark und die Länder eine Steigerung um 6,1 Prozent auf 163,6 Mrd. Mark. (S. 11)

mittlerweile 2,2070 (2,2305) Mark. Goldpreis je Feinunze 347,40 (347,70).



Börse: Die deutschen Aktienmärkte schlossen gestern uneinheitlich. Von heute an veröffentlicht die WELT im Kurstest den Börsennotierungstag - Kurstest: 167 Mark. Am Rentenmarkt waren öffentliche Anleihen nur geringfügig verändert. WELT-Aktienindex 274,31 (276,53), BHF-Rentenindex 106,552 (106,538), BHF-Performance-Index 104,492 (104,450). Dollar-

INDEX DER WELT

KULTUR

Pour le Mérite: Drei neue Mitglieder aus Wissenschaft und Kunst wurden in den Orden aufgenommen. In die sich „selbst ergänzende Gemeinschaft“ hervorgehobene Gelehrter. Darunter Nobelpreisträger Hans Bethge. (S. 19)

Max-Planck-Gesellschaft: Es war der Hilferuf eines um den wissenschaftlichen Ruf der Vereinigung stürzenden Präsidenten: Heinz Stab ist in Sorge, daß Bund und Länder das Renommee der Gesellschaft kaputtsparen. (S. 18)

SPORT

Olympia: Die Sommerspiele 1988 von Seoul werden nun auch auf nordkoreanischem Gebiet mit zwei Sportarten ausgetragen. Das wurde vom IOC sowie den beiden koreanischen NOK in Lausanne beschlossen. (S. 9)

Fußball: Die Europäische Fußball-Union hat den AS Rom aus dem UEFA-Wettbewerb 1986/87 ausgeschlossen. Sie reagierte damit auf einen Bestechungsver-such an dem französischen Schiedsrichter Vautrot. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Studenten: Die Korporationen sind wieder da, auch die katholischen farbtragenden Verbindungen (Foto), die im Cartellverband (CV) zusammengeschlossen sind. Heute tritt der Verband in Frankfurt zu seiner 100. Cartellversammlung zusammen. (S. 20)

Kunst-Station: Auftakt für ein ehrsgeiziges Programm der Bundesbahn mit der Ausstellung „Gesichter - Christus - Gesichter“ des österreichischen Malers Arnulf Rainer. Kunst im Bahnhof. (S. 20)

Umwelt - Forschung - Technik
Leserbriefe und Personalien
Fernsehen
Wetter: Freundlicher

Seite 6
Seite 7
Seite 18
Seite 20

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Rückschritt in Budapest

Von Rüdiger Moniac

Die erste Bewertung des vom Warschau-Pakt-Gipfel in Budapest gemachten neuen Abrüstungsvorschlags für Europa zeigt, daß der Osten offensichtlich der Vielzahl früherer lediglich einen neuen hinzufigte, dessen Realisierbarkeit weit hinter seinem propagandistischen Effekt zurückbleibt.

Gorbatschow führt, wie es den Anschein hat, wieder die seit Jahrzehnten altbewährte Methode der sowjetischen Führung vor, mit neuen Rüstungskontrollvorschlägen neue Hoffnungen in der westlichen Öffentlichkeit zu wecken. Wenn es dann aber an die echten Verhandlungen zwischen den Fachleuten beider Lager gehen soll, zeigt sich, wie bereits in den jetzt schon seit langem laufenden Bemühungen in Wien, Genf oder Stockholm, daß die Sowjets tatsächlich doch nicht den Willen zur Abrüstung haben. Dann zeigt sich auch, daß sie die Rhetorik besser beherrschen - und das auch nur deshalb, weil ihnen die Beeinflussung des westlichen Handlungswillens, Verteidigungsbereitschaft zu erhalten, wichtiger ist als die Entlastung der eigenen Wirtschaft von den riesigen Rüstungsaufwendungen.

Gorbatschow bestätigt sich damit in der Tradition sowjetischer Beeinflussungspolitik gegenüber dem Westen. Der Ruf, der ihm bei seinem Amtsantritt voraussetzte, er wolle in der Außenpolitik den neuen Weg wirklichen Ausgleichs mit dem Westen gehen, ist nach Budapest endgültig zerstoßen. An einem konkreten Punkt läßt sich die Fadenscheinigkeit der angeblichen sowjetischen Abrüstungsbereitschaft regelrecht beweisen: Der Budapest Vorschlag an den Westen sieht für beide Seiten zahlenmäßig gleich große Verminderungen konventioneller Truppenstärken vor.

Dieses Prinzip, würde es verwirklicht, widerspricht der Forderung nach gleicher Sicherheit, da der Osten sehr viel mehr Soldaten unter Waffen hat als der Westen. Die ungleiche Reduzierung hatte der Osten bei den Wiener MBFR-Verhandlungen längst anerkannt. Dort hatte die östliche Seite am 20. Februar 1986 selbst angeregt, 11 500 sowjetische Soldaten sollten abgezogen werden, wenn im Gegenzug 6500 amerikanische nach USA verlegt würden. Gorbatschow muß sich in großer interner Erklärungsnot befinden, wenn er einen Vorschlag als „neu“ entriert, der hinter die alten Vorschläge zurückgeht.

Opferfest

Von Peter M. Ranke

Die islamische Welt hat gerade den Fastenmonat Ramadan mit dem fröhlichen Opferfest „Id el Fitr“ beendet. Kaum waren die ersten Lämmer geschlachtet und am Spieß gebraten, trafen sich an der gemeinsamen Grenze die Außenminister Syriens und Iraks zu einem ersten Versöhnungsgespräch seit Beginn des Golfkrieges vor mehr als fünf Jahren. Die Frage ist, wer opfert und wer geopfert wird.

Die beiden Minister sprachen zunächst nicht über den Golfkrieg, in dem ihre Regierungen auf verschiedenen Seiten stehen. Syrien unterstützt das Ayatollah-Regime in Iran, während Irak die arabischen Golfstaaten hinter sich weiß. Das Thema Golfkrieg und sein Ende wird wohl erst bei einem Treffen zwischen dem syrischen Präsidenten Assad und dem irakischen Staatschef Saddam Hussein näher besprochen werden. Das soll auf einer arabischen Gipfelkonferenz im Juli sein. Unbestimmt bleibt, ob es wirklich gelingen wird, Syrien aus dem Bündnis mit Iran herauszubringen.

Aber heute schon ist Teheran tief beunruhigt über einen möglichen Seitenwechsel Syriens und hat seinen Vize-Außenminister Ali Bescharat nach Damaskus entsandt. Dort lobte Assad die „strategischen Beziehungen“ zu Teheran, während eine irakische Zeitung diese strategische Achse als „Allianz des Verrats“ schmähte. Aber das muß, wie man in Nahost weiß, kein Hindernis für einen politischen Handel sein.

Irak hat gerade in Paris neue Waffenlieferungen für 3,5 Milliarden Franc beantragt, kann aber nicht mehr zahlen. Rohöl hat als Tauschobjekt seinen Wert verloren. Auch die Saudis springen nicht mehr in die Bresche. Syrien kann seine laufenden Finanzverpflichtungen nicht mehr erfüllen. So scheint es, daß der Golfkrieg zum Erliegen kommt, weil die Kriegsanstrengungen nicht mehr finanzierbar sind.

Genau an diesem Punkt haben die Vermittler, Jordaniens König Hussein und der saudische Kronprinz Abdullah, angesetzt, um eine Aussöhnung zwischen Bagdad und Damaskus zu arrangieren. Die Saudis scheinen bereit zu sein, Syrien eine „Ablösung“ zu zahlen. Das Treffen an der Grenze kann daher der erste Schritt zum Ende des Golfkrieges sein.

Eulen nach Athen

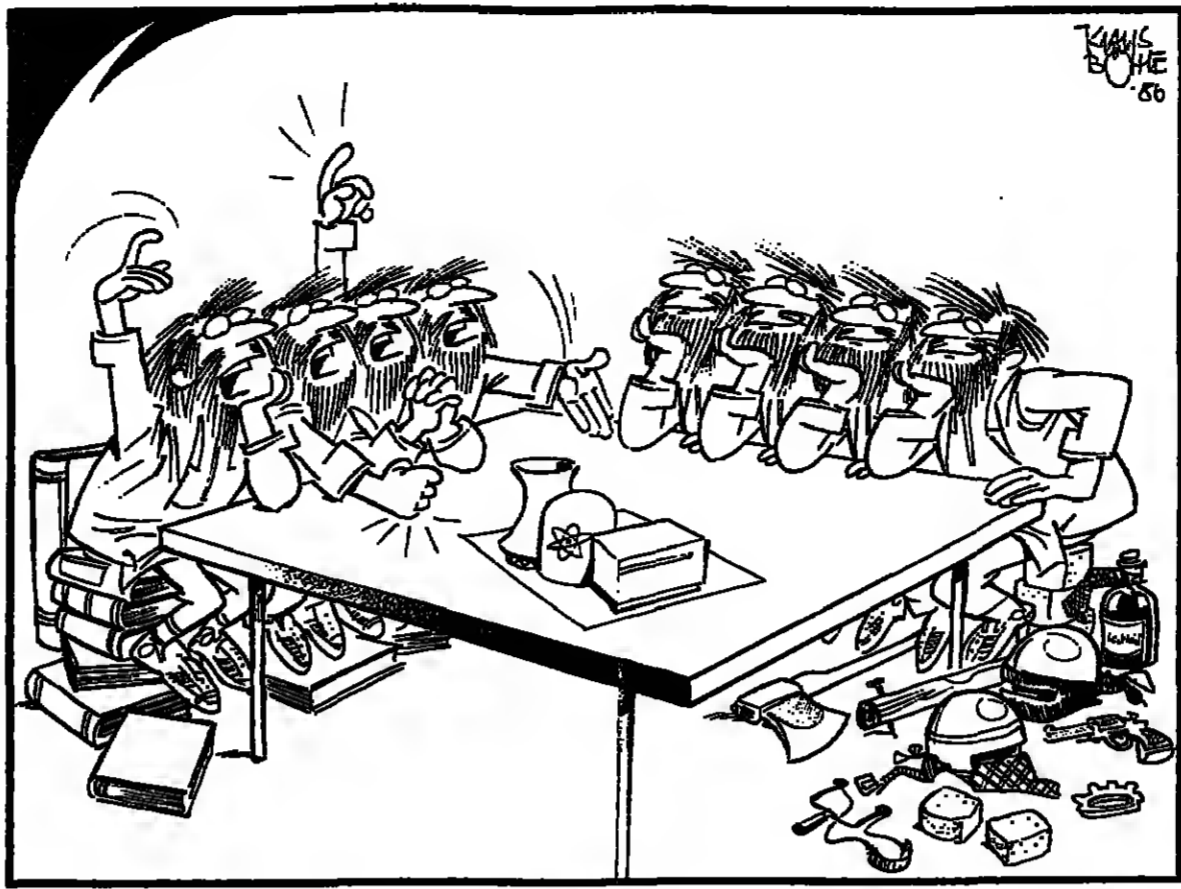
Von Hans-Jürgen Mahnk

Die Europäische Gemeinschaft mutet nicht nur den Steuerzahlern, sondern der ganzen Welt immer mehr zu. Butter für die Kälber - als dieser Vorschlag vor Monaten gemacht wurde, gab es noch einen Sturm der Entrüstung; in der vergangenen Woche wurde das aber dann doch beschlossen. Und nun der neueste Streich: EG-Rindfleisch für Lateinamerika. Vor kurzem schien das noch unvorstellbar. Jetzt sollen rund hunderttausend Tonnen nach Brasilien verkauft werden.

Dabei ist der südamerikanische Subkontinent für die Rinderzucht prädestiniert - große Flächen, günstiges Klima, dort muß den Tieren für den Winter kein Dach über den Kopf gebaut werden. Trotzdem läuft das Geschäft - dank gewaltiger Subventionen. Bei jedem Kilo, für das die Brasilianer (wie zuvor die Sowjets und die Rumänen) 1,30 Mark zahlen, muß der europäische Steuerzahler mehr als sieben Mark zuschießen. Denn für rund 8,50 Mark wurde es von den Erzeugern aufgekauft. Allein dieses signalisiert, in welcher Sackgasse die Agrarpolitik steckt, wie gewaltig die Fehlentwicklungen waren.

Als die EG 1957 gegründet wurde, gehörte Südamerika zu den traditionellen Lieferanten der Europäer. Nicht nur diese Einfuhren gibt es bis auf einen kleinen Rest für hochwertige Ware praktisch nicht mehr, weil die EG-Produktion aufgrund hoher garantierter Preise immer weiter ausgedehnt wurde. Sondern die EG hat, um mit den Überschüssen fertig zu werden, mit stark gedrückten Preisen den anderen auch Märkte abgejagt. Und jetzt werden die Handelsströme sogar umgekehrt.

Dieses hat schmerzliche Konsequenzen, ganz abgesehen von den Kosten. Die Absatzmöglichkeiten der Industrie werden eingeschränkt. Und die Vorbehalte der Entwicklungsländer gegen eine neue Liberalisierungsrunde im Welthandel, die auch von der Bundesregierung so heiß favorisiert wird, werden geschürt. Und warum das alles? Weil man nicht weiß, was mit den gewaltigen Überschüssen geschehen soll.



Arbeitsteilung

KLAUS BOHLE

Rau - ein Grünling?

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Die Niedersachsen-Wahl am Sonntag kann die Bundestagswahl nicht um sieben Monate vorwegnehmen. Man kann aber von einer Probierwahl sprechen. Die SPD testet das Rau-Konzept, die CDU das Kohl-Konzept.

Das geschieht unter den Bedingungen der Konkurrenzdemokratie. Deren Idealform ist: Starke Regierung und starke Opposition. Eine starke Bundestagsopposition setzt eine schwache außerparlamentarische Opposition voraus. Es scheint, als kehre dieser Normalzustand langsam wieder zurück. Vergleich man den „heißen Herbst“ 1983 mit den Demonstrationen in Brokdorf und Wackersdorf, so zeigt sich, daß nicht einmal Tschernobyl ausreichte, um die außerparlamentarische Bewegung so vehement zu mobilisieren.

Um so mehr rücken die Flugsand-Wähler ins Blickfeld. Deren Anteil nimmt in dem Maße zu, wie die Bindung der Stammwähler an die Volksparteien abnimmt. Die wenigsten Wechselwähler entscheiden sich aus politischen Kalkülen. Immer mehr bestimmt die Minderheit jener Umengänger die Wahlen, die sich vom Fernsehduell-Wahlkampf beeindrucken lassen. Die Spitzenkandidaten zeigen sich gefahren lächelnd die Zähne - eine Abart der Werbephraxis: Sag mal „Cheese“! So dieser Tage auch in Niedersachsen.

Ernst Albrecht ist nicht Helmut Kohl, aber er ist ein gestandener Ministerpräsident, wie Kohl mittlerweile ein gestandener Kanzler. Beide haben das gleiche Wahlkampfkonzept: Erfolge ihrer jeweiligen Regierung plus wirtschaftlicher Aufschwung ergibt Optimismus, und Optimismus gewinnt die Wahl.

Gerhard Schröder ist nicht Johannes Rau. Die bundespolitische Zuspitzung „Hoffnungsträger Rau fordert Wende-Kanzler Kohl heraus“ läßt sich nicht auf Niedersachsen übertragen. Schröder ist eher ein machtlustiger Politpuffikus als ein Hoffnungsträger, und Albrecht hat in Hannover nicht sich selbst zu wenden. Dennoch haben Schröder und Rau dasselbe Wahlkampfkonzept: Vorgeblicher Durchbruch zur absoluten Mehrheit; verbale Absage an die Adresse

der Grünen, um möglichst viele Sympathisanten der außerparlamentarischen Bewegung einzufangen; Schwerpunkt bleibt aber wie eh und je der „Kampf um die Mitte“, weil nur wechselnde Randwähler der Union (gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer, Landwirte, Frauen) den Wahlsieg bringen könnten.

Die SPD baut Rau als „besseren Menschen“, als Verkörperung eines „neuen Zeitgeistes“ auf. „Bruder Johannes“ als einmaliger, als unverwechselbarer Heilsbringer? Irrtum. Das Ganze ist eine Neuaufgabe des siegreichen Wahlkampfes von Willy Brandt im dramatischen Jahr 1972.

Brandt selbst nannte es damals „Compassion“. Dieses Wort weist, daß nicht er das Original dieser Art Wahlkampf war, sondern Kennedy. Rau entpuppt sich als Abglanz Brandts, der seinerseits ein Kennedy-Abglanz war.

Doch 1986/87 ist nicht 1972. Rainer Barzel's Versuch, Kanzler Brandt im Bundestag zu stürzen, hatte eine derartig atemberaubende Polarisierung erzeugt, daß Brandt mit einem versöhnlichen Bergpredigt-Wahlkampf (sein „Compassion“-Spruch: „Hab Mut zu dieser Art Mitleid. Habt Mut zur Barmherzigkeit. Habt Mut zum Nächsten“) den größten Wahlsieg der SPD im Bund erringen konnte. Aber zur absoluten Mehrheit hat es nicht einmal unter so unwider-



Politisches Selbstmordprogramm? Rau, Schröder FOTO: SVEN SIMON

bringlichen Umständen gereicht. Im Jahr 1986 ist die SPD mit wahlkämpferischer Hilfe des DGB dabei, künstlich jene innenpolitische Polarisierung zu inszenieren, die 1972 tatsächlich entstanden war. Wie damals Brandt soll Rau (sein Slogan: „Versöhnen statt spalten“) als gute Mensch und Staatsmann erscheinen, der unserem angeblich heillos zerrissenen Land den inneren Frieden schenkt.

Rau möchte die „Willy wählen“-Wahl von 1972 wiederholen. Kann er das? Er hofft es, weil ihm im Mai 1985 in Nordrhein-Westfalen ein Überraschungssieg mit absoluter Mehrheit gelang.

Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus. Brandt und Rau siegen aus der Position des Regierungschefs. Im Januar will Rau aber als Kandidat der Oppositionspartei siegen, und zwar mit absoluter Mehrheit. Das hat bisher nur einer geschafft - Lafontaine im Saarland. Mithin stellt sich Rau die Aufgabe, eine bundesweite Lafontaine-Wahl zu stemmen. „Bruder Johannes“ ein Lafontaine?

Zieht man das Fazit, so steht unter dem Strich: 1. Wenn Brandt unter den Umständen des Jahres 1972 die absolute Mehrheit nicht erreichte, dann ist es in höchstem Maße unwahrscheinlich, daß Rau sie 1987 holen kann. 2. Folglich wäre ein Kanzler Rau allenfalls als Profitteur der mehrheitsbeschaffenden Grünen denkbar. Schröder mag sich in der Provinz über die Skrupel, von den Grünen abhängig zu sein, hinwegsetzen, obschon Börmers bessere Erfahrungen schrecken. Ein Kanzler Rau jedoch müßte als „Grünling“ - wie auch jeder Auswechselkandidat der SPD - gegen die USA (Abrüstungspolitik), gegen die NATO (Sicherheitspolitik) und obendrein gegen die „kapitalistische“ Wirtschaft (Ausstieg aus der Industrie-Gesellschaft) antreten. Das wäre ein politisches Selbstmordprogramm. Erinnern wir uns des erfahrenen Kärrners der Sozialdemokraten, Herbert Wehner sagte: „Wenn die SPD in Bonn die Macht verliert, wird sie fünfzehn Jahre brauchen, um sie zurückzugewinnen.“ Es sind erst vier Jahre um.

IM GESPRÄCH Otto Seidl

Der Neue im 1. Senat

Von Henning Frank

Als er vor acht Jahren als Richter an den Bundesgerichtshof in Karlsruhe berufen wurde, schien dies die letzte Station seiner Justizlaufbahn zu sein. Bis vor wenigen Wochen hat Otto Seidl wohl selbst nicht damit gerechnet, daß er vor seiner 1986 ins Haus stehenden Pensionierung aus dem ehemaligen großherzoglichen Palais, dem heutigen Sitz des obersten Bundesgerichts für die ordentliche Gerichtsbarkeit, ausziehen würde. Doch als die bayerische Staatsregierung ihn als Nachfolger für seinen Anfang April verstorbenen Landsmann Franz Niedermaier im Bundesverfassungsgericht vorschlug, fühlte sich der „preussische“ Altbayer in die Pflicht genommen.

Es ist nicht das erste Mal, daß der Einserjurist (er errang in der Assessorsprüfung den 9. Platz unter 200 Examenkandidaten) damit dem von ihm über alles geliebten Zivilrecht untreu werden muß. Als Otto Seidl nach einer typischen Münchner Justizkarriere 1970 schließlich im Oberlandesgericht der bayerischen Landeshauptstadt landete, „borgte“ sich der Verfassungsgerichtshof des Freistaates den OLG-Richter aus. Und der Münchner Handwerkssohn, der mit seiner fast spröde wirkenden bescheidenen Art so gar nicht der landläufigen Vorstellung von einem bayerischen Einserjuristen entspricht, enttäuschte die in ihm gesetzten hohen Erwartungen nicht. Sein ebenso bedächtiges wie abwägendes Vorgehen wurde von dem Generalsekretär des bayerischen Verfassungsgerichts so geschätzt, daß Seidl schon wenige Jahre später selbst als berufsrechtliches Mitglied in den Gerichtshof berufen wurde.

Doch die 1978 mit der Wahl zum Richter am Bundesgerichtshof im Aussicht gestellte Rückkehr zum Zivilrecht ließ Seidl keinen Augenblick zögern, dieses Angebot anzunehmen. Daß er zunächst in Karlsruhe dem Familienrechtsrat zugeteilt wurde, erweckte bei dem mit seiner Frau und seinen beiden Söhnen nach Baden verplanten Juristen - die altbayerische Liberalität, zu der er sich vorbehaltlos bekennt, birgt seiner Meinung nach viel Bewährtes - Erinnerung an seine erste juristische Arbeit, mit der er schon als Student Aufmerksamkeit erregt hatte. Zusammen mit einem Kommilitonen war er bei der Lösung der traditionellen Preis-



Die Preisfrage wurde zur Doktorarbeit: Neuer Verfassungsrichter Seidl FOTO: DEWAT

frage der juristischen Fakultät der Universität München zum Sieger erklärt worden. Daß er seine ausgezeichnete Arbeit über die „elterliche Gewalt im Zeichen der Gleichberechtigung“ später zu seiner Doktorarbeit „ausbaute“, zeigt, daß er gar nicht so unpraktisch ist, wie man es so gern einem Einserjuristen unterstellt.

Mit der elterlichen Gewalt mußte sich Otto Seidl übrigens auch als Mitglied des Handelsrechtssenats des BGH, dessen Vorsitzender er eigentlich werden sollte, beschäftigen. Allerdings in einem ganz anderen Zusammenhang. Mit seinem Senatskollegen entschied er, daß die Eltern ihre minderjährigen Kinder bei der Fortführung eines ererbten Handelsgeschäfts finanziell unbegrenzt verpflichten können. Daß dieses Urteil wenige Wochen vor seiner Wahl zum Bundesverfassungsrichter von seinen künftigen Kollegen des 1. Senats des Karlsruher Zweilingsgerichts für verfassungswidrig erklärt wurde, schmerzt Otto Seidl noch heute. Nun kommt er selbst in diesen Senat, der in letzter Zeit durch einige Entscheidungen wie den Brokdorf-Beschluß Aufsehen erregt hat und der einen bedächtigen, abwägenden Richter sehr gut brauchen kann.

Ganz braucht sich Otto Seidl, der keiner Partei angehört, nicht vom Zivilrecht zu verabschieden. Im „Grundrechtssenat“ des Bundesverfassungsgerichts zeichnet er künftig für den Eigentumsartikel des Grundgesetzes (Artikel 14) verantwortlich.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

HEILBRONNER STIMME

Sie schreibt zum Beschluß des DJV-Vorstandes Südwest, der Metallgewerkschaft beizutreten:

Hier geht es auch um das Ansehen einer Berufsgruppe, zu deren Hauptanliegen es gehören muß, kritisch über der Wahrung der demokratischen Grundregeln in dieser Gesellschaft zu wachen. Genau hier aber haben die Delegierten und der Vorstand in dem Drang - oder unter so wohl selbstgeschaffenen wie von außen hereingetragenen ideologischem Druck - sich auf Blagen und Brechen auch gegen den Mitgliederräten mit der Metallgewerkschaft in der IG Druck zu verhalten, ein schütteres Beispiel geben.

SUD-OUEST

Die in Bordeaux erscheinende Zeitung kommentiert den sprachlich-französischen Fischereikonflikt:

Die EG wählt sich für ihre (Wirtschafts-)Kriege im allgemeinen ferne und konkurrierende Gegner wie die USA und Japan. Dieses Mal findet der Konflikt unter Mitgliedern innerhalb der erst kürzlich erweiterten Grenzen statt. Seltsames Europa... Die Spanien müssen wissen, daß der Aufbau Europas - Entwurf für ein politisches Europa - nicht ohne Zähneknirschen und, manchmal vitale, Konzessionen abging. Es sieht aller-

dings so aus, als ob der Handstreich der baskischen Fischer... auch darauf abzielt, wenige Wochen vor den Parlamentswahlen die Regierung in Madrid unter Druck zu setzen.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Sie schreibt zum Genscher-Konzept in Genf:

Allerdings hat Genscher mit Recht betont, daß es nicht nur um Teilösungen gehen kann, sondern daß ein umfassender Verzicht auf diese Schreckenswaffen erreicht werden muß. Es wird sowohl der Bundesrepublik als auch der DDR wenig nützen, zu einer formell „C-waffenfreien Zone“ zu gehören, solange diese Zone von außen mit solchen Waffen bedroht werden kann.

THE TIMES

Zum Bericht der Ostermächte über die Explosion der Raumfähre „Challenger“ schreibt das Londoner Blatt:

Die NASA hat ein Vergabesystem, das den Wettbewerb zugunsten von Verträgen mit Alleinlieferanten ausschließt. Damit ersetzt das Ermessen von Beamten die technische Qualität, die sich in einem Wettbewerbsmarkt bewähren muß. Eines der Ergebnisse eines solchen Vorgehens ist, daß abweichende Meinungen in Bezug auf Neuerungen, der Lebensquell jeder Technik, nicht erwünscht sind.

SALT und die europäische Bequemlichkeit

Warum Ronald Reagan Druck auf die Sowjets ausübt / Von Herbert Kremp

Der amerikanische Präsident hat die weitere Beachtung der Rüstungsbegrenzung (SALT I und SALT II) an das Wohlverhalten der Sowjetunion gegenüber den beiden Abkommen gebunden. Die vom Kongreß nicht ratifizierte SALT-II-Verabbarung der Carter-Zeit (1979) hielt Ronald Reagan bisher peinlich ein, obwohl die Sowjetunion den Kern der Abmachung, einen annähernden Gleichstand der Raketenrüstung anzustreben, nicht beachtet. Sie rüstete und rüstet darauf los, quantitativ und, was viel wichtiger ist, qualitativ. Der Raketentyp SS 25, der bereits bei der Truppe eingeführt wurde, bedeutet angesichts seiner Leistungsfähigkeit eine Sprengung von SALT II - er weist in die Richtung einer Politik der Überlegenheit. Sowjetische Überlegenheit hat aus der Natur des Systems heraus den Charakter potentieller politischer Erpressung. Die technische Qualität der Waffen ist dabei nicht exakt bestimmbar. Es kann sein, daß sie zur Hälfte nicht besser sind als Tschernobyl.

Die Ankündigung Ronald Reagans, SALT II für hinfallen zu erklären, fällt

den Sowjets sich bis Ende des Jahres nicht auf den qualitativen Sinn der vereinbarten Rüstungsbegrenzung besinnen, entspricht den politischen Proportionen der beiden Weltmächte. Während die offene Gesellschaft der USA sozusagen täglich die Offenlegung des Rüstungsstandes einfordert, nutzt die geschlossene Gesellschaft der Sowjetunion die Chance, beispielsweise durch die innenpolitisch nicht kritisierbare Verschleierung von Raketenstest-Daten, „Sprünge der Überlegenheit“ (Weinberger) zu veranstalten.

Dem Verbündeten Bundesrepublik kann das nicht gleichgültig sein, weil Verschiebungen der militärischen Proportionen zwischen den Weltmächten die Sicherheit in Europa in Frage stellen. Die früheren Bundeskanzler haben dieses Problem in den Begriff des „Gleichgewichts“ gekleidet. In Wirklichkeit meinten sie jedoch Helmut Schmidt - die waffentechnische (also nicht unbedingt die quantitative) Überlegenheit, deren offene Systeme bedürfen, um gegenüber geschlossenen und überdies ideologisch ausgerichteten den Frie-

den erhalten zu können. Die Amerikaner haben das Moment ihrer technologischen Leistungsfähigkeit bei der Diskussion über die Einhaltung von SALT II ins Spiel gebracht, um das Genfer Mächtegespräch über Rüstungsbegrenzungen voranzutreiben. Sie wissen, daß auf die Sowjetunion Druck ausgeübt werden muß, um etwas zu erreichen. Dieser klassischen Methode bedient sich der Präsident auch im Falle der Raketenabwehr (SDI).

Man legt den Formelkompromiß des ABM-Vertrages (er verbietet im Tenor auf beiden Seiten den Aufbau eines umfassenden Verteidigungssystems gegen Raketen) vernünftigerweise im Sinne der eigenen Interessen weit aus, um der strategischen Idee, die gegenseitige Abschreckung mit der Zeit von der Offensivdrohung auf Defensiv-Kapazitäten umzustellen, sachdienlichen Nachdruck zu verleihen. Erfolge auf diesen Gebieten können sich einstellen, wenn die Amerikaner in der Lage sind, mit Unterstützung ihrer Verbündeten den Druck lange genug auf die Sowjetunion auszuüben. Die östliche Macht,

darin gilt es immer wieder zu erinnern, ist nur deshalb an den Genfer Verhandlungstisch zurückgekehrt, weil sich dort eine gewisse, sei es auch nur propagandistische, Möglichkeit bietet, die USA von ihren SDI-Plänen abzubringen.

Für den nichternsten Beobachter steht fest, daß den Verbündeten der Weltmächte nichts anderes übrig bleibt, als die Verfahrenstaktik ihrer Führungsstaaten zu unterstützen. In Ostmitteleuropa gibt es darüber keine Diskussion, wenigstens nicht im Wesentlichen. Das gewissen Straußen Honeckers oder Ceausescus gegen die Nach-Nachrüstung der Sowjets (Stationierung von Kurzstreckensystemen als Antwort auf die Pershing 2) wird in Teilen Westeuropas überhört. Die Unterstützung der amerikanischen Konferenz-Taktik - Erzielung von Ergebnissen durch Verhandlungsdruck - wäre für die Bundesrepublik ein Gebot der Vernunft. Die freie und von politischer Erpressungen verschonte Lebensversicherung Westeuropas ist das Ergebnis der sowjetischen Vermutung, daß die USA entschlossen und

in der Lage sind, die Westseite des alten Kontinents mit überlegener Macht zu schützen.

Unter dem Schirm dieser Drohung leben die Europäer angenehm. Sie können es sich sogar leisten, unter solchem Schutz und Schirm die Politik der USA, die Taktik ihrer Konferenzstrategie, zu kritisieren. Die Verhandlungsposition Washingtons wird dadurch zwar nicht verbessert, aber auch nicht verändert. Denn jede Weltmacht (das ist auch bei der Sowjetunion so) entscheidet in wirklich wichtigen Fragen unilaterale.

Außenminister Genscher hat in Genf die amerikanische Entscheidung, SALT II und die Auslegung des ABM-Vertrages vom sowjetischen Verhalten abhängig zu machen, kritisiert. Er sprach für die Bundesregierung, also für den Kanzler. Wie die meisten seiner Reden erweckt auch diese den Eindruck, daß Genscher die Außenpolitik dazu benutzt, um innenpolitisch „Akzeptanz“ zu gewinnen. Es ist beruhigend zu erkennen, daß man in Washington und Moskau weiß, was man von derer Durchsichtigkeit zu halten hat.

In Wien werden jetzt die Karten neu gemischt

Waldheim siegt, Sinowatz geht, Vranitzky kommt - und die Probleme bleiben. Probleme, die die regierende SPÖ mit sich selbst hat, Probleme, die Österreich vor allem mit seiner Wirtschaft hat. Vor diesem düsteren Hintergrund taucht am Wiener Horizont wieder das Stichwort Große Koalition auf.

Von CARL G. STRÖHM

Das hatte Kurt Waldheim sicher nicht gehaut: daß seine Wahl zum Bundespräsidenten die Regierung erschüttern und eine schwere Identitätskrise der Sozialisten auslösen würde. Sie hatte sich bereits vor dem Wahltag angekündigt. Aus den Ländern, etwa aus Salzburg, Tirol, Kärnten und Steiermark, drangen verzweifelte Proteste und Warnungen der dortigen Funktionäre: der in Wien unternommene Versuch, Waldheim als „Kriegsverbrecher“ und „Nazi“ aus dem Felde zu schlagen, hätte unter den Wählern und Mitgliedern der Sozialisten schwere Verstimnungen und Widerstand ausgelöst.

Die SPÖ geriet mit ihrer Wahlkampfstrategie, bei der sie - zumindest in der Anfangsphase - die publizistischen Angriffe des Auslands gegen Waldheim genüßlich für sich auszunutzen - in Gefahr, aus dem patriotischen Grundkonsens der Österreicher auszuscheiden. Die Wiener Parteiführung hat hier offenbar zu sehr auf die Linksmittelklasse und auf das Ausland und zu wenig auf die solide Basis in den eigenen Reihen geachtet.

Das Sinowatz-Konzept einer kleinen Koalition, das von Bruno Kreisky vor dessen Ausstieg aus der aktiven Politik 1983 noch eingefädelt worden war, bestand in der Forcierung einer Zusammenarbeit mit der kleinen Freiheitlichen Partei (die in mancher, aber keineswegs jeder Hinsicht ein Pendant zur FDP der Bundesrepublik darstellt). Dieses Konzept - die verlorene absolute Mehrheit der Sozialisten durch die FPÖ-Stimmen auszugleichen - war auch unter den Sozialisten keineswegs unumstritten. Solange sich unter Sinowatz als Kanzler und dem FPÖ-Vorsitzenden Norbert Steiger als Vizekanzler die Sache halbwegs anließ, schwiegen die sozialistischen Kritiker. Dann aber brach innerhalb der FPÖ schwere Konflikte zwischen einem „sozial-

stufenfreundlichen“ Regierungslager unter Steger und eher nationalen, rechtsstehenden Gruppierungen in den Ländern, besonders in Kärnten, auf.

Vor allem konnten die Freiheitlichen durch Beteiligung an der sozialistisch geführten Regierung keinen Stimmenzuwachs für sich verbuchen. Kreiskys seitherzeitige Rechnung, die FPÖ könne als bürgerliche Interessenvertretung Stimmen von der Volkspartei abziehen, verwandelte sich ins Gegenteil. Die enttäuschten mittelständischen Wähler kehrten der FPÖ scharenweise den Rücken. Die beschränkte Handlungsfähigkeit der Freiheitlichen, die von einer Krise und einer Intrige zur nächsten taumelten, stellte auch die Wiener Regierungskoalition in Frage.

Mit besonderem Zorn reagierte der Kärntner Landeshaupmann (Ministerpräsident) Leopold Wagner - einer der einflussreichsten Sozialisten. Er drohte kurz vor der Wahl der FPÖ mit der Aufkündigung der Koalition, falls die FPÖ-Wähler beim zweiten Wahlgang zum Bundespräsidenten wieder, wie bereits am 4. Mai, vorwiegend für Waldheim stimmen sollten. Das war indirekt auch eine Attacke auf Sinowatz Nun - wie nicht anders zu erwarten - stimmten auch am letzten Sonntag die freiheitlichen Wähler für den bürgerlichen und nicht für den sozialistischen Kandidaten.

Die schwere Krise in der verstaatlichten Industrie Österreichs und die Probleme des Haushalts (Staatsverschuldung) führten auch zu einem Einbruch in die traditionellen Wählerkreise der SPÖ. Die Industrie-Arbeiterschaft ist tief enttäuscht und verblüfft, daß sich die von den Sozialisten unter Kreisky ausgesprochenen Arbeitsplatz-Garantien (nach der auch in der Bundesrepublik nicht unbekannt: „Lieber Schulden und fünf Prozent Inflation als fünf Prozent Arbeitslose“) als Bumerang erwiesen haben. Der verzweifelte Versuch der SPÖ, in der letzten Phase des Wahlkampfes den sozialistischen Kandidaten Kurt Steyerer mit einer Garantie der Arbeitsplätze und einer „Bürgerschaft“ für die Renten hervorzuheben zu lassen - obwohl jedermann wußte, daß weder das eine noch das andere in der Macht eines Bundespräsidenten steht - erwies sich als schwerer Fehler. Man vergrößerte und verunsicherte die Stammwählerschaft der Sozialisten noch zusätzlich.

Innerhalb der SPÖ, vor allem auf



Krisenmanager in der Krise: Österreichs designierter Bundeskanzler Franz Vranitzky und sein resignierter Vorgänger Fred Sinowatz. FOTO: OPA

dem Gewerkschaftsflügel, gibt es eine starke Strömung, welche von jeher und vor allem wegen der sich nun häufenden schweren Wirtschaftsprobleme (Sanierung der verstaatlichten Industrie mit möglichen Massenentlassungen und notwendigen Umsetzungen von Arbeitskräften) für eine Wiederholung der großen Koalition plädiert - also für ein, wenn auch vorübergehendes Regierungshindernis mit der Volkspartei. Dann könnten die schwersten wirtschaftspolitischen Probleme und die unpopulärsten Maßnahmen zur Haushaltsanpassung angepackt werden, ohne daß die große Oppositionspartei ÖVP die Möglichkeit gewinne, parteipolitisch daraus Nutzen zu ziehen.

Wenn Sinowatz jetzt den Kanzlersessel für seinen bisherigen Finanzminister Franz Vranitzky freigemacht hat, so ist das ein Zeichen dafür, daß die „Groß-Koalitionäre“ innerhalb der SPÖ-Führung seit der Waldheim-Wahl weiter an Boden gewonnen haben. Vranitzky gilt als pragmatischer, tüchtiger Finanzfachmann und Bankexperte. Er genießt auch bei der ÖVP Reputation. Sicher bedeutet seine Ernennung zum Bundeskanzler noch nicht, daß die jetzige Koalition sofort platzen muß. Aber daß gemeinsam mit Sinowatz auch Außenminister Gratz und Landwirtschaftsminister Haiden das Kabinett verlassen - womit zwei Schlüsselpositionen in der Regierung neu besetzt werden müssen - zeigt bereits, daß Kanzler Vranitzky vor der Notwendigkeit steht, die Karten ganz neu zu mischen. Die Tatsache, daß jetzt in Österreich Parteiführung und Regie-

rungsführung voneinander getrennt sind, wird dem neuen Kanzler die Aufgabe nicht gerade leichter machen.

Jenseits der Waldheim-Wahl eröffnen sich also ganz neue Perspektiven. Die seit einem Jahrhundert festgefugte und in der Arbeiterschaft verankerte SPÖ, die unter Kreisky fast anderthalb Jahrzehnte überwältigende Triumphe feiern konnte, zeigt Erosionserscheinungen - nicht nur als Folge der Verschleiß-Prozesse nach so langer Regierungsverantwortung, sondern auch als Konsequenz des sozialen Wandels, der sich in Österreich vollzogen hat.

Der SPÖ ist darüber hinaus mit den österreichischen Grünen, deren Kandidatin Freda Meissner-Blau beim ersten Präsidentschaftswahl einen Achtungserfolg erzielte, ein gefährlicher Konkurrent zu ihrer Linken entstanden. Die Volkspartei wiederum, die jahrelang von einer Niederlage in die andere taumelte und deren Funktionäre bereits den Mut verloren hatten, jemals etwas gegen die Sozialisten ausrichten zu können, hatte neue Zuversicht geschöpft. Auch hier erweist sich nichts als so erfolgreich wie der Erfolg.

Die österreichischen Sozialisten sind immer noch eine straff organisierte, mitgliederstarke Partei - im Verhältnis zur Bevölkerungszahl ist die SPÖ um ein Mehrfaches stärker als die SPD. Aber die gesellschaftspolitischen Fundamente, die noch auf dem legendären „Austro-Marxismus“ und der Legende vom „roten Wien“ beruhen, erscheinen plötzlich nicht mehr so unerschütterlich.

Kirchenschlaf gegen die Kirchenmüdigkeit

Was tut man in der Kirche? Beten, sollte man vermuten. Doch ein Pastor in Hamburg-Bramfeld lockt mit einer ganz anderen Einladung: Er bittet zum Schlaf.

Von GISELA SCHÜTTE

Tasche und die Einkaufstüten abstellen, ein bißchen hin- und herrücken auf den harten Kirchenbänken, die pfastermüden Füße ausstrecken, die Augen zu - ah, der freundliche Organist in der Hamburger Petri-Kirche, mitten in der City, wärmt sich die Finger mit den Schmeichellauten des „Wohlt temperierten Klaviers“ von Bach. Das tut gut. Ideale Bedingungen für meinen Test.

Tatsächlich, das ist entspannend. Sollte man sich öfter gönnen, diesen Kirchenschlaf. Die Orgel lullt mich ein. Ein Wechsel im Übungsprogramm allerdings schreckt mich auf. Nein, moderne Klänge beim Meditieren liegen mir nicht. Ich nehme meine Tüten und gehe. Dennoch - den Versuch hat es gelohnt. Kirchen-

schlaf tut gut. Das Rezept kann man empfehlen.

„Den Seinen gibt's der Herr im Schlaf“, steht in den Psalmen. Pastor Martin Matthias Hartenstein (43) von der Simeons-Kirche in Hamburger Stadtteil Bramfeld nimmt diesen Satz als Schlüssel zur Missionierung kirchenmüder Großstädter. Er bietet den Kirchenschlaf als Heilmittel gegen Stress und Seelenpein an. Meditation auf norddeutsch und evangelisch. Nein, das ist weder ein Witz noch ein Werbegag für eine abgelegene Ortskirche.

Die Erkenntnis regelmäßiger Kirchengänger, daß der Besuch im Gotteshaus jederzeit entspannend wirkt, hat für religionsmüde Großstädter offenbar Neugierwert. Deshalb wirbt Hartenstein für seine Therapie des Ruhens oder Schlafens in der Kirche als Regeneration für gestresste Seelen. Wenn die Simeons-Kirche, ein denkmalgeschützter, stilkreiner Bau der fünfziger Jahre, im September renoviert ist, wird das Gotteshaus jeden Nachmittag für Schläfer und Träumer geöffnet, zur Selbstbestimmung ohne Predigt und Anleitung.

Das Rezept hat der blonde Pastor

aus Radebeul bei Dresden (man hört es noch ein wenig bereits in der 800 Jahre alten Dorfkirche in Bosau am Plöner See ausprobieren. Die „Therapie“ besteht aus dem feierlichen Raumeindruck der Kirche, der besonderen Qualität der Ruhe im Gotteshaus - und der Bereitschaft zur Selbstbestimmung. Die wiederum fördert der schlaue Pastor noch durch Musik: „Bach“, sagt er, „genauer die Violinkonzerte, sind nach wissenschaftlichen Erkenntnissen besonders zur Förderung archetypischer Gedanken geeignet.“

Vereinfacht heißt das, bei Bach'schen Geigenmelodien denkt man gern über Gott und die Welt nach. Pastor Hartenstein hat auch Psychologie studiert. Städter, die mit unbewältigten Problemen mangels Aussprache-Möglichkeit immer häufiger einen Seelenberater brauchen, sollen also im Kirchenschlaf Mühe und Besinnung erfahren. Ganz ohne religiöse Zutaten. Doch der eine oder andere, so geht die kluge Rechnung, hat vielleicht Lust, auch zum Gottesdienst wiederzukommen. Die Kirchen müssen nämlich inzwischen um Mitglieder werben, seit in den nord-

deutschen Großstädten in manchen Vierteln nur noch jeder Dritte der Kirche angehört.

Die Missionsziele haben sich also von tropischen Ländern in das Quartier um die Ecke verlagert. Diese Mission vor der Haustür gilt gerade auch den jungen Leuten, die in obskure Sektens abwandern. Wenn einer unbedingt meditieren möchte, so braucht er dafür keinen indischen Guru. Er kann das in der Kirche tun, bei Bach vom Endlosbach. Die Reaktionen der Kirchenschläfer, versichert der Pastor, sind positiv.

Geschmeichelt hat keiner. Dabei ist die Einladung zum Schlaf wörtlich gemeint. In Bramfeld, wo sich Hartenstein seit fast vier Jahren mit drei Kollegen um die Gemeinde kümmert, findet die Einladung Gehör. „Ich bringe meinen Mann mit“, sagt eine Frau. „der ist immer so hippelich.“

Und die Pastorenkollegen? Manche warten ab, meint Hartenstein, manche sind ohnehin immer kritisch. Das scheint ihn wenig zu kümmern. Er wirkt ausgeglichen, gutgelaunt und selbstsicher. Das Rezept dafür ist einfach: Kirchenschlaf.

Eine Mission mit Haken und Hindernissen

Lange tat sich nichts im Falle der entführten acht Deutschen in Nicaragua. Dann überschlugen sich in den letzten beiden Tagen die Ereignisse. Im folgenden die Entwicklung aus der Perspektive des Bonner Krisenstabes.

Von BERNT CONRAD

Gestern morgen um 8.30 Uhr deutscher Zeit (0.30 Uhr in Nicaragua) war es so weit: Vermittler Hans-Jürgen Wischnewski von der SPD konnte die acht von den Contras entführten deutschen „Aufbauhelfer“ unversehrt in Freiheit begrüßen. Als die Nachricht in Bonn eintraf, atmeten die Männer des Krisenstabes im Auswärtigen Amt zum erstenmal seit drei Wochen tief durch. Sie hatten Tag und Nacht Knochenarbeit geleistet, um die Entführten - von denen zumindest einige der Bundesregierung durchaus nicht freundlich gesonnen waren - in Sicherheit zu bringen. „Diese Zeit werde ich nicht so bald vergessen“, knurrte ein hartgesottener Diplomat.

Das entscheidende Problem für Außenminister Hans-Dietrich Genscher und seinen Krisenstab bestand darin, eine Lösung zu finden, die den Entführten nicht nur formell die Freilassung bescherte, sondern auch ihre Sicherheit gewährleistete. Das erwies sich als äußerst kompliziert, denn sowohl die nicaraguanische Regierung als auch die antisandinistischen Contras äußerten von vornherein den Verdacht, die jeweils andere Seite könnte die „Aufbauhelfer“ im letzten Augenblick umbringen und dann dem Gegner die Verantwortung dafür in die Schuhe schieben.

Bonn mußte also - unter Einschaltung der Amerikaner, des Genscher-Mitarbeiters Jansen, des SPD-Abgeordneten Wischnewski und des katholischen Weihbischofs Stehle - um eine Übergabe der Entführten unter optimalen Sicherheitsverhältnissen, vor allem unter Zeugen, bemüht sein. „Hätten wir zu den Contras gesagt: Laßt die Leute einfach irgendwo im Urwald laufen, dann hätte die Freilassung schon Tage vorher über die Bühne gehen können. Aber das konnten wir im Interesse der acht nicht machen“, heißt es im Krisenstab.

Übergabe-Vorschläge kamen von

den Rebellen und der Regierung in Nicaragua. Aber einer von beiden lehnte immer ab. Eine erste konkrete Lösung zeichnete sich am 5. Juni ab: Ein Hubschrauber mit Wischnewski und dem deutschen Botschafter in Managua sollte an einen von den Contras vorbestimmten Ort fliegen und dort die „Aufbauhelfer“ übernehmen. Dazu kam es jedoch nicht. Die Gründe sind in Bonn noch heute unklar.

Am Dienstag nachmittag legten die Contras dann Genschers Bürochef Jansen in Honduras einen neuen Plan vor: Wieder sollte ein Hubschrauber eingesetzt werden - diesmal an einem anderen Ort. Doch die Sandinisten erklärten dem von Bonn informierten Wischnewski: „Wir können nicht garantieren, daß die Contras nicht den Hubschrauber mitsamt den Freigelassenen abschließen.“ Also erneut Fehlansage.

Noch am gleichen Abend aber überstürzten sich die Ereignisse. Um 22.10 Uhr rief Jansen noch einmal in Bonn an und teilte mit: „Mein Gesprächspartner kommt soeben und sagt: Wir werden die acht Leute entweder heute (Dienstag) nachmittag um 17.00 Uhr oder morgen früh zwischen acht und zehn Uhr an einem Ort freilassen, der an der Straße zwischen Managua und Rama liegt. Dort soll Wischnewski mit einer weißen Fahne erscheinen. Dann lassen wir die Leute laufen.“



Unter dem Bildnis Sandinos: Nicaraguas Staatschef Daniel Ortega mit Vermittler Hans-Jürgen Wischnewski in Managua. FOTO: AP

„Managua spielte mit Wischnewski“

Von WALTER H. RUEB

Zwischen der deutschen Nicaragua-Gesellschaft mit Sitz in Bonn und hochrangigen Vertretern der antisandinistischen Opposition bestanden während des über dreiwöchigen Entführungsdrames um acht junge Deutsche enge Kontakte. Michael Sommer, Vorsitzender der Nicaragua-Gesellschaft, sagte gegenüber der WELT: „Nach den uns vorliegenden Informationen verzögerten die Sandinisten die Verhandlungen, um die Entführung-Affäre möglichst lange propagandistisch auszunutzen.“ Als der SPD-Politiker Jürgen Wischnewski in Managua eintraf und sich in die Verhandlungen einschaltete, benutzten sie selbst ihn als Spielball ihrer Verzögerungstaktik.

Nach Angaben von Frank Arana, dem Sprecher der oppositionellen Demokratischen Kräfte Nicaraguas (FDN), glaubten seine Leute bei der Festnahme der acht Deutschen, es handele sich um Libyer, Russen, Deutsche aus der „DDR“ oder um Kubaner. Arana erklärte hinterher: „Die acht Deutschen waren bewaffnet und trugen zum Teil militärische Kleidung. Für ähnliche Fälle in der Zukunft wurde von der militärischen Führung der FDN folgende Anordnung erlassen: Westdeutsche sollen nach eingehendem Verhör sofort frei-

gelassen, Waffen beschlagnahmt werden.“

Nach Angaben von Arturo Cruz und Adolfo Calero, neben Alfonso Robelo die politischen Führer der Unidad Nicaraguense Somoziadora (UNO), des Dachverbands sämtlicher Oppositionsgruppen im Ausland, beabsichtigten die Contras, die Deutschen unverzüglich wieder freizulassen. Das Eintreffen von Wischnewski habe jedoch die Situation grundlegend verändert und die Einschaltung von Auswärtigem Amt, Bundeskanzler und Bundespräsident habe zu einem den Sandinisten hochwillkommenen Medienspektakel geführt, den sie weidlich und lange ausgenutzt hätten.

Wischnewski sei als Vermittler aufgetreten, habe jedoch von Beginn seiner Aktivitäten an in Managua Partei für die Sandinisten ergriffen. Arana: „Vor allen Fernsehkameras beteuerte er seinen Einsatz für die acht Deutschen. Gespräche mit den Contras aber lehnte er ab. Ist es nicht eines Vermittlers Aufgabe, mit allen beteiligten Parteien zu sprechen?“

Nach Angaben von Arana wurde Wischnewski schließlich von seinen nicaraguanischen Freunden getäuscht und mißbraucht. „Die FDN teilte den Sandinisten die Koordinaten des Übergabortes mit, der Hubschrauber mit Wischnewski aber flog absichtlich an einen ganz anderen Ort

und entschuldigte das Mißlingen der Aktion hinterher mit schlechtem Wetter. Dabei war keine einzige Wolke am Himmel. Das Manöver sollte Managua weiter Gelegenheit geben, über die Contras zu lamentieren, die wehrlose, opferbereite Aufbauhelfer aus dem westlichen Ausland verschleppt und an den Band des Todes brachten ... Um den Comandantes nicht ein zweites Mal Gelegenheit zu einem derartigen Manöver zu geben, wurden die acht Deutschen jetzt an einem von uns festgelegten Ort und zu einer von uns beschlossenen Zeit freigelassen. Die Drohungen der Sandinisten, im Falle einer Mißachtung ihres Ultimatus militärische Aktionen zu unternehmen, hatten auf unsere Entscheidungen keinerlei Einfluß. Auch dies war nur Propaganda und sollte in Wahrheit verstehen, daß die Sandinisten die militärische Kontrolle über den Südsten Nicaragua verloren haben. Uns aber gelang es, innerhalb weniger Tage mehrere tausend Mann in dem fraglichen Gebiet zu konzentrieren. Wischnewski aber wurde zum Schluß von den Comandantes fast lächerlich gemacht: Man stellte ihm zur Heimholung der Freigelassenen keinen Hubschrauber zur Verfügung. Der SPD-Politiker mußte sich auf der Straße 250 Kilometer durch unwegsames Gelände quälen. Sein Stellenwert scheint in Managua inzwischen sehr gering zu sein.“

„Komfort ist für mich kein Luxus, sondern ein Muß. Deshalb auf meinen Geschäftsreisen nach Finnland meist FINNAIR.“

Die FINNAIR Executive Class ist die Klasse für Geschäftsreisende. Mit bequemen Sitzen und mehr Beinfreiheit in einem separaten Abteil. Mit 30 kg Freigepäck pro Person. Mit vorzüglicher Küche, Champagner und erlesenen Weinen. Mit Europe-City-Club-Lounge am Flughafen Frankfurt. Mit Executive-Schalter und -Lounge am Flughafen Helsinki. Und als besonderer Service: Check-In-Möglichkeit im Hotel Intercontinental Helsinki. Soviel mehr Komfort zum Normaltarif sollten Sie sich leisten.



NEU! Ab Helsinki jede Woche:
1x BANGKOK-SINGAPUR
2x TOKYO

TAGLICH AB FRANKFURT UND HAMBURG. NONSTOP
noch HELSINKI | ab HELSINKI

FRA 09.40 - 13.10	FRA 07.00 - 08.30
HAM 14.30 - 17.20	HAM 08.00 - 08.55
FRA 21.10 - 00.40	FRA 18.05 - 19.40

Buchungen und weitere Informationen in Ihrem Reisebüro.

FINNAIR

Komfort den Sie brauchen

Der Chemie-Tarif garantiert realen Lohnzuwachs

J. G. Düsseldorf
Arbeitgeberverband und IG Chemie sind sich bei der Bewertung des neuen Tarifvertrages, der für die 6800 Beschäftigten der deutschen Chemieindustrie nebst verwandten Branchen wie Öl- und Kautschukindustrie vereinbart wurde (WELT vom 11.6.), in zwei Punkten einig: Erstens bringe die in der Phase gesamtwirtschaftlicher Preisstabilität beschlossene Tarifzulage von 4,5 Prozent für zwölf Monate den Arbeitnehmern den seit anderthalb Jahrzehnten höchsten realen Einkommenszuwachs.

Und zweitens sei jetzt nach fünf Verhandlungsjahren der Einstieg in den geplanten „Jahrundertertrag“ einheitlicher Bezahlung von Arbeitern und Angestellten für gleiche Arbeit gelungen: Facharbeitern wird ab Anfang 1987 der Effektivverdienst über den bisherigen Lohnsatz hinaus je nach Dauer der Lohngruppenzugehörigkeit mit 30 bis 80 Pfennig pro Stunde tariflich abgesichert.

Das ist der Vormarsch zum einheitlichen „Entgelttarif“, der die herkömmlichen und im Betriebsalltag längst fließenden Grenzen zwischen Arbeitern und Angestellten endgültig aufhebt. Manches Großunternehmen der Branche praktiziert ähnliches seit langem mit der Beförderung bewährter Facharbeiter zu „Ehrenangestellten“. Vorwiegend „kostenneutral“ nennt denn auch der Arbeitgeberverband den ausgedehnten Tarif. Mit Rücksicht auf etliche Chemie-Mittelständler, bei denen es zum Anstieg

Sind Sie sicher, daß Ihnen keine Berufs-Chance entgeht?

Informieren Sie sich jeden Samstag im großen Stellenanzeigenteil für Fach- und Führungskräfte

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

der Facharbeiterlöhne führen dürfte, gilt dieser Teil des Tarifvertrages erst von 1987 an.

Differenzierter klingt das Urteil der Chemie-Arbeitgeber zur Tarifzulage von 4,5 Prozent. Damit legt sich die Branche in die Mitte des großen Metall-Tarifabschlusses mit 4,4 Prozent dauerhafter Tarifzulage und 4,6 Prozent Effektivbelastung während der einjährigen Vertragszeit. Für die ersten Monate wird die Effektivbelastung mit Pauschalzahlungen abgegolten. Anders als in der Metallindustrie; wo auch Großunternehmen drastisch von „unvernünftig hohem“ Abschluß mit Konsequenz des Wegfallens von Arbeitsplätzen sprechen, ist die Kritik aus dem Lager der Chemiefabrikanten zum neuen Abschluß verhalten.

Aber auch ihr Arbeitgeberverband räumt ein, daß mancher Produzent in der vier Dutzend Sparten umfassenden Chemieindustrie an dieser Lohnrunde schwer zu schlucken haben wird, beispielsweise Zulieferanten für die Bauwirtschaft oder den gleichfalls konjunkturlahmten Schiffbau. Im übrigen werde erst das Resultat der erhofften Wiederbelebung des Chemiegeschäfts über Vernunft oder Unvernunft in dieser Tarifrunde entscheiden: Der neue Chemie-Tarif muß sich also erst bewähren. Vornehmlich mit Kunden-Spekulation auf weitere Produktverbilligung aus dem Ölpreisverfall erklären die Chemiefirmen den im ersten Quartal 1986 nach dreijährigem Höhenflug nun zweiprozentigen Produktionsrückgang. Einstweilen rechnen sie damit, daß die da aufgestaute Nachfrage im Rest des Jahres zur Produktionserholung führt.

„Grundlagen-Vertrag nicht interpretieren“

AP, Bonn
Der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), hat die Kommunen zu einem Verzicht auf politische Grundsatzklärungen bei deutsch-deutschen Städtepartnerschaften aufgefordert. Windelen sagte gestern in Bonn vor Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, Bekenntnisse zu Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung könnten sich für die Praxis einer Partnerschaft als Hemmschuh erweisen, da sie diesseits und jenseits der Grenze unterschiedlich ausgelegt würden.

Die Bundesregierung, so Windelen, werde sich weiter bemühen, „daß die DDR möglichst vielen Städten und Gemeinden, die das seit langem wünschen, Partnerschaftbeziehungen ermöglicht“. Für konkrete Verträge empfahl Windelen den Gemeinden, den Grundlagen-Vertrag und internationale Vereinbarungen nicht zu interpretieren. Bei den Vereinbarungen solle besonderes Gewicht auf „Möglichkeiten zu individuellen und gemeinschaftlichen Begegnungen der Bürger“ gelegt werden.

Zimmermanns Fazit aus Brokdorf und Hamburg

Bericht des Innenministers vor dem Kabinett

DW, Bonn
Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat gestern dem Bundeskabinett über die Ausschreitungen in Wackersdorf, Brokdorf und Hamburg berichtet. Zimmermann kommt darin zu dem Schluß, daß „die Einstufung der Vermummung und passiven Bewaffnung als bloße Ordnungswidrigkeit und nicht als Straftatbestand aus dem Gesichtspunkt der Abschreckung völlig unzureichend ist“. Die WELT dokumentiert Zimmermanns Bericht in Auszügen.

II. Erfahrungen

Aus den Ereignissen aus Wackersdorf, Brokdorf und Hamburg sind folgende besondere Erfahrungen zu sammelfassen:

- Die Anreisen von vermummten Gewalttätigen erfolgten häufig in geschlossenen Konvois; die Kfz-Kennzeichen der Busse und Personenkraftwagen waren verdeckt;
- Tatmittel wurden in die Nähe der Orte des Geschehens vorher herangeschafft, Steine als Wurfgeschosse in Lastkraftwagen mitgeführt;
- Anmaßung von Verkehrslenkungsmaßnahmen durch Demonstrationsstreiknehmer auf Krädem war festzustellen.

- Es wurden Tätlichkeiten auch gegen friedliche Demonstranten (dabei behinderten auch Kinder die Polizeiaktion). Erstaunlich ist die „Solidarisierung“ beziehungsweise Tolerierung friedlicher Demonstrationsteilnehmer mit dem Gewaltpotential.

- Auch außerhalb der genannten Demonstrationen werden zunehmend Einrichtungen der Energieversorgung und damit im Zusammenhang stehende Unternehmen angegriffen und zerstört.

III. Organisatorische Strukturen

Während der gewalttätigen Aktionen an den Pfingsttagen waren auch logistische Strukturen erkennbar. Einzelne Störgruppen standen untereinander in Funkverbindung und warteten sich rechtzeitig vor Zugriffsversuchen der Sicherheitskräfte. In zahlreichen Erddepots waren zuvor Brandsätze und Waffen versteckt worden.

Während der Ausschreitungen in Brokdorf am vergangenen Wochen-

Baum für Staatsanwälte bei Gewalt-Demonstrationen

FDP-Politiker: Schnelle Beweissicherung vor Ort nötig

DIETHART GOOS/DW, Bonn
Der frühere Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) hat die Länderjustizminister aufgefordert, möglichst schnell die Voraussetzungen für den Einsatz von Staatsanwälten zur Beweissicherung bei gewalttätigen Demonstrationen zu schaffen. Dies sei als Konsequenz aus den schweren Ausschreitungen vor wenigen Tagen am Kernkraftwerk Brokdorf an der Unterelbe und anschließend in Krawallen in Hamburg dringend nötig.

In einem Gespräch mit der WELT empfahl der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende zugleich seinem Parteifreund Justizminister Hans Engelhard, umgehend die Länderressortchef zu diesem Thema an den Konferenzort nach Bonn einzuladen.

Baum verwies auf einen wachsenden Unmut unter den bei Demonstrationen eingesetzten Polizeibeamten. Immer wieder müßten gewalttätige Demonstranten bei späteren Gerichtsverfahren wegen Mangels an Beweisen freigesprochen werden. „Das demotiviert und verbittert die Beamten. Sie sagen, was sollen wir die Steinerwerfer greifen, wenn die später doch nicht gerichtlich belangt werden.“

Der innenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion fügte hinzu: „Es darf ja wohl nicht so sein, daß die Gewalttäter sagen, wir können machen was wir wollen, uns geschieht ja doch nichts.“

Nur wenige Festnahmen

Zugleich verwies Baum auf ein Mifverhältnis bei den schweren Ausschreitungen zu Pfingsten am Baugebiet für die atomare Wiederaufbauanlage bei Wackersdorf in der Oberpfalz. Dort sei eine große Zahl von Gewalttätigen in Erscheinung getreten, aber nur wenige seien festgenommen worden. Notwendig sei also auch das richtige taktische Konzept der Polizei, um solche Straftäter zu stellen.

Der FDP-Politiker verwies auf Untersuchungen der Polizeiführungsschule Hiltrup bei Münster. Dort seien Demonstrationen mit schweren Ausschreitungen, wie sie sich schon früher in Brokdorf, Gorleben und Wackersdorf ereigneten, analysiert worden. Daraus habe sich die Forderung der Polizeiführer ergeben, nicht nur Objekte zu sichern und Gewalttät-

ter bei Demonstrationen abzuwehren, sondern auch festzunehmen. Baum sagte, dabei müßten Beweisschwierigkeiten ausgeschlossen werden.

Bei seiner Forderung nach Einsatz von Staatsanwälten geht es Baum nicht um Schnellgerichte. „Vielmehr muß man dafür sorgen, daß die Polizisten nach erfolgter Festnahme die Gewalttäter lebend und die Beweissicherung durch einen Staatsanwalt vorgenommen wird, der vor Ort ist und am Wochenende mal nicht Tennis spielt.“

Abschreckende Wirkung

Nach erfolgter Beweissicherung sollten die Gerichtsverfahren gegen gewalttätige Demonstranten bald folgen. „Es muß dafür gesorgt werden, das dies zügig geschieht und nicht monatelang dauert. Denn wir brauchen notwendigerweise die abschreckende Wirkung auf potentielle Gewalttäter.“

Gleichzeitig appellierte Baum an die Verantwortung der Politiker gegenüber den Polizisten. „Wir Politiker müssen den Beamten bei ihrer schweren Arbeit helfen, indem wir die politische Diskussion über aktuelle Themen wie Kernenergie und Gewalt führen. Da haben wir eine Bringschuld.“ Keinesfalls dürfe es zu einer Solidarisierung gegen die Polizei kommen, die immer wieder von der Politik im Stich gelassen worden sei. „Die Beamten müssen oft ausbaden, die Politiker zu verantworten haben.“

Auch Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) hat sich dafür ausgesprochen, gegen Gewalttäter, die das friedliche Demonstrationsrecht untergraben, mit der Härte des Gesetzes vorzugehen. Er plädierte für „Staatsanwälte vor Ort“ ähnlich wie bei sportlichen Veranstaltungen. „Wir sind eine wehrhafte Demokratie und keine Bananenrepublik“, betonte Engelhard in Bonn. Es sei dringend notwendig, im Zusammenwirken zwischen Bund und Ländern, zwischen Polizei und Justiz, alle Möglichkeiten auszunutzen, um den reisenden Gewalttätigen mit rechtsstaatlichen Mitteln das Handwerk zu legen. Engelhard hat die Justizminister der Länder gebeten, gemeinsam mit seinem Ministerium auf Abteilungsleiterbene in dieser Woche auszurufen, welche Maßnahmen im Justizbereich noch möglich sind.

„Alle Formen des Widerstands sind notwendig“

DW, Göttingen

Die logistische und ideologische Vorbereitung der gewalttätigen Auseinandersetzungen um das Kernkraftwerk Brokdorf wird deutlich in Flugblättern, die in der vergangenen Woche in Göttingen - einem der Zentren des gewalttätigen „Widerstandes“ der autonomen Kräfte in der Bundesrepublik - kursierten. Wie diesen Flugblättern zu entnehmen ist, fand das Vorbereitungstreffen der Brokdorf-Demonstranten vor einer Woche am Donnerstag in einem Hörsaal der Universität statt.

IV. Folgerungen

Die gewalttätigen Aktionen haben unsere Erfahrungen bestätigt, daß die Einstufung der Vermummung und passiven Bewaffnung als bloße Ordnungswidrigkeit und nicht als Straftatbestand aus dem Gesichtspunkt der Abschreckung völlig unzureichend ist. Außerdem wiederholen wir unsere Forderung, den alten Landfriedensstatbestand wieder einzuführen. Denn wer sich bei kriminellen Handlungen - wie sie in Wackersdorf und Brokdorf geschehen sind - nicht entfernt und durch seine Anwesenheit den Gewalttätern Schutz gewährt, macht sich mitschuldig an den Ausschreitungen. Unverhältnismäßige Bestrafungen können im Einzelfall durch Paragraph 153 StPO korrigiert werden.

2. Prävention

Die auf Antrag des Bundesministers des Inneren erfolgte Entscheidung der IMK, den Meldedienst „Landfriedensbruch“ und verwandte Straftaten (besonderer Inpol-Fahndungsbestand) fortzuführen, hat sich als richtig erwiesen. Er muß allerdings konsequent angewendet werden, insbesondere sollte das Meldeverhalten der Länder verbessert werden, um daraus ein effektiveres Mittel zur Erkennung und Bekämpfung „reisender Gewalttäter“ zu machen. Im übrigen kommt es darauf an, bei den Sicherheitsbehörden anfallende Staatschutzverfahren gezielte zum Erkennen der „reisenden Gewalttäter“ auszuwerten.

3. Personelle und materielle Verstärkung der BPol und des BGS

Wir alle erkennen die Notwendigkeit, die brutalen Gewaltaktionen an den Bauzonen in Wackersdorf, Brokdorf und andernorts zu verhindern. Schäden an den Anlagen, Verletzungen von Polizeibeamten und Beschädigungen an deren Ausrüstung lassen sich durch weiträumige Absperrungen sowie den Einsatz von Wasserwerfern als Distanzmittel zwar nicht ausschließen, aber einschränken. Eine personelle und materielle Verstärkung der BPol und des BGS sind dabei unerlässlich.



Generalstaatsanwalt in Köln: Borelav Schmitz

Justizminister Krumsiek warf Bonner Staatsanwälte „Rechtsfehler“ vor

GÜNTHER BADING, Bonn
Der nordrhein-westfälische Justizminister Rolf Krumsiek hatte vor dem Rechtsausschuß des Düsseldorfer Landtags zunächst eine eigene Erklärung zum inzwischen eingestellten Ermittlungsverfahren gegen den Bundeskanzler abgegeben. In der nichtöffentlichen 9. Sitzung vom 16. April wurde der Justizminister ermittelt durch den Justizminister der nordrhein-westfälische Justizminister Rolf Krumsiek bestätigt vor dem Rechtsausschuß auch, daß seine Kabinettschleife nach seiner Meinung rechtsfehlerhaft gehandelt habe. Sie habe das im nachhinein auch hingewiesen, da sie nicht rekonstruiert habe, daß die Staatsanwaltschaft den „Anfangsverdacht“ falsch ausgelegt habe; das umfangreiche Material sei von ihr nicht so umfassend gewürdigt bzw. anders bewertet worden, als das seitens des Generalstaatsanwalts geschehen sei. „Zur Nachfrage nach dem konkreten „Rechtsfehler“ heißt es im Protokoll weiter: „Dabei geht es um den gesamten Akteninhalt, erwidert Minister Dr. Krumsiek, und den könne er nicht zugänglich machen.“

Einen Tag nach der Ausschüttung wurde Krumsieks Behauptung vom Rechtsfehler widerlegt. Das Amtsgericht Bonn stellte sich in dem Beschluß mit Aktenzeichen 50 CS 348/86 hinter die ursprüngliche Auffassung der Bonner Staatsanwälte. Es hielt fest, daß der Bundeskanzler

In dem jetzt als Landtagsdrucksache vorliegenden Protokoll der nicht-öffentlichen Sitzung des Rechtsausschusses des Nordrhein-Westfälischen Landtags über das Zustandekommen des Ermittlungsverfahrens gegen den Bundeskanzler ist eine Frontstellung von Justizminister Rolf Krumsiek gegen die Bonner Staatsanwaltschaft deutlich geworden.



Justizminister in Düsseldorf: Rolf Krumsiek

ein „zu Unrecht Beschuldigter“ sei. Das Landgericht Bonn bestätigte (Az: 31 Qs 73/86) diese Einschätzung. Dennoch erteilte Generalstaatsanwalt Schmitz mit Billigung durch Minister Krumsiek keineswegs die Weisung, die Ermittlungen einzustellen. Stattdessen ordnete sie an, nun in Richtung eventueller Geldbottentigkeit einer Kohl-Mitarbeiterin zu ermitteln. Danach aber war im Bundestags-Untersuchungsausschuß, wo der Kanzler laut Strafanzeige die Unwahrheit gesagt haben sollte, überhaupt nicht gefragt worden.

Der nordrhein-westfälische Justizminister bestätigte vor dem Rechtsausschuß auch, daß seine Kabinettschleife nach seiner Meinung rechtsfehlerhaft gehandelt habe. Sie habe das im nachhinein auch hingewiesen, da sie nicht rekonstruiert habe, daß die Staatsanwaltschaft den „Anfangsverdacht“ falsch ausgelegt habe; das umfangreiche Material sei von ihr nicht so umfassend gewürdigt bzw. anders bewertet worden, als das seitens des Generalstaatsanwalts geschehen sei. „Zur Nachfrage nach dem konkreten „Rechtsfehler“ heißt es im Protokoll weiter: „Dabei geht es um den gesamten Akteninhalt, erwidert Minister Dr. Krumsiek, und den könne er nicht zugänglich machen.“

Mit öffentlichen Erklärungen hatten der nordrhein-westfälische Justizminister - auch Krumsieks Vorgängerin Ise Donnep - und der Kölner Generalstaatsanwalt schon früher ihre Schwierigkeiten. Noch vor der Eröffnung des Verfahrens gingen die ehemaligen Wirtschaftsmini-

ster Hans Friderichs und Otto Graf Lambsdorff hatte im Februar 1982 eine öffentliche Vorverurteilung bei der FDP-Politiker begonnen. In einem Schreiben vom 10. Februar 1982 an den Justizminister hatte deshalb der Leitende Oberstaatsanwalt in Bonn vorgeschlagen, den damals gegebenen Sachverhalt in einer Presseerklärung darzulegen. Wegen der öffentlichen Vorverurteilung wollte er im letzten Absatz festhalten: „Die Staatsanwaltschaft sieht sich aufgrund jüngster Vorkommnisse zu dem Hinweis veranlaßt, daß die im Rechtsstat geltende Unschuldsvermutung auch in dieser Sache Beachtung finden muß.“ Gegen sämtliche Beschuldigten bestehe nur ein begründeter Anfangsverdacht. Dem allerdings trat der Generalstaatsanwalt mit einer Verfügung (405 E-7/80) entgegen: „Von den Ausführungen im letzten Absatz ist abzusehen.“ Diese Verfügung wurde, mit der Bitte um Mitzeichnung, auch an den damals noch Leitenden Oberstaatsanwalt und heutigen Generalstaatsanwalt Schmitz gegeben.

Eine Woche später erteilte der Justizminister in Düsseldorf die Weisung, daß der Hinweis auf die im Rechtsstat geltende Unschuldsvermutung zugunsten von Graf Lambsdorff und Hans Friderichs keinesfalls in öffentliche Äußerungen der Bonner Staatsanwälte Eingang finden dürfe. Wörtlich heißt es im Schreiben mit dem Geschäftszeichen 1044 E-III B.584: „Ich bitte ferner, sicherzustellen, daß eine Äußerung wie im letzten Satz der von dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Bonn vorgesehene Presseerklärung in jedem Falle unterbleibt.“

Über „Enteignung“ zur Stilllegung der Atomanlagen

by, Düsseldorf

Die Grünen in Nordrhein-Westfalen sehen sich auf dem Weg, mit einem Volksentscheid die Stilllegung aller Atomanlagen zu erzwingen. Ein entsprechender Gesetzesentwurf, der die Regelungen des Atomgesetzes, dem alle Atomanlagen unterliegen, umgehen könne, hat zum Ziel, daß das Land „selbst Eigner werden und dann abschalten“ könne.

In Düsseldorf erläuterte gestern Reiner Geulen, Berliner Rechtsanwalt und Partner des ehemaligen Bundestagsabgeordneten der Grünen, Otto Schily, die Forderung nach Verfassungsschutz der Nordrhein-Westfälischen Atomanlagen und die „Überführung in das Eigentum des Landes ist der einzig gangbare und verfassungsrechtlich saubere Weg“, um den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie zu erreichen. Grundlage des Anstimmens ist Artikel 15 des Grundgesetzes, der diese Möglichkeit bei Entscheidung des Eigentümers vorsieht.

In Frage kommen das Kernkraftwerk Würgassen, der Thorium-Hochtemperaturreaktor (THTR) in Hamm und die Urananreicherungsanlage Gronau. Der schnelle Brüter in Kalmar wurde nicht in den Katalog aufgenommen, weil er nach Ansicht der von den Grünen gegründeten „Aktions Volksentscheid gegen Atomanlagen“ ohnehin nicht ans Netz gehen dürfte.

Der zuständige Innenminister Schnoor (SPD) geht davon aus, daß die formalen Voraussetzungen für den Gesetzesentwurf erfüllt seien. Die Antragsteller machten aber gestern keinen Hehl daraus, daß sie alle juristisch denkbaren Schritte ergreifen würden, falls das Kabinett Rai, das letztlich die Entscheidung trifft, ablehnt.

Noch nicht in Betracht gezogen wurde, daß nach der NRW-Fassung Volksbegehren über „Finanzfragen“ nicht zulässig sind, der Entwurf jedoch Entscheidungen bei der Enteignung vorsieht. In der „Aktion“ sind Jusos, kirchliche Gruppen, Grüne und Kinderschutzbund vertreten.

Die SPD-Fraktion im Bundestag hat ein Programm zur „ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaft“ vorgelegt. Bei der Vorstellung des Programms sagte der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion, Hauff, gestern in Bonn, das Konzept sei so zugeschnitten, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen binnen vier Jahren in die Praxis umgesetzt werden können. Leitende der Grundsatzklärung sind die Koordination der Politik unter dem Vorzeichen der Umweltschutz, die Modernisierung der Wirtschaft nach ökologischen Gesichtspunkten sowie die Verankerung des Vorsorgeprinzips in der Umweltpolitik.

SPD-Programm zur ökologischen Erneuerung

AP, Bonn

Die für Samstag geplante und am Dienstag vom Veranstalter abgehaltene Großdemonstration in der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden gegen die weitere Nutzung der Atomenergie soll nun doch stattfinden. Das „Hessische Aktionsbündnis zur sofortigen Stilllegung aller Atomanlagen“ teilte gestern mit, eine Sonderversammlung des Bündnisses habe am Vorabend beschlossen, ungeachtet der Krawalle bei mehreren Anti-Atom-Protesten vom Wochenende an der Demonstration unter dem Motto „Hessen belagert den Landtag“ festzuhalten. Dem Aktionsbündnis gehören unter anderem die Grünen und zahlreiche Bürgerinitiativen an.

Demonstration „Hessen belagert den Landtag“

rt, Wiesbaden

Die drei Verteidiger des im Mai 1986 zum Tode verurteilten früheren kroatischen Innenministers Andrija Artukovic (88) haben beim Obersten Gericht der Republik Kroatien Berufung eingelegt. Artukovic sei wegen seines schlechten Gesundheitszustandes nicht in der Lage gewesen, den Prozeß zu folgen, begründeten die Verteidiger ihren Revisionsantrag. Daneben seien dem Verurteilten die ihm konkret zur Last gelegten Greuelthaten im Zweiten Weltkrieg nicht nachgewiesen worden. Artukovic ist nach Auffassung der jugoslawischen Behörden für den Tod von mehr als 700 000 Juden, Serben und Sinti verantwortlich.

„Genehmigung für Wackersdorf offen“

Münchner Justizminister Lang weicht von der Parteilinie ab / Umdenken in der CSU?

PETER SCHMALZ, München
Das Reaktorunglück von Tschernobyl und die darauffolgende Beunruhigung der Bevölkerung zeigt auch in der CSU zunehmende Wirkung. Nach dem Münchner CSU-Vorsitzenden Erich Kiesel, der beim Bau der Wiederaufbauanlage bei Wackersdorf eine „Denkpause“ anregte und dafür im CSU-Landesvorstand wie auch in seinem eigenen Bezirksvorstand auf Kritik stieß, äußerte sich nun auch erstmals ein Mitglied der bayerischen Staatsregierung in einer Weise, die als vorsichtige Absetzwegung vom bisherigen Parteikurs angesehen werden muß: Justizminister August Lang erklärte auf einer CSU-Veranstaltung in Regensburg, die Entscheidung der bayerischen Regierung über die zweite Teilerrichtungs-genehmigung für die WAA sei offen.

Strauß gegen Rückzug

Bisher hatten sich Partei und Regierung uneingeschränkt zum Bau der WAA bekannt, noch am Wochenende meinte Ministerpräsident Franz Josef Strauß, ein Rückzug komme nicht in Frage, weil er ein Rückzug des Rechtsstaates wäre. Jetzt aber sagte der Justizminister wörtlich: „Bevor wir einer solchen Entscheidung (zweite Teilerrichtungs-genehmigung, die Red.) 1988 nähertraten, muß die Energiewirtschaft klar und überzeugend dargun, ob die Wiederaufbauarbeiten heute und in Zukunft

Artukovic legt Berufung gegen Todesurteil ein

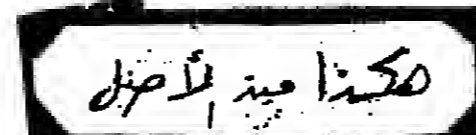
dpa, Zagreb

Insgesamt schält sich ein neuer energiepolitischer Weg der CSU auf drei Gleisen ab. Die Kernenergie wird weiterentwickelt, soweit sie benötigt wird; alternative Energiequellen werden forciert untersucht, wobei technische Sinnvolles nicht an Finanzfragen scheitern soll; schließlich soll Energie eingespart werden, wobei als realistisches Ziel angesehen wird, den derzeitigen Strombedarf ungefähr zu halten. „Dann“, so der CSU-Umweltpolitiker Alois Glück, „können wir mit dem vorhandenen Park an Kraftwerken auskommen.“

Jetzt dreigleisig

Mehr Klarheit über die künftige Energiepolitik Bayerns soll eine zehn Punkte umfassende große Anfrage der CSU-Fraktion an die Staatsregierung bringen. Glück: „Wir wollen dadurch Realisierbares aufzeigen und die SPD zum Schwur zwingen, damit sie endlich sagt, was sie in der Energiepolitik wirklich anzubieten hat.“

DIE WELT (US\$ 603-599) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 345,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to DIE WELT GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Langsam findet Uganda wieder zu sich selbst

WELT-Gespräch mit Innenminister Paul Ssemogerere

ACHIM REMDE, Bonn
Er ist Christ und Demokrat und hat Freunde in der CDU/CSU-Fraktion in Bonn. Der Vorsitzende der ugandischen „Democratic Party“ (DP), Paul Ssemogerere, ist kein Unbekannter in der Bundesrepublik. Vom 9. bis 11. Juni hielt er sich jedoch zum ersten Mal als Innenminister der Regierung Yoweri Musevenis zu politischen Gesprächen in Bonn auf, wo er unter anderem mit Bundesminister Schäuble zusammentraf.

Uganda, einst britische Musterkolonie und „Perle Afrikas“, von der Natur mit Schönheit und Fruchtbarkeit gesegnet, durch die Grausamkeiten Idi Amins aber zum Symbol des Niedergangs Afrikas geworden, scheint dem Kreislauf von Menschenrechtsverletzungen und politischer Gewalt, aus dem auch Amins Nachfolger Obote und Tito Okello das Land nicht befreien konnten, seit der Machtübernahme Yoweri Musevenis im Januar 1986 endgültig entronnen zu sein. Selten stimmen politische Beobachter unterschiedlichster Provenienz so sehr in der durchgängig positiven Beurteilung eines Regimes überein wie im Falle Musevenis.

Innerhalb von vier Jahren will Museveni eine Entscheidung über das künftige politische System Ugandas herbeiführen. Wird das wie alle anderen in Afrika die Einheitspartei sein? „Ugandas Probleme sind dadurch entstanden, daß die Inhaber der Macht den demokratischen Pluralismus unterdrückt haben“, meint Ssemogerere. Er ist Verfechter der Ansicht, daß ein Mehrparteiensystem nach westlichem Vorbild auch für Uganda das Richtige sei. „Doch wenn es Museveni gelingt, einen nationalen Konsensus herbeizuführen, der in eine Einheitspartei mündet, würden wir, (die DP), das unterstützen.“

Ist Museveni nicht einer jener afrikanischen Führer der zweiten Generation, die wie Sankara in Burkina Faso und Rawlings in Ghana im Gebruch des Marxismus stehend, gewaltsam die Macht übernahmen, dann überraschend zum Nutzen der Bevölkerung eine pragmatische Politik verfolgten und deshalb breite Zustimmung fanden? Gemeinsam ist ihnen, daß sie von der Mehrparteiendemokratie nichts halten. „Ich glaube, daß Museveni nicht mit Rawlings und Sankara verglichen werden möchte. Mein Eindruck ist, daß er die

Frage, ob Einheitspartei oder Mehrparteiensystem, noch nicht entschieden hat.“ Im Augenblick gilt in Uganda ein „gentlemen's agreement“, nach dem Parteien zwar nicht verboten sind, sich aber nicht betätigen.

Während Museveni sowohl Obote als auch Okello mit seinen Guerrillatruppen bekämpfte, war Ssemogerere unter Obote Oppositionsführer und unter Okello gar Innenminister.

Warum ist der Friedensschluß von Nairobi, in dem Okello und Museveni eine gemeinsame Regierung vereinbarten, nie in die Praxis umgesetzt worden? „Es fehlte an internationaler Unterstützung“, meint Ssemogerere lakonisch. Doch es ist kein Geheimnis, daß Museveni den Kampf fortsetzte, weil er die Früchte seines Wi-



Stabilisierender Faktor: Ssemogerere FOTO: REMDE

derstandes gegen Obote nicht mit Okello teilen wollte. Die Menschenrechtsverletzungen gingen unter Okello weiter. „Die Armee war außer Kontrolle“, sagt Ssemogerere, und da der Guerrillakampf weiterging, war es nicht möglich, sie zu disziplinieren.“ Die innere Sicherheit, für die gegenwärtig die Armee Musevenis zuständig ist, soll künftig von der Ssemogerere unterstellten Polizei gewährleistet werden. Ssemogerere hofft dabei auf deutsche Ausrüstungshilfe.

Ssemogerere hat sich Verdienste erworben. Unter Obote hat er Menschenrechtsverletzungen angeprangert, unter Okello die Freilassung politischer Gefangener betrieben. Daß er dem wenig rühmlichen Regime Okellos in derselben Eigenschaft diente wie jetzt dem Musevenis, mag nur ein Schönheitsfehler sein.

„Atomteststopp wäre Gefahr für Abschreckung“

cvb, Brüssel

Die Vereinigten Staaten bezeichnen es als „Irrglauben“, daß durch ein Verbot unterirdischer Atomwaffentests die Friedenssicherheit werde. Im Gegenteil: Die Einstellung der Versuche, wie es vom sowjetischen Parteichef Gorbatschow verlangt werde, könne die Kriegsgefahr erhöhen, gerichtet durch im Westen populäre Schritte Vorteile für die Sowjetunion zu erzielen. Diese Ansichten vertritt der Direktor der Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde der USA, Kenneth Adelman, in der offiziellen Zeitschrift des nordatlantischen Bündnisses, „NATO Review“.

Adelman legt vier „zwingende“ Gründe vor, die das Problem der Teststopps in den Zusammenhang der Abschreckung stellen: „Die Sicherheit, die Zuverlässigkeit, die Wirksamkeit und schließlich die Glaubwürdigkeit unserer nuklearen Abschreckung, die den Frieden bewahrt. Ein volkstümliches Argument lautet heute, durch das Stoppen der Tests würde im Laufe der Zeit das Vertrauen jeder Seite in ihre Nuklearwaffen abnehmen. Dadurch würden die Chancen verringert, daß diese Waffen jemals eingesetzt werden. Das klingt logisch, aber es ist falsche Logik.“ Schwäche hat oft erst zur Aggression eingeladen. „Nachlassendes Vertrauen und Unsicherheiten über die eigene Verteidigungsmacht seien ungeeignet, das Kriegsrisiko zu verringern.“ Wenn wir das Vertrauen in unsere Fähigkeiten verlieren und der Gegner dies so sieht – egal ob er recht hat oder nicht –, dann würde die Abschreckung geschwächt. Das Risiko eines Atomwaffeneinsatzes würde steigen.“

Während eines Moratoriums könnten die Sowjets in ihrer geschlossenen Gesellschaft ihre Nuklearlabortorien weiter beschäftigen. In der freien Gesellschaft Amerikas würden sich die Fachleute notwendigerweise produktiver Tätigkeit suchen. Im übrigen sei unvergessen, daß die Sowjetunion 1961 ein bestehendes Moratorium mit 40 Atomtests in neun Wochen gebrochen habe. Schließlich hätte die durch Versuche ermöglichte ständige Modernisierung der amerikanischen Atomwaffen dazu geführt, daß die zusammengesetzte Sprengkraft aller US-Kernwaffen heute nur noch ein Viertel der des Jahres 1960 betrage. (SAD)

Gemischtes Echo auf Genschers Rede bei der Genfer Abrüstungskonferenz

Skepsis vor allem bei den Vertretern aus dem Ostblock / SALT 2 und chemische Waffen

ALFRED ZÄNKER, Genf
Die Ausführungen von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher auf der Genfer Abrüstungskonferenz haben in Konferenzkreisen zwar ein recht positives Echo gefunden, sein Optimismus aber wird von Vertretern des Ostblocks nicht geteilt. Sie äußerten Zweifel und Skepsis daran, daß dieser Optimismus etwas an der Haltung der USA ändern könne, das SALT 2-Abkommen nur noch bis zum Jahresende einzuhalten. Der sowjetische Chefdelegierte Viktor L. Israelian bedauerte in seiner Rede überhinaus die Beschlüsse der Vereinigten Staaten und der NATO, nun die Produktion ziviler Chemiewaffen aufzunehmen.

Ermutigende Fortschritte

Genscher hatte sich am Dienstag als Gastredner zur Eröffnung der neuen Sitzungsperiode der Genfer UNO-Abrüstungskonferenz nachdrücklich für den baldigen Abschluß eines Chemiewaffenverbot-Abkommens ausgesprochen. An dieser bis August dauernden Konferenz nehmen Vertreter von vierzig Nationen teil. Zum Thema SALT 2 sagte Genscher: „Im Vorfeld eines Abkommens über eine Reduzierung der strategischen Atomwaffen treten wir für eine Weiterbeachtung der SALT-Begrenzungen als Rahmen für eine Politik der beiderseitigen Zu-

rückhaltung ein. Die SALT-Bestimmungen bilden eine wichtige Ausgangsbasis, auf der weitergehende Vereinbarungen entwickelt werden können. Wir hoffen, daß beide Seiten die Voraussetzungen schaffen, damit dieser kooperative Rahmen erhalten bleiben kann.“

Von zentraler Bedeutung bei den Verhandlungen über ein weltweites Verbot chemischer Waffen sei das Verifikationsproblem – die Überprüfbarkeit. Hier gebe es jedoch bereits erhebliche Fortschritte. Es sei ermutigend, mit welcher zähen Sachlichkeit sich die Delegationen bei der Genfer Abrüstungskonferenz bemühen, angemessene Bestimmungen sowohl für die Regelkontrollen als auch für Kontrollen im Falle des Verdachts eines Vertragsverstoßes beizubringen.

Die Bundesregierung begrüße, daß die Sowjetunion am 22. April internationalen Kontrollen bei der Vernichtung von chemischen Waffenbeständen und Herstellungsanlagen einschließlich Inspektion vor Ort zugestimmt habe. Zwei wichtige Fragen, nämlich die Überwachung der Nichtproduktion chemischer Waffen und die Verdachtskontrolle, blieben allerdings noch zu lösen.

„Für die Bundesregierung hat der baldige Abschluß eines weltweiten Chemiewaffenverbot-Abkommens absolute Priorität. Darin weiß sie sich

Paris verschärft Ausländerrecht

dpa, Paris

Ausländer sollen künftig schneller aus Frankreich ausgewiesen werden können. Der Ministerrat beschloß darüber hinaus gestern in Paris gegen „äußerst schwerwiegende Bedenken“ des sozialistischen Präsidenten Mitterrand strengere Regelungen für die Vergabe von Aufenthaltsgenehmigungen. Nach dem Gesetz müssen alle Ausländer mit ihren Kindern das Land verlassen, wenn sie nach drei Monaten keine Aufenthaltserlaubnis erhalten haben. Legal in Frankreich lebende Ausländer können ausgewiesen werden, wenn sie zu Haftstrafen verurteilt sind. Für die Einreise wird künftig zur Abwehr „falscher Touristen“ der Nachweis einer Existenzgrundlage verlangt.

Berufung Wagners zum Staatssekretär

dpa, Bonn

Auf Vorschlag von Umweltminister Walter Wallmann (CDU) ist der frühere hessische Landrat Christian Wagner (43) gestern vom Bundeskabinett zum beamteten Staatssekretär im Bundesumweltministerium berufen worden. Der promovierte Jurist Wagner gehört dem Bundesvorstand der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU an. Im März 1985 verlor die CDU bei der „Erdrutsch“-Kommunalwahl im hessischen Kreis Marburg-Biedenkopf die Mehrheit. Wagner mußte seinen Posten als dortiger Landrat an den SPD-Politiker Kurt Klien abgeben. Im Herbst 1985 wurde er zum Direktor des Frankfurter Instituts für Wirtschaftspolitische Forschung ernannt.

Strahlen-Fall in Finnland „ein Mysterium“

meh. Kopenhagen

Hinter einem in Finnland registrierten Strahlenszenario stehen vermutlich „Mißfälligkeiten“. Diese Hypothese vertrat in einer Pressekonferenz in Helsinki das finnische Strahlenschutzinstitut. Am Montag gegen 20.00 Uhr hatte die Meßstation im südfinnischen Kotka mit 1,8 Milliröntgen je Stunde (normal so hohe Strahlenbelastungswerte gemessen, wie sie nach der Katastrophe von Tschernobyl beobachtet worden waren. Im Vergleich zu den damals in Schweden festgestellten 0,03 Milliröntgen je Stunde hätten die Messungen von Kotka sogar den Faktor 60 bedeutet.

Gegen Zonen-Politik

Genscher sprach sich jedoch gegen östliche Pläne zur Schaffung chemiewaffenfreier Zonen aus, wie sie kürzlich der Bundesrepublik von der „DDR“ vorgeschlagen wurden. Der Einsatz von chemischen Waffen in regionalen Konflikten in der Dritten Welt in jüngster Zeit habe gezeigt, daß es zu einem weltweiten Verbot keine sachliche Alternative gebe. Im Interesse einer „Verstärkung“ der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion und um Übereinkünfte in Sachfragen leichter zu erreichen, sei es besonders wichtig, daß ein zweites Gipfeltreffen zwischen dem amerikanischen Präsidenten Reagan und dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow vereinbart noch in diesem Jahre stattfindet. Dazu sei ein „Durchbruch“ bei den Chemiewaffen-Verhandlungen und eine Einigung über die Grundlagen eines Zwischenabkommens über Mittelstreckenraketen wesentlich.



In Apotheken und Drogerien.

Moskau verstärkt Druck auf Christen

idea, Moskau

In der Sowjetunion hat sich der Druck auf Christen, deren Gemeinden sich einer staatlichen Kontrolle widersetzen, erheblich verstärkt. Nach Angaben des Vorsitzenden des Bundes der staatlich nicht registrierten Evangeliumchristen-Baptisten, Gennadij Krjutschkow, sollen diese 2000 Christen-Gemeinden mit allen Mitteln dazu gebracht werden, sich staatlich registrieren zu lassen. Damit müßten sie sich jedoch verpflichten, auf die religiöse Unterweisung von Jugendlichen und Kindern sowie auf karitative Aktivitäten zu verzichten. Der 50 Jahre alte Krjutschkow lebt seit 1971 im Untergrund und wird vom sowjetischen Geheimdienst KGB steckbrieflich gesucht.

daraufhin die Meßapparaturen kontrollierte, konnte aber kein Versagen feststellen. Dessen eigene Meßgeräte zeigten Belastungswerte etwa in doppelter Höhe der im Schnitt der letzten Woche beobachteten 0,04 bis 0,08 Milliröntgen je Stunde. Auch Kontrollmessungen in der näheren Umgebung von Kotka zeigten diese deutlich niedrigeren Strahlungswerte.

Eero Ilukka vom finnischen Strahlenschutzinstitut sprach von einem „Mysterium“. Die Vermutung, daß da noch eine vom Tschernobyl-Unglück umhervagabundierende Wolke strahlte, schlossen die finnischen Experten ziemlich schnell aus. Tschernobyl hätte viel ausgedehntere Strahlungsfelder produziert.

Die Verunsicherung der Finnen ging so weit, daß sie Flugzeuge loschickten, die der Strahlungswolke über dem Osten des Landes nachspüren sollten. Dies mißlang. Obwohl die Finnen jetzt von einem Meßfehler ausgehen, etwas Mysteriöses bleibt. Am Meßgerät in Kotka, das in einer Feuerwachtürmele installiert ist, wurde unverändert kein Fehler gefunden. Und, es soll weiter gemessen werden.

H HONDA

Erfolg. Das Zeichen für Leistung. Honda Accord EXi.

Führende Automobil-Fachjournalisten haben die neue Honda Accord EXi-Generation dem denkbar anspruchsvollsten Vergleichstest unterzogen: dem Wettbewerb mit etablierten deutschen Kompakt-Limousinen der gehobenen Mittelklasse. Ihr objektives Urteil ist eindeutig: Die Honda Accord EXi-Generation ist beispielhaft in ihrer fortschrittlichen Technik und ausgereiften Fahrkultur.

Modernster 2,0-l-12 Ventil-Antrieb mit 90 kW (122 PS). Aufwendiges „Double Wishbone“-Fahrwerk aus

der Formel 1. Präzises Handling. Kraftvolles Drehmoment. Seidenweicher Durchzug und absolute Laufruhe. Großzügiges Raumangebot und seriösmäßige Luxus-Ausstattung. Qualität und Leistung eines Automobils bestimmen seinen Status.

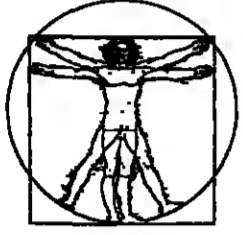
Die Marke Honda setzt dafür ein neues Zeichen. Honda Deutschland GmbH, Offenbach/M.

HONDA ACCORD

NOTIZEN

Fische kaum belastet

Hamburg (dpa) - Fische aus Nord- und Ostsee sowie aus norddeutschen Teichen und Bächen sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt „unbedenklich“ hinsichtlich ihrer Belastung mit radioaktiven Stoffen...



out noch niedriger. Bei Fischen aus Teichen und Bächen liegt der Gehalt von Jod-131 deutlich unter einem Becquerel je Kilogramm.

Ölpest in Venezuela

Caracas (AFP) - Eine Ölpest auf dem westvenezolanischen Maracaibo-See ist jetzt nach Angaben der venezolanischen Ölgesellschaft Lagoven unter Kontrolle gebracht worden...

Jagd auf Grindwale

Malmö (AP) - Die Jagd auf Grindwale vor den dänischen Färöerinseln hat die Diskussion des zweiten Tages der Walfangkonferenz in Malmö bestimmt...

Den Krebsursachen auf der Spur

Hohe Auszeichnung für deutschen Forscher / Die Tumorstudiologie soll gefördert werden

Von LUDWIG KÜRTE

Als erster Deutscher erhält Professor Harald zur Hausen, der Vorstandsvorsitzende des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ) in Heidelberg, den Charles S. Mott Preis...

Tumorstudiologie und Krebsprävention bilden soll, wird noch in diesem Jahr ihre Arbeit beginnen.

Nicht nur von den Papillomviren, sondern auch von anderen Viren weiß man, daß sie an der Krebsentstehung beteiligt sind.

morstudiologie zielen darauf ab, durch die Verhinderung der Virusinfektionen gleichzeitig auch die Krebsentstehung abzuwenden.

Diagnose und Therapie sollen verbessert werden

1. Tumor-assoziierte Viren sollen identifiziert und charakterisiert werden. Dabei ist zu erwarten, daß sich auch für weitere Krebsformen ein Zusammenhang mit Viren herausstellen wird.

2. Es soll geklärt werden, wie die Erreger in die Körperzellen eindringen, sich dort vermehren und wie sie zur Entartung der Zelle beitragen.

3. Die Diagnostik von Virusinfektionen soll verbessert werden. Dies ist besonders wichtig beim Aids-Virus, aber auch bei den Papillomviren.

4. Ziel der Arbeit ist die Entwicklung von Impfstoffen, Medikamenten oder anderen Therapieformen gegen die verschiedenen Erreger.

Die Papillomviren spielen eine Schlüsselrolle bei der Entstehung verschiedener Genitalkrebsformen. Allein der Gebärmutterhalskrebs stellt mit 15,8 Prozent Anteil an allen Krebserkrankungen weltweit die zweithäufigste Krebsform bei Frauen dar.

Die Forschungen arbeiten in der Tumorstudiologie...



Professor Harald zur Hausen FOTO: DPA

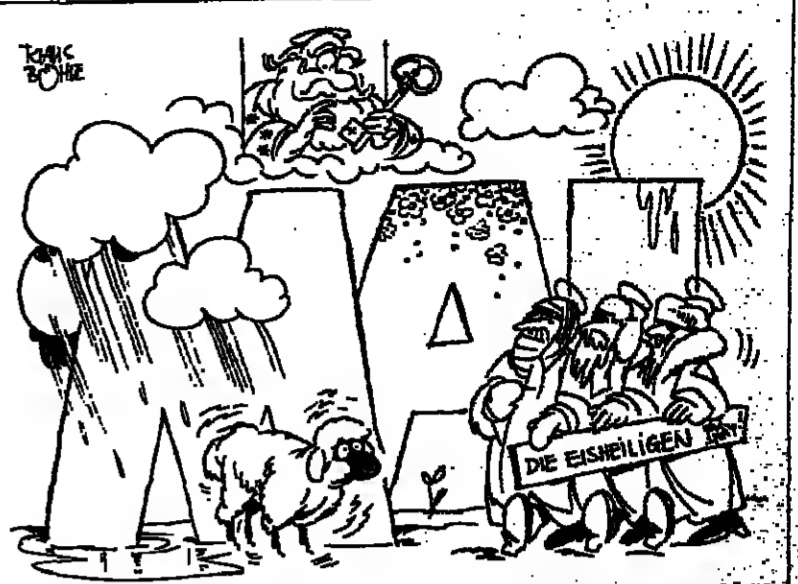
Ein neues Institut für die Forschung an Krebsviren

Die enormen Fortschritte auf dem Gebiet der Tumorstudiologie haben das DKFZ veranlaßt, die Gründung eines eigenständigen Institutes für diese Forschungsrichtung einzurichten.

Zwischen Bodenfrost und Schafskälte

Von MARTIN BOECKH

Zäumt man die meteorologischen Launen des Wonnemonats Mai von hinten auf, stellt man fest, daß er kälter endete, als er angefangen hatte.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHNE

1000 höher lag, als in den folgenden Jahren. Erst die Messungen an nur zwei Tagen im April ließen den monatlichen Mittelwert wieder auf ganz ähnliche Werte springen...

In vielen Städten, wie in Hamburg, Stuttgart oder München lagen die Minusrekorde direkt am Monatsende. Mit plus 3,2° C verabschiedete sich der Mai in München...

Bei so deutlich ausgeprägten Kältezeiten nimmt es Wunder, daß die Monatsmitteltemperaturen von sechs deutschen Großstädten mit 15,1 Grad immerhin doch noch zwei Grad über dem Soll lagen.

Herausragendes Ereignis im negativen Sinne war zweifellos der radioaktive Niederschlag aus Richtung Tschernobyl, der die Meteorologen auch in den Mai hinein beschäftigte.

Obwohl an nur drei Tagen in Deutschland kein Regen gemessen wurde, fiel die Bilanz lange nicht so verwässert aus, wie man allgemein denken könnte.

Von hochreichenden Luftströmungen rasch um den ganzen Erdball verfrachtet, führten diese Kernwafferversuche zu einem radioaktiven Niederschlag, der bei den Monatsmittelwerten um den Faktor

ihren Schnitt von 71 Millimetern. Ebenso uneinheitlich gestaltete sich die Sonnenbilanz, die im Norden (Hamburg, Berlin und Essen) bis zu 40 Stunden mehr Sonnenschein verzeichnete als im Süden (Mannheim, Stuttgart und München).

Zuviel Niederschläge

Trotz des fehlenden Sonnenscheins kamen drei, in Berlin sogar sieben Sommertage zusätzlich zustande. Für die Meteorologen jedenfalls ist zumindest nach den ersten Juni-Sonnetagen der Frühling beendet, auch wenn dieser noch bis zu 70 Stunden Sonnenschein nachholen müßte.

Samstag auf der Wissenschafts-Seite

Europa setzt auf Eigenständigkeit - Ludwig Kürten über die Konzepte einer internationalen Raumstation.

Ein ozeanisches Großexperiment bringt Klarheit über die Verteilung des Planktons - Von Harald Steinert.

Vera Zylka beschreibt neue Erkenntnisse über die Wirkung der ANP-Herzhormone.

Die Elektrizitätswirtschaft informiert

Die Bundesärztekammer zu Tschernobyl

Die Bevölkerung wurde durch die Auswirkungen des Kernkraftwerkunfalls im russischen Tschernobyl berührt und beunruhigt. Sie stellt verständlicherweise die Frage nach den Folgen für die Gesundheit.

An die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)

Das Unglück im Kernkraftwerk Tschernobyl/UdSSR hat uns als Bürger der Bundesrepublik Deutschland betroffen. Damit sind wir durch einen Kernkraftwerksunfall in einem anderen Land in Mitleidenschaft gezogen worden.

Nach dem zuverlässigen Urteil von Experten, insbesondere Nuklearmedizinern, Strahlenschutzärzten, Strahlenbiologen und Kernphysikern, hat in unserem Lande durch die erhöhte Strahlenexposition kein Bürger gesundheitliche Schäden erlitten.

Die biologischen Auswirkungen der Radioaktivität auf den Menschen und seine Umwelt sind weitgehend bekannt. Aus ihnen wurden u.a. die Grenzwerte für eine Strahlenexposition abgeleitet.

Die Wirkungen ionisierender Strahlung sind dem Laien nur schwer verständlich zu machen. Da Auftreten und Wirkung einer solchen Strahlung mit den Sinnen zunächst nicht erfassbar sind, stellt sich oft ein Gefühl der Hilflosigkeit und der Angst ein.

zahlreicher Erkrankungen die Anwendung ionisierender Strahlung unverzichtbar ist. Bei der Planung zukünftiger Maßnahmen zum Schutz gegen eine erhöhte Strahlenexposition muß der Sachkunde der Vorrang vor allen anderen Überlegungen, insbesondere kurzfristigem Parteienstreit eingeräumt werden.

Die Strahlenschutzkommission beim Bundesminister des Innern hat wiederholt fundierte Beurteilungen der vorliegenden Fakten der Öffentlichkeit mitgeteilt. Ihre detaillierte Empfehlung vom 15. und 16. Mai 1986, die sich mit besonders drängenden Fragen befaßt, sollte in weitaus größerem Umfang als bisher beachtet werden.

Die Bundesärztekammer regt an, kritisch zu prüfen, wie in Zukunft die Beachtung der von der Strahlenschutzkommission festgelegten Richtwerte durch die politisch Verantwortlichen gewährleistet werden kann.

Als wichtigste Konsequenz aus dem Kernkraftwerksunfall in der UdSSR ergibt sich die Forderung, die Sicherheitsvorkehrungen bei der Nutzung der Kernkraft sorgfältig zu überprüfen und - wo immer nötig und möglich - weiter zu verbessern.

Dr. med. Karsten Vilmar, Präsident.

Ihre Stromversorger VDEW - Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke - e.V., Frankfurt

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/50 41, Telex 8 85 714

„Saulus Spasowski“

Die Memoiren des früheren polnischen Diplomaten Edmund Spasowski; WELT-Serie

Die amerikanische Ausgabe dieser Memoiren wurde von den Exil-Polen älterer Generationen, die seit Jahrzehnten die kommunistische Diktatur bekämpfen, kaum mit lautstarkem Beifall quittiert. Der propagan-



Tadeusz Nowakowski
FOTO: BRIGITTE SCHÄFER

distische Wert des „Falles Spasowski“ wird zwar nicht unterschätzt („man hat denen da eins ausgewischt“), dennoch: Es bleibt ein Unbehagen. In einer polnischen Zeitung in Chicago schreibt ein angesehener Widerstandskämpfer, die Damaskus-Erlebnisse seien im Prinzip zu begrüßen, nichts gegen die wundersamen Verwandlungen, solange die frischgetauften Paulusse nicht versuchen mit dem Neophytenifer die uralten Christen über die Unzulänglichkeiten des Heidentums bzw. über die Vorzüge der neuen Religionen aufzuklären. Aber es gibt auch einige Pragmatiker, die über jede Art von „moralischem Rigorismus“ erhaben sind, und ihre Argumente lauten: Politik ist keine Theologie, sie richtet sich nach dem Gesetz der Nützlichkeit, das Damaskus-Erlebnis (falls überhaupt vorhanden) könnte höchstens die Seelsorger beschäftigen, dem geschenkten Saul schaut man nicht aufs Maul, der wertvollste Überläufer ist der, der sich erst morgen früh einschleift, die Freiheit zu wählen, sein politisches curriculum vitae interessiert uns weniger.

Oh wir mit einem wichtigen Beitrag zur Erforschung der Zeitgeschichte zu tun haben? Daß der Kat-

ser im Osten splitterackt ist, ist sogar den Halbblinden längst aufgefallen. Immerhin wird dem Leser ein interessantes Psychogramm und ein Mentalitätsbefund eines bestimmten Menschentypus geliefert, der nach bestem Wissen und Gewissen der Diktatur jahrzehntlang cum laude dient, bis er eines Tages, unter dem Druck der veränderten Wetterlage, entdeckt, was jedem Kind in seiner Heimat bekannt ist. Ob diese recht verspäteten Entdeckungen des ehemaligen Botschafters seine Landsleute dahelb besonders beeindrucken werden, ist nicht sicher. Die Zentrale wird ihre Auslandsvertreter noch stärker bewachen lassen als es bisher der Fall war. Die Idee, nur solche Diplomaten nach Westen zu schicken, die keine fremde Sprache beherrschen, ist zwar bestechend, aber kaum durchführbar.

Tadeusz Nowakowski,
Präsident des „Polnischen Nationalrates in Deutschland“
(London/München)

Der Weltraum

Ja, wo fängt der Weltraum an? Bei 25 333,07 Kilometer über „der“ (welcher? Meer? Gebirge?) Erdoberfläche? Oder etwas darüber? Oder etwas darunter? In Höhe der Satelliten? Wo hört denn die Erde auf, so daß dann der Weltraum beginnen kann? Und wo findet dann „der Krieg der Sterne“ statt?

Zur Beruhigung aller Sternenkrieger: Der „Weltraum“ beginnt nämlich genau an der Erdoberfläche, oh bei Normalnull oder im Himalaja, und nirgendwo anders. Wir alle, wenn auch glücklicherweise umhüllt vom Luftraum, leben in Wahrheit „im Weltraum“. Es ist der größte Unsinn, den Weltraum woanders beginnen lassen zu wollen. Die Sterne sehen von hier aus nicht anders aus wie aus einem Weltraumschiff.

Die Raketen im „Ertraum“ sind keine anderen Waffen als solche, die über der irgendwo endenden Lufthülle bewegt werden können. Wenn es legal ist, gegen die „unteren“ Raketen Abwehrwaffen zu erfinden, so ist es genauso legal, Waffenmöglichkeiten zu erforschen und zu erproben, die der Abwehr von Raketen dienen sollen, die sich in demselben Weltraum

bewegen wie wir, nur oberhalb der Lufthülle, von wo sie uns bedrohen, auch wenn sie aus der Weltraumhöhe des Mondes zu befürchten wären.

Deshalb ist die Verteufelung der Amerikaner, sie wollten „den Krieg der Sterne“, eine der albernsten Beschuldigungen, die der ignorante Antiamerikanismus erfunden hat und verbreitet. Die Sterne kümmern sich einen Dreck um die Kriege der Menschheit, die letztlich tatsächlich „im Ertraum“ endet, nämlich wenn sie unter dem Rasen liegt, wo sie keine „Ertraum“- und keine „Weltraumrakete“ mehr lebend erreicht.

J. Suchsland,
Wesel

Renten

„Besante müssen bei Rentenreform Beitrag leisten“; WELT vom 5. Juni

Welch ein bedauerlicher Zungenschlag, wenn es da heißt, die Staatsdiener sollten einen Beitrag „zur Sanierung der gesetzlichen Rentenversicherung leisten“. Wir müssen unsere gesetzliche Rentenversicherung so behalten, wie sie ist, beitrags- und leistungsbezogen, adäquate Erstattung der Fremdleistungen durch die Steuerkasse; doch bitte keine „fürsorglichen“ Unterstützungsbeiträge!

Der öffentliche Dienst ist ohnehin bereits bei uns versichert. Ein unvergleichbares Ärgernis ist hier lediglich die seit 1973 voll aus Steuermitteln finanzierte Zusatzversicherung. Hier wieder den alten Stand herzustellen, wäre schon eine beachtliche Tat des Gesetzgebers; vergleichbar etwa den vielen Betriebsrenten, an denen sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber mit gleichen Beitragsanteilen beteiligen.

Was jedoch spricht, vom heutigen Beamtengesetz einmal abgesehen, eigentlich dagegen, daß auch für Beamte eine beitrags- und leistungsbezogene Regelung über eine Versorgungs- oder Versicherungsanstalt geschaffen wird, in die die beiden Partner glei-

Wort des Tages

„Jedes System ist ein System der Notwendigkeit und der Freiheit zugleich.“

Georg Wilhelm Hegel, deutscher Philosoph (1770-1831)

che Beitragsanteile einzahlen? Für eine Zusatzversicherung ähnlich des öffentlichen Dienstes, natürlich mit persönlicher Beteiligung, sollte es dann auch noch reichen.

Für alles aber, was dann über einen bestimmten Beitrags-Leistungs-Standard hinaus erwünscht ist, muß, wie bei uns Arbeitnehmern der freien Wirtschaft üblich, die „Eigeninitiative“ zum Zuge kommen. Ist „Eigeninitiative“ nicht ein beliebtes Stichwort unserer Koalitionsparteien?

Mit freundlichen Grüßen
Bruno Schulze-Wewezer,
Hamburg 90

*
„Faschale für Trümmerfrauen“; WELT vom 5. Juni

Sieben Millionen „Trümmerfrauen“ haben mit ihrem 1,8-Kinder-Schnitt 12,6 Millionen Nachkommen, die heute mit ihren Beiträgen die laufenden Renten mitfinanzieren. Nach dem famosen „Generationsvertrag“ dürfen die Mütter aber nicht teilhaben. Da sollte in der Tat Karlsruhe entscheiden, ob es sich um einen Vertragsbruch handelt, wenn der Vertragspartner ausgetrickelt wird.

Mit freundlichen Grüßen
Rudolf Wurm,
Feuchtwangen

Unsitte

„Trinkgelder werden nicht verteidigt“; WELT vom 7. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren, zu begrüßen ist, daß die Bundesbahn den Service in den InterCity-Zügen verbessert. Möge dies auch in anderen Zügen geschehen. Sehr befremdet mich nicht nur die Überschrift, sondern auch der letzte Satz des Artikels.

Die Bediensteten der Bundesbahn dürften wohl so gestellt sein, daß sie nicht auf Trinkgelder angewiesen sind. Der Beitrag von Herrn Nitschke ist geradezu eine Aufforderung, welche zu geben! Was heißt hier, „... um den Fahrgast nicht zu verärgern“? Der Fahrgast konnte so etwas bisher nicht, denn es war mal unsere Stärke, daß es diese Unsitte bei uns nicht gab. Nach diesem Beitrag wird man sich wohl überlegen müssen, ob nicht auch der Fahrkartenverkäufer ein Trinkgeld erwartet!

Mit freundlichem Gruß
Ursula Krämer,
Darmstadt-Eberstadt

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

AUSWÄRTIGES AMT

Neuer Botschafter in Chile wird der bisherige Beauftragte des Auswärtigen Amtes für Lateinamerika-Politik, Dr. Horst Kullak-Ubyliek. Der Diplomat, 1924 in Ostpreußen geboren, studierte Landwirtschaft und besitzt einen Doktor in den Agrarwissenschaften. Seit Anfang der fünfziger Jahre gehört er dem Auswärtigen Dienst an. Er war in Teheran, Colombo und London tätig, arbeitete als Ständiger Vertreter des Generalkonsuls in São Paulo und ging 1979 in die Kulturbteilung des Auswärtigen Amtes. Von 1980 bis 1983 war er dort stellvertretender Leiter.

GEBURTSTAG

Von allen jugoslawischen Dissidenten ist er der einzige, der einst zum innersten Kreis der Macht gehörte: Milovan Djilas. Er begibt heute in Belgrad seinen 75. Geburtstag. Der ehemalige Stellvertreter Titos und glühende Verehrer Stalins wurde 1954 von allen politischen Ämtern abgesetzt, nachdem



Milovan Djilas

er für eine Demokratisierung des kommunistischen Systems plädiert hatte. Sein Buch „Die neue Klasse“ wurde zu einer sensationellen Abrechnung mit dem kommunistischen System. Zehn Jahre verbrachte Djilas in den Gefängnissen Jugoslawiens. Ungebrochen blieb er bei seiner politischen Kritik am Kommunismus. Zugleich ist Djilas, was für einen politisch Hendeinigen ungewöhnlich ist, einer der größten lebenden Schriftsteller seines Landes und seiner Sprache. Den bedeutendsten Roman hat er dem montenegrischen Fürsten, Dichter und Bischof Njegoš gewidmet. Dort beschreibt

Personen

Djilas seine montenegrische Heimat, das stolze harte Volk der Montenegriner - und dabei auch sich selbst.

VERANSTALTUNG

Der königlich-britische Botschafter Sir Julian Bullard hielt auf Stil beim Empfang zu Ehren des 60. Geburtstages von Königin Elizabeth II. in seiner Bad Godesberger Residenz, bewachten den Eingang des weißen Hauses am Rhein die Guards von den Royal Green Jackets. Es war das Regiment, in dem Sir Julian Bullard als junger Mann gedient hatte. Der Botschafter und Ehefrau Lady Margaret begrüßten 1000 in- und ausländische Party-Gäste, unter ihnen vor allem die Botschafter aus dem EG-Bereich und aus dem Commonwealth. Glückwünsche der Bundesregierung überbrachte der Staatssekretär im Auswärtigen Amt und frühere Botschafter in London, Jürgen Rauhfuß. Grüße des Kanzlers sprach sein Staatssekretär Waldemar Schreckenberg aus. Die „großen Vier“ sieht man bei Bonner Empfängen nur noch selten vereint. Zwar erschienen US-Botschafter Richard Burt und sein französischer Kollege Serge Boidevaux, aber der neue sowjetische Botschafter Julij Kwisinski glänzte auch bei diesem Empfang in Bonn durch Abwesenheit.

WAHL

Der Dortmunder Architekt Heinz Döring ist zum neuen Präsidenten der Vereinigung Freischaffender Architekten Deutschlands e. V. (VFA) gewählt worden. Vizepräsident wurde Helmut Pralat aus Hannover. Der bisherige Präsident, Horst Sebartow aus Berlin wurde Ehrenpräsident der VFA.

EHRUNGEN

Den Theodor-Wolf-Preis für hervorragende journalistische Leistungen in deutschen Tages-, Sonntags- und Wochenzeitungen haben Rudolph Chimelli für seinen Beitrag „Ein Blutrunnen, der in Stößen sprudelt“ („Süddeutsche Zeitung“) und Corat Schnibben für seinen Artikel „Oh, Stephanie! Wo bist du?“ („Die Zeit“) erhalten. Bernd Behr („Münstersche Zeitung“) und Franz

Pfänger („Reutlinger Generalanzeiger“) erhielten den Preis jeweils zur Hälfte zuerkannt. Die beiden Preise für Beiträge aus dem lokalen Bereich gingen an Hans Frieder Baisch, Bernhard Kolb und Kurt Leidner für ihre Artikelfolge „Die verrätene Region“ („Pirmasenser Zeitung“) und an Horst Wisser für seine Artikelfolge „Das Millionen-ding von Kampen“ („Hamburger Abendblatt“).

BERUFUNG

Zum neuen Leiter der Evangelischen Akademie in Berlin ist der bisherige Stadtjugendpfarrer von Kassel, Dr. Pieter de Haas, von der



Pieter de Haas

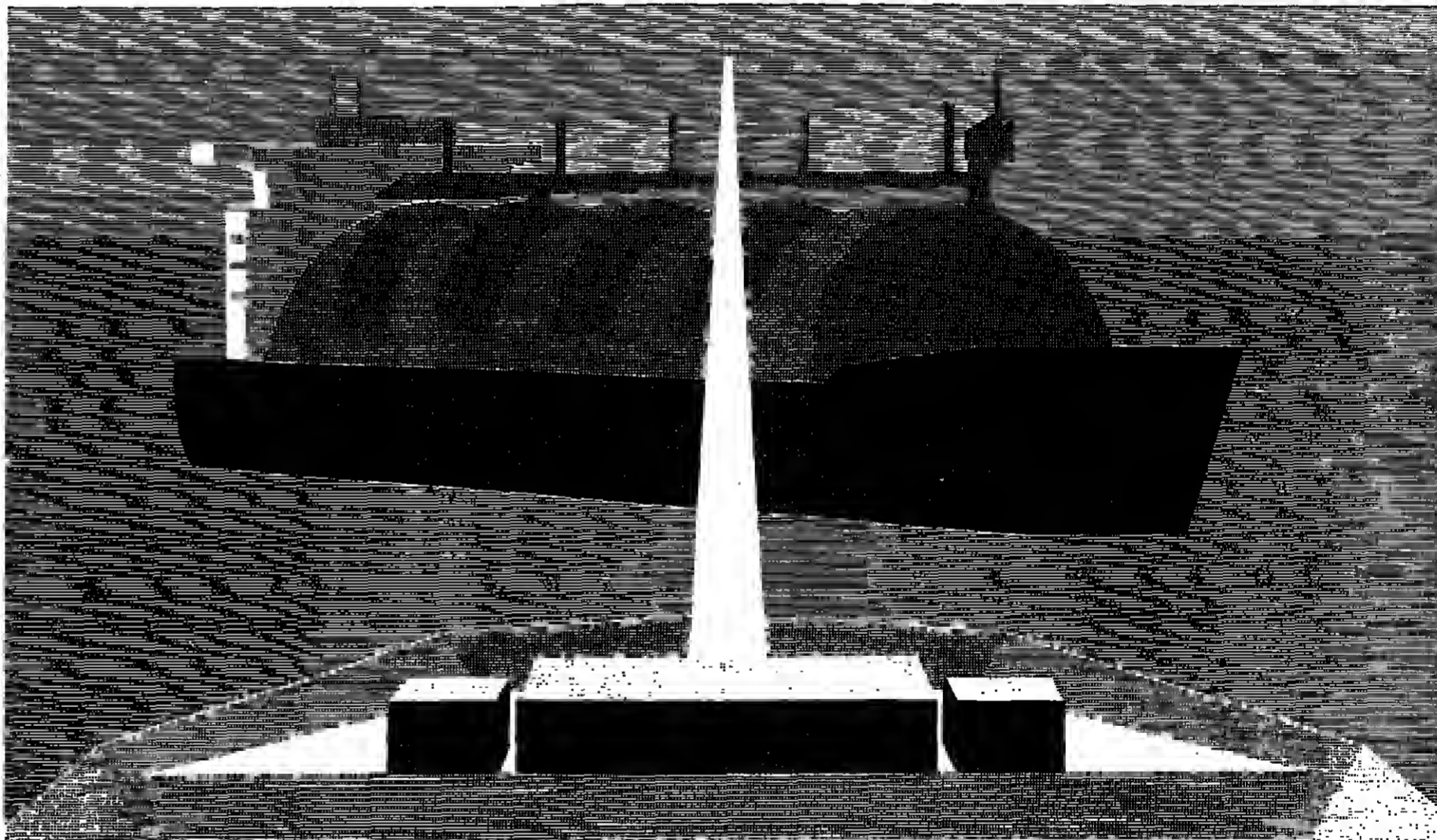
Evangelischen Kirchenleitung Berlin-Brandenburg (West) berufen worden. Er tritt die Nachfolge von Franz von Hammerslein an, der in den Ruhestand geht. Die Berufung gilt zunächst für sechs Jahre. De Haas stammt aus den Niederlanden, ist 48 Jahre alt und seit neun Jahren in Kassel tätig. Davor arbeitete er als Studienleiter in der Evangelischen Akademie Bad Boll in Württemberg und als Geistlicher in der niederländischen Gemeinde in Luxemburg.

GESTORBEN

Der erste Präsident des Bundessozialgerichts in Kassel, Dr. h. c. Joseph Schneider, ist im Alter von 85 Jahren in Bonn gestorben. Dr. Joseph Schneider stand von 1954 bis 1968 an der Spitze der höchsten sozialgerichtlichen Instanz. Bei seiner Verabschiedung war er vom damaligen Bundesarbeitsminister Hans Katzer (CDU) für seine Verdienste um die Vereinheitlichung des Rechts im sozialen Bereich gewürdigt worden.

Krupp elektronische Systeme

Lernprogramm für den Ernstfall:
Computersimulierte Krisensituation
mit SUSAN von Krupp.



Tanker voraus! Alarm! Kollision? Susan simuliert mal wieder.

SUSAN ist ein Simulationssystem für die Führung und das Verhalten von Hochseeschiffen in allen denkbaren Situationen. Entwickelt von Krupp Atlas Elektronik, einem Unternehmen im Krupp-Konzern.

Mit Hilfe von Prozeßrechnern eigener Produktion werden dabei Szenarien im Maßstab 1 : 1 wirklichkeitsgetreu dargestellt. Von Schiffsbrücken, die einen Rundblick von 250° ermöglichen, werden Häfen angesteuert - auch solche, die noch im Bau sind. Schiffe können noch vor ihrem Stapellauf getestet werden.

SUSAN geht dabei mit den Testpersonen recht energisch um: Sie werden geschüttelt und geschaukelt wie auf hoher See. Wetter, Sichtverhältnisse und Verkehrsdichte ändern sich von einer Minute zur anderen.

Durch eine derartige Schulung werden die Risiken menschlichen Versagens entscheidend vermindert. Zum Beispiel

Umwelt-Katastrophen wie die Kollision von Öltankern in küstennahen Gewässern.

Eine andere Weltneuheit von Krupp ist NACOS 20. Ein rechnergesteuertes Navigations- und Kommandosystem, das automatisch den programmierten Kurs überwacht, ähnlich dem Autopiloten eines Verkehrsflugzeuges. Die Radar-Darstellung erfolgt mit bisher unerreichter Brillanz wie auf einem Fernsehschirm. Das Schiff ist über Satellit on-line mit der Reederei verbunden.

Elektronik von Krupp ist nicht nur auf hoher See in ihrem Element. Sie steuert Sendeablauf und Nachrichten im neuen ZDF-Sendezentrum Mainz. Sie steuert automati-

sierte Industrieprozesse. Als Betriebsleitsystem für den öffentlichen Nahverkehr bringt sie Busse und Stadtbahnen schneller und pünktlicher ans Ziel.

Leistungen von Krupp sind stets das Ergebnis eines kreativen Dialogs. Krupp-Ingenieure entwickeln in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit ihren Kunden Problemlösungen für alle Bereiche unseres Lebens.

So sorgen wir mit einer Vielzahl modernster Werkstoffe, Anlagen und Systeme dafür, daß unsere Wirtschaft nicht nur schneller vorankommt, sondern auch sicherer.

Krupp. Fortschritt aus Tradition.



Wenn Sie weitere Informationen über elektronische Systeme von Krupp wünschen, wenden Sie sich bitte an Krupp Atlas Elektronik GmbH, Postfach 448545, D-2880 Bremen 44.

inkfu

WELTMEISTERSCHAFT / Wieder Krach in der deutschen Mannschaft - Beckenbauer: „Kindergarten“

Mann des Tages

ALESSANDRO ALTOBELLI Er liebt gern Hemingway, geht mit Vorliebe zur Jagd und widmet sich intensiv seiner Familie. Außerdem ist er bemüht, seine Fußball-Milliarden-Löhne gewinnbringend anzulegen. Daß Alessandro Altobelli (30) immer noch ein Ausnahmestrukturist ist, zeigt der Blick auf die Torschützenliste. Mit fünf Treffern führt Altobelli vor dem Dänen Elkjaer-Larsen (4 Treffern). Er allein hat alle fünf Tore Italiens erzielt. Die FIFA hat dem Mann von Inter Mailand auch das dritte Tor gegen Südkorea zuerkannt, obwohl Kwang-Rae Cho den Ball mit der Hand ins eigene Tor gelenkt hatte. „Ich habe die Nummer vier so bedrängt, daß der Ball im Netz landete. Auch das dritte Tor ist meins“, hatte Altobelli (30) sofort erklärt. Und: „Hauptsache ist, daß wir fünf Tore gemacht und das Achtelfinale erreicht haben.“ Altobelli wird der beste italienische Spieler dieser WM, sagt All-Star Gianni Rivera schon jetzt über unseren Mann des Tages.



Karl-Heinz Rummenigge sitzt mit grümmiger Miene beim Training auf dem Rasen (Foto). Steht der (ehemalige?) Weltklasse-Spieler für einige seiner Kollegen vielleicht schon im Abschied?

Der Kapitän hat jedenfalls einen als Drahtzieher von Intrigen ausgemacht: Seinen Stellvertreter Harald Schumacher. Zeitfält die Mannschaft jetzt in Gruppen - Münchner gegen Kölner?



Rummenigge kontra Schumacher - das offene Duell der zwei Kapitäne

ULRICH DOST, Queretaro Karl-Heinz Rummenigge probe den Aufstand - und mußte am Ende klein beigeben. Das ist das Fazit eines Disputs, den der Kapitän der deutschen Nationalmannschaft mit dem Kölner Harald Schumacher angezettelt hat. Zum ersten Mal trugen zwei Nationalspieler bei dieser Weltmeisterschaft in Mexiko einen öffentlichen Zweikampf aus. Sie stritten sich um eine Position in der Mannschaft. Teamchef Franz Beckenbauer urteilt: „Wenn man keine Probleme hat, dann macht man sich welche. Wir haben die Sache unter Männern gelöst.“ Rummenigges Vorwurf, Schumacher mache Stimmung gegen ihn, um so seine Kölner Vereinskollegen Klaus Allofs und Pierre Littbarski in der Mannschaft zu belassen.

Angefangen habe alles am frühen Abend beim Pressegespräch mit den Journalisten. Karl-Heinz Rummenigge gab seinen täglichen Gesundheitsbericht. Er habe beim Training keine Schmerzen mehr gespürt, er sei fit und glaube, 100prozentig einsatzfähig zu sein. Er sei zwar schon glücklich gewesen, doch der Rest an Unwohlsein ließe sich nur durch ein Spiel abbauen. Die Entscheidung über, ob er Freitag gegen die Dänen eingesetzt werde, sei Sache des Teamchefs. Er wolle in diese Angelegenheit keine Polemik reinbringen. Er habe alles Menschennögliche getan, um rechtzeitig wieder fit zu werden. Auf keinen Fall wolle er Mitleid erzeugen. Rummenigge: „Franz Beckenbauer muß zeigen, daß er zu mir Vertrauen hat.“

Im Ton schärfer antwortete er dann schon auf die Frage, ob ihm zu Ohren gekommen sei, daß einige Spieler gegen seine Aufstellung seien. Rummenigge: „Wer für wen votiert, ist mir egal. Ich bin kein Herdentier, sondern stolz darauf, daß ich immer ein Individualist war.“ Bei der Frage, ob er denn die Stimmung innerhalb der Mannschaft gegen ihn mitbekommen habe, platze Rummenigge heraus: „Ich muß nur Toni Schumacher vorwerfen, daß er gegen mich Stimmung macht. Rudi Völler ist da zum Beispiel vollkommen draußen. Es spielen ja nun zwei Kölner auf dem Posten, der für mich in Frage kommt.“

Rummenigge behauptete, er habe das Problem in einem Gespräch mit Schumacher klären wollen. Die Antwort sei für ihn unbefriedigend gewesen. Rummenigge: „Die Sonderbehandlungen, die er mir unterstellt hat zum Beispiel, daß der Masseur auf mein Zimmer kommt und daß ich nicht mehr akzeptiert werde, sind doch Kinderleien. Das finde ich lächerlich.“

Rummenigge sagte, er sei nicht unglücklich, aber enttäuscht, weil alles von einem Spieler ausgehe: „Alles kam vom Toni, und die beiden anderen Kölner sind nicht unglücklich darüber.“ Einen Seitenhieb ließ der Kapitän dann auch noch gegen den Teamchef los. Vor sechs Tagen habe er in der Zeitung das Beckenbauer-Zitat gelesen: „Wenn Rummenigge

sich fit meldet, spielt er.“ Beckenbauers Kehrtwendung nach den zwei WM-Spielen: „Es steht noch nicht fest, ob Rummenigge am Freitag zu den ersten Elf gehört.“ Dazu Trainer Horst Köppel: „Derzeit sind wir nicht sicher, daß wir mit Rummenigge mehr Erfolg haben. Das ist eine schwierige Entscheidung, die wir treffen müssen.“

Als sich Rummenigge seinen Kummer von der Seele redete, saß Harald Schumacher schon beim Abendessen. Bevor er mit den Vorwürfen konfrontiert werden konnte, wurde er von seinem Manager Rüdiger Schmitz auf dessen Zimmer dirigiert. Dort saß der Kölner Torwart dann und war geladen wie ein Pulverfaß. Er bestritt, daß das von Rummenigge zitierte vertrauliche Gespräch stattgefunden habe. Im Gegenteil: Er habe sich bei Rummenigge beschwert, weil der ihn vor den Spieleratssitzungen mit den Trainern auf ein Thema eingeschwohnen habe, in der Diskussion dann aber stets auf die andere Seite gesprungen war. Schumacher deutet: „Erst macht er mich heil, und dann übernimmt er die Argumente der anderen gegen mich. Das nenne ich Schleimschneiderei.“

Die beiden anderen Kölner hatten sich inzwischen ebenfalls im Zimmer des Managers eingefunden, um das gemeinsame Vorgehen zu besprechen. Klaus Allofs: „Ich kann doch nicht sagen, daß ich nicht von Anfang an spielen will. Ich glaube, das war der letzte Versuch von Kalle, in die Mannschaft zu kommen.“ Pierre Littbarski: „Ich fühle mich gar nicht angesprochen. Ich spiele im Mittelfeld, und Kalle hat doch selbst gesagt, daß er Stürmer ist.“ Die Kölner fühlen sich stark. Allofs hatte die beiden wichtigsten Treffer im Turnier erzielt. Und im zweiten Spiel harmonisierten Völler, Allofs und Littbarski gut miteinander. Schumacher wollte die Sache nicht auf sich beruheln lassen. Er wollte sofort ein Gespräch mit Beckenbauer. „Er war so wütend“ - so sein Manager Rüdiger Schmitz - „daß er wohl nach Hause gefahren wäre, wenn ich nicht hier gewesen wäre.“

Im Speiseraum der deutschen Delegation im „La Mansion Galindo“ trafen sich dann die Parteien zu einer Aussprache. Draußen kimmelten die Kollegen in den Sesseln herum. Matthäus, Augenthaler, Stein und Thon an einem Tisch. In der anderen Ecke hockten Völler, Brehme, Berthold, Hergert, Rahn, Hoenes und Jakobs waren zum Billard gegangen. Eder zog sich auf sein Zimmer zurück. War das der sichtbare Beweis für das Auseinanderbrechen eines Teams?

Am Ende war wieder Ruhe eingeleitet. Eine vordergründige und oberflächliche Ruhe? Karl-Heinz Rummenigge hatte die Machtprobe, die Konfrontation oder was immer es auch war, fürs erste verloren. Er mußte zurückstecken. Doch die Akte des öffentlichen Gerangels zwischen dem Kapitän und seinem Vertreter ist noch lange nicht geschlossen.

Chronologie der hausgemachten Krise

Am Ende standen diese Worte: „Karl-Heinz Rummenigge hat im Beisein von Teamchef Franz Beckenbauer, Pierre Littbarski, Klaus Allofs, Berti Vogts, Horst Köppel und mir mit Harald Schumacher diskutiert und sich von ihm überzeugen lassen, daß die Vorwürfe nicht stimmen. Damit sind die Differenzen beidseitig ausgeräumt.“ Mit dieser Erklärung von DFB-Delegationsleiter Egidius Braun endete am Dienstag, weit nach Mitternacht (Ortszeit), die Kontroverse zwischen dem Kapitän der deutschen Fußball-Nationalmannschaft und seinem Stellvertreter. Die Chronologie einer hausgemachten Krise: ● 19.00 bis 19.30 Uhr: Der Teamchef hält seine übliche Pressekonferenz ab, danach stellen sich die Spieler den Fragen. ● 19.45 Uhr: Kapitän Karl-Heinz Rummenigge erhebt öffentlich Vorwürfe gegen Schumacher. ● 20.00 bis 20.45 Uhr: Mannschaftsessen. Schumacher verläßt den Raum durch den Hinterausgang. Er geht auf sein Zimmer. ● 20.55 Uhr: Pierre Littbarski holt Schumacher zurück. Es muß verhandelt werden. ● 21.06 Uhr: Beginn einer Krisensitzung mit Schumacher, Rummenigge, Littbarski, Allofs und Beckenbauer. ● 21.13 Uhr: Nach einem Blitzeintrag füllt der Strom aus. Das Quintett diskutiert bei Kerzenlicht. ● 21.40 Uhr: Littbarski schlüpft in die Rolle des erkrankten Pressechefs

Rainer Holzschuh, löst vom schwarzen Brett einen ausgehängten „Spiel-Artikel“, sagt als Berliner auf Kölsch: „Leck mich in die Tüsch, ist das ein Scheiß“ und kehrt in die Runde zurück, zu der sich mittlerweile Braun gesellt hat. ● 22.05 Uhr: Schumacher verschwindet zum zweiten Mal durch den Hinterausgang. ● 22.35 Uhr: Fotografen und Kameraleute bauen sich vor dem Fenster des Speisesaals auf. Zur gleichen Zeit spielt und singt die Hausband immer noch von Freud und Leid. Titel: „Yo soy un hombre sincero - Ich bin ein einsamer Mann.“ Paul Breitner sagt: „Wenn einer nach Hause fliegen muß, kann man mich ja nachnominieren.“ ● 22.37 Uhr: Braun verläßt den Saal und wird von den etwa 50 wartenden Journalisten bestürmt. Kommentar: „Ich muß mal.“ ● 22.53 Uhr: Rummenigge verläßt den Saal ebenfalls durch den Hinterausgang und schiebt an wartenden Journalisten vorbei über den Rasen zum Zimmertrakt. Karl-Heinz Förster sagt: „Alles mündig.“ ● 22.55 Uhr: Beckenbauer, Littbarski, Allofs, Köppel und Vogts folgen wortlos. ● 22.57 Uhr: Braun wählt den Hinterausgang. Kommentar: „Meine Herren, wir wechseln den Tisch und diskutieren weiter. Um Mitternacht komme ich mit einer Erklärung.“ ● 23.59 Uhr: Braun kehrt mit der offiziellen DFB-Erklärung zurück. Schlußwort von Beckenbauer: „Ein Kindergarten ist ein Dreck dagegen.“ (ud/sid)

So sieht es WOLFGANG SCHÄUBLE

Beckenbauer liegt richtig

Von W. SCHÄUBLE

Ich bin Optimist. Bei einer Fußball-Weltmeisterschaft habe ich bis zuletzt Hoffnung auf den Titel. Auch wenn die Spiele der deutschen Nationalmannschaft vor Mexiko zu unbegrenzter Zuversicht keinen Anlaß geben. Die Begegnungen gegen Uruguay und Schottland haben jedoch deutlich gezeigt, daß die Elf jetzt besser spielt als in der Vorbereitungszeit. Konditionell hat sie keinerlei Probleme, obwohl Höhenlage und Hitze immer wieder als Handicap dargestellt wurden. Aber es liegt wohl im Wesen der Deutschen, immer die schwierigen Bedingungen zu betonen.

In beiden Spielen hat mich Klaus Allofs überzeugt, war er doch eine erstaunlich starke Angriffsspitze. Karl-Heinz Rummenigge war sicher nicht der alte, aber es ist wohl nicht möglich, in einer Viertelstunde vor dem Schlußpfiff Höchstleistung zu zeigen. Erst zweifelsehne ein außergewöhnlich großer Fußballspieler, und wenn er in körperlich und psychisch guter Verfassung ist, gehört er ins Team. Den Argumenten der Kölner Spieler, die seien aufeinander eingespielt, muß man entgegenhalten, daß das bei Littbarski und Allofs nicht zwingend zu sehen war.

Wenn ich mir die bisherigen Erfolge der deutschen Mannschaft bei dieser WM betrachte, kann ich nur sagen, auch Teamchef Beckenbauer liegt mit seiner Taktik richtig. Sicher waren seine Äußerungen vor Beginn des Turniers unklug. Aber er hat sie zurückgenommen, und ich billige jedem zu, einmal einen unüberlegten Satz zu sagen. Das ist in der Politik nicht anders. Franz Beckenbauer mag die Unruhe im deutschen Lager bewußt provoziert haben, um dem zwangsläufig durch langwieriges Training und dichtes Beisammenleben einsetzenden La-



Wolfgang Schäuble ZEICHNUNG: BÖHLE

gerkoller entgegenzuwirken. Mir waren die deutschen Spieler bei zurückliegenden Weltmeisterschaften oft zu ruhig. Da war die Aktion des Teamchefs sicher ein angemessenes Mittel, um den psychologischen Widerstand zu stärken. Und es ist doch gerade sympathisch, wenn jemand einmal aus der Haut fährt.

Ich freue mich auf das Spiel gegen Dänemark, auch wenn die Qualifizierung beider Mannschaften den Pfiff nehmen könnte. Eine Wiederholung der bei der WM in Spanien ausgetragenen Partie gegen Österreich wird es sicher nicht geben. Da sind die Dänen keine Partner, und die Deutschen haben aus dem damaligen Spiel wohl eine Lehre gezogen. Eine gewisse Unbeschwertheit kann auch ihren Reiz haben, schließlich wollen beide Teams beweisen, daß sie die anderen schlagen können.

Den Gastgebern wünsche ich Erfolg - bis sie gegen uns Deutsche verlieren. Das schließt mein Fußballerherz ganz klar für Deutschland. Schließlich glaube ich bis zuletzt an den Weltmeister Deutschland. Dr. Wolfgang Schäuble (43) ist Kanzlerminister. Die WELT gibt Prominenten aus Politik, Kultur, und Wissenschaft Gelegenheit, ihren ganz persönlichen WM-Kommentar zu schreiben.

Argentinien: Taktik des gezügelten Temperaments

dpa, Mexiko City Argentinien Trainer Carlos Bilardo nestelte nervös an seiner überdimensional scheinenden Nase. Der 43jährige Doktor der Medizin spürte trotz des sicheren 2:0 über Bulgarien, daß die Kritik im eigenen Land wieder einmal gegen ihn sein wird. „Ich bin nach wie vor überzeugt, daß Argentinien ein gutes Team hat, obwohl einige Leute glauben, wir wären auf dem absteigenden Ast“, sagte er nach dem enttäuschenden Spiel im Olympia-Stadion von Mexiko City. Nur Diego Maradona war super, doch sonst bot die argentinische Mannschaft viel faulen Zauber. Die Trommeln und Trompeten der einen Fan-Gruppe konnten die Pfiffe der anderen nicht überbönen. Soviel steht fest: Bilardos Auftrag lautet schlicht, mit der argentinischen Mannschaft zum zweiten Mal nach 1978 Weltmeister zu werden. Die mit 3:1 gegen Südkorea, 1:1 gegen Titelverteidiger Italien und 2:0 gegen Bulgarien erreichten 5:1 Punkte sind für den in der Helmat umstrittenen Coach Beweis genug, nach siebenmonatiger Vorbereitung mit seiner „Taktik des gezügelten Temperaments“ auf dem richtigen Weg zu sein. Und am kommenden Montag in Puebla gegen einen der Gruppen-Dritten (Ungarn, Algerien/Nordirland, Uruguay/Schottland) sieht die Tür zum Viertelfinale weit offen. Bilardo: „Des ist besser, als gegen Frankreich spielen zu müssen. Allerdings hat diese WM bewiesen, daß es keine leichten Gegner gibt.“

Ein gereifter Maradona (25) setzte mit Technik, Schnelligkeit, Übersicht und schönen Pässen die wenigen Glanzlichter der Argentinier. Seine Maßflanke auf Burruchagua führte zum 2:0, nachdem Valdano mit seinem dritten WM-Tor die Führung erzielt hatte. Nach dem unheimlich schwachen Auftritt vor vier Jahren in Spanien ist der 25jährige als Spielgestalter ganz in den Dienst des Teams getreten und gehört unbestritten zu den Ausnahmestärkern bei dieser Weltmesse des Fußballs. Wenngleich zu berücksichtigen ist, daß - wie im Italien-Spiel sein neapolitanischer Klubkollege Salvatore Bagni - auch sein bulgarischer Sonderbewerber Anyo Sadkova fair gegen ihn auftrat. Aber davon lebt schließlich Maradona und mit ihm der Fußball. „Außer Maradona gab es keinen Lichtblick von Weltklasseformat“, sagte der legendäre brasilianische Nationalspieler Pele als Kommentator des TV-Sender „Bandeirantes“. Drei seiner genialen Soli genigten Maradona, um die insgesamt schwache Leistung der argentinischen Mannschaft in besserem Licht erscheinen zu lassen. Trainer Bilardo ist bemüht, die Abhängigkeit seiner Mannschaft von der Leistung Maradonas zu verwässern: „Wir haben auch andere gute Spieler neben Diego.“ Doch feststeht: Die spielerische Qualität der gesamten argentinischen Mannschaft ist jedoch weit von jenem entfernt, die 1978 unter Cesar Luis Menotti Weltmeister wurde. „Argentinia '86“ präsentiert sich unter Bilardo als weitgehend schmucklos, nüchtern und kontrolliert verhalten die spielende Elf, die lange überlegt, bevor sie ein Risiko eingibt. Ihre sichere Abwehr wurde von den Bulgaren kaum gefordert. Bulgarien aber muß vielleicht bis Freitag mit der Ungewißheit leben: „Ich rechne mit nur einer sehr, sehr geringen Chance aus, daß wir als Gruppen-Dritter noch ins Achtelfinale vorstoßen können“, sagt der deprimierte Trainer Ivan Vutsov, der die Leistung seiner Mannschaft als „erbärmlich“ einstufte. Der Einsatz gegen Argentinien war so, als ob die bulgarischen Spieler tatsächlich so schnell wie möglich nach Hause kommen wollten. Die Bulgaren können bei WM-Turnieren einfach nicht gewinnen. Zum fünften Male dabei, gab es im 15. Spiel bei sechs Unentschieden die neue Niederlage. Wehmütig dachte Vutsov, der - wie im Ostblock üblich - bei diesem Abschieden wohl mit seiner Ablösung rechnen muß, an den Qualifikations-Sieg eines starken bulgarischen Teams über Europameister Frankreich zurück.

STANDPUNKT / Feuer unterm Dach - ist es noch zu löschen?

Ist das Feuer unter dem Dach der deutschen Nationalmannschaft noch zu löschen? Bricht das deutsche Team auseinander, ohne zu beweisen, daß es zu einer harmonischen Einheit wachsen kann? Es brennt lichterloh. Und einige werden sich die Finger verbrennen. Rummenigge, der Weltstar, ist ungeduldig geworden und nervös, was nur den Schluß zuläßt, daß er unter gewaltigem Druck steht. Haben ihm vielleicht seine Werbepartner die Pistole auf die Brust gesetzt? Ein Rummenigge, der nicht spielt, das ist für die PR-Manager rausgeworfenes Geld.

Der Kapitän der Nationalmannschaft hat sich unklug verhalten. Noch stand ja nicht fest, ob er gegen Dänemark spielen würde. Noch wollte Franz Beckenbauer die Zeit für

sich und den Mannschaftsführer nutzen. Rummenigge ist vorgeprescht und hat ein Chaos angerichtet. In Harald Schumacher hat er einen Feind ausgemacht, der ihm gar nichts Böses wollte. Noch am Nachmittag, Stunden bevor Rummenigge seine Attacke startete, sagte Schumacher in einem Gespräch mit der WELT: „Wenn der Kalle spielt, wenn er ein gutes Spiel liefert, dann ist er unser Chef. Das ändert sich im Fußball von einem Tag auf den anderen.“ Hat Karl-Heinz Rummenigge daran selbst nicht mehr geglaubt?

Ein so erfahrener Spieler wie er, der schon 90 Länderspiele bestritten hat, muß doch wissen, daß er auf seine Chance zu warten hat. So aber sieht es nach gekränkter Eitelkeit aus. Selbst wenn Rummenigges Un-

terstellungen, der Kölner Torwart mache Stimmung gegen ihn, zu Recht bestünden, hätte er trotzdem erst einmal Souveränität besitzen müssen, darauf zu vertrauen, daß Franz Beckenbauer sich davon nicht beeinflussen lassen wird. So aber hat Rummenigge nur erreicht, daß sich die Mannschaft noch mehr in Gruppen und Gruppchen zersplittern wird: Auf der einen Seite die Kölner mit Schumacher, Allofs und Littbarski. Dagegen die Bayern-Gruppe (Matthäus, Augenthaler, Eder, Hoenes) mit den Hamburgern Jakobs und Stein, der schon angekündigt hat: „Wenn die Kölner Mafia so weitermacht, werden sich die Münchner und Hamburger mal zusammenschließen.“

Ein Weg aus diesem Dilemma ist im Moment nicht sichtbar. Die Dänen

werden ob dieses Schauspiels lachend die Köpfe schütteln. Wer den Kölner Torwart kennt, der weiß, daß er in der Sache kaum einlenken wird. Und Karl-Heinz Rummenigge kann den Beweis, daß er unentbehrlich ist, nur auf dem Spielfeld erbringen.

Für die Mannschaft wäre es wohl am besten, sie müßte jeden Tag spielen. Die Pausen nutzen sie nur, um irgendein neues Theaterstück aufzuführen. Auf die Idee, die Zeit einmal zum Nachdenken zu nutzen, kommt niemand. Es darf nicht immer alles damit erklärt werden, daß für irgendjemand der Druck zu groß wird. Von ihren Bankkonten lassen sie sich ja auch nicht erdrücken. Es brennt lichterloh. Bekommen sie eigentlich noch die Finger aus dem Feuer? ULRICH DOST

Advertisement for 'SEGELN & ABENTEUER' magazine. It features several book covers with titles like 'Wie hinterher', 'Hölle vor dem Mast', 'Stärke 10', and 'Hollingers'. The text describes the magazine as providing 'Preiswerte Spannung und Unterhaltung für alle, die das Abenteuer lieben.' and lists authors like Dolf Straub, John Rousmaniere, Eric Newby, and Karl Vettermann. The publisher is Delius Klasing Verlag, Bielefeld.

WELTMEISTERSCHAFT / Südkorea brachte Titelverteidiger in Verlegenheit



MEXICO 86 STATISTIK

Gruppe A

Südkorea - Italien 2:3 (0:1) Südkorea: Yun-Kyo Oh - Young-Jeung Cho - Kyung-Hoon Park, Yong-Hwan Jung, Jung-Moo Huh - Chang-Sun Park, Kwang-Rae Cho, Joo-Sung Kim (46. Jong-Soo Chung) - Soon-Ho Choi, Bum-Kun Tscha, Byung-Joo Byun (71. Jong-Boo Kim).

Argentinien - Bulgarien 2:0 (1:0) Argentinien: Pumpido - Brown - Cuchiffo, Buggieri, Garre - Biusti, Batista (46. Olarticoechea), Burruchaga, Maradona - Valdano, Borghi (46. Enrique) - Bulgarien: Michailow - Jelliskow - Petro, Dimitrow, A. Markow - Sirakow (70. Zdravkovic), Jordanow, P. Markow, Sadkow - Getow, Mladenow (52. Welitschkow) - Schiedsrichter: Morera (Costa Rica) - Tore: 1:0 Valdano (4.), 2:0 Burruchaga (77.) - Zuschauer: 35 000. - Gelbe Karte: Cucciffo.

Table with 2 columns: Team, Goals, Assists, Yellow Cards, Red Cards. Rows for Argentina, Italy, Bulgaria, and South Korea.

Frankreich überrascht

Der Weltmeister wurde Frankreichs Fußballern zum Nachsch serviert. Als Michel Platini und seine Kollegen am Dienstag in ihrem Hotel in Guanajuato bei Pudding, Käse und Kaffee saßen, stand es fest: Der Europameister trifft am 17. Juni im Olympiastadion von Mexico City im Achtelfinale auf den amtierenden Weltmeister.

Dem tieftraurigen Bum Kun Tscha schmeckte das Abschiedessen nicht

DW. Puebla Bum-Kun Tscha saß als letzter noch an einem der vier Tische, die zum Abschiedessen der südkoreanischen Mannschaft gedeckt waren. Er brauchte etwas länger als seine Mitspieler. Wie immer, wenn es bei ihm nicht nach Wunsch gelaufen ist. Und das Abschneiden Südkoreas bei der Weltmeisterschaft entsprach nicht seinen Hoffnungen.

Rekordmeister RSC Anderlecht, bei dem so prominente Spieler wie Morten Olsen und Per Frimann, Enzo Scifo und Erwin Vandenberg unter Vertrag stehen, hat sogar schon Kontakte zum Mittelstürmer Soon-Ho Choi geknüpft. Choi begeisterte in Mexiko nicht nur wegen seines herrlichen Tores gegen Italien. Er könnte nach Tscha der zweite Spieler Südkoreas werden, der ins Ausland geht.

schon Spielen in Tokio sowie an den Asienspielen teil. Insgesamt bestritt er über 100 Länderspiele, meistens als Libero. Neben der Nationalmannschaft trainiert er auch noch das Werksteam Yu-Kon Oil Company. Mehrere Meistertitel als Trainer und Spieler haben ihn für den Job des Nationaltrainers geradezu prädestiniert. Dennoch ist er sich seines Postens nicht sicher.



Doppelten Grund zur Freude hatte Soon-Mo Choi. Er schob das Tor zum 1:1 und erhielt ein Angebot von Belgiens Meister Anderlecht.

„Wenn Tscha trifft, haben wir die Chance, Dritter in unserer Gruppe zu werden, vielleicht sogar Zweiter“, hatte auch Trainer Jung-Nam Kim gesagt. Doch nach dem 2:3 gegen Italien ist Südkorea endgültig ausgeschieden. Vier Tore haben die Asiaten in den drei Vorrundenspielen erzielt - doppelt so viele wie die Mannschaft aus Bulgarien. Trotzdem reichte es nur zum letzten Platz in der Gruppe A. Bulgarien hatte lediglich effektiver gespielt und mit seinen zwei Toren auch zwei Punkte erzielt. Südkorea mußte sich früh aus Mexiko verabschieden.

Was den Stürmer Bum-Kun Tscha traurig stimmte. Trauriger jedenfalls als die Tatsache, daß er kein Tor erzielt hatte. Er, der Stürmer, der sogar in der starken deutschen Bundesliga regelmäßig seine Tore macht. Er, der als einziger in der Nationalmannschaft bei einem Klub im Ausland spielt und trotzdem in Südkorea zum „Sportler des Jahrzehnts“ gewählt wurde. Immerhin war Bum-Kun Tscha der einzige Spieler seines Landes, dessen Name den Zuschauern in Deutschland ein Begriff war.

Selbst der Fernseh-Reporter Günter-Peter Ploog, der sich als Fußball-Experte ausweist, hatte Schwierigkeiten mit dem Asiaten. Auch er konnte die Spieler nur anhand ihrer Rückennummern identifizieren. Doch die Südkoreaner haben mit ihren Darbietungen in Mexiko viel dazu beigetragen, ihren Zustand der Anonymität baldmöglichst zu beenden. Innerhalb kürzester Zeit sind sie aus der Rolle des exotischen Außenseiters in die eines ernstzunehmenden Gegners geschlüpft. Was immerhin schon Bewegung in die starre Hierarchie der Fußball-Rangordnung bringt.

Die etablierten Nationen nehmen die kleinen, wendigen und schnellen Spieler aus Asien jetzt ernst. Belgiens

In Südkorea wurde die Nationalmannschaft während ihrer Vorbereitung auf Mexiko ganz uneigennützig unterstützt. Die Firmen und Vereine stellten ihre besten Spieler monatelang frei, bestritten die Meisterschaftsaison ohne sie. Und der Staat zahlte pro Spieler 50 000 Mark, damit sie sich konzentriert vorbereiten konnten. Schließlich war es für Südkorea nach 1954 erst die zweite Weltmeisterschaft, und das ist für unser Land eine nationale Prestigefrage, sagt Trainer Jung-Nam Kim.

Kim ist seit einem Jahr für die Nationalmannschaft als Trainer verantwortlich. Früher gehörte er als Spieler dazu, nahm 1964 an den Olympi-

Vertrages vom Abschneiden in Mexiko abhängig gemacht wird.

Nüchtern betrachtet, ist das Ausscheiden Südkoreas eine Enttäuschung. Denn Trainer Kim hatte öffentlich erklärt: „Natürlich sind wir krasse Außenseiter, aber wir können die erste Runde durchzustehen.“ Das hat er nicht geschafft. Trotzdem sieht Kim den anstehenden Vertragsverhandlungen optimistisch entgegen. Denn er wertet die Leistung seiner Mannschaft als Fortschritt: „Die Spiele gegen Argentinien und den Titelverteidiger Italien haben gezeigt, daß der Weg zur internationalen Spitze noch weit ist, wir aber durchaus mithalten können.“

SPORT-NACHRICHTEN

UEFA sperrt AS Rom

Zürich (sid) - Die Europäische Fußball-Union (UEFA) hat den italienischen Erstligaklub AS Rom aus dem UEFA-Pokal-Wettbewerb 1986/87 ausgeschlossen und den Präsidenten Viola für vier Jahre von seinem Amt als Vertreter seines Vereins auf europäischer Ebene suspendiert. Die UEFA reagierte damit auf einen Vorfall im Halbfinale des Europapokals der Landesmeister vom 24. April 1984, als der AS Rom und Viola vor dem Rückspiel gegen den schottischen Vertreter Dundee United in einen Bestechungskandal verwickelt war. Für rund 140 000 Mark sollte der französische Schiedsrichter Vautrot einen Sieg der Italiener begünstigen. Rom gewann mit 3:0.

Bocscai wurde wegen seiner Gewichtsprobleme nicht nominiert

Neu im Aufgebot: der in Frankreich tätige US-Jockey Cash Asmussen.

Maurer ausgeschieden

London (dpa) - Der Neusser Tennisspieler Andreas Maurer, Nummer 34 der Welttrangliste, unterlag in der ersten Runde des Queens-Club-Turniers in London dem Südafrikaner Eddie Edwards mit 7:5, 6:7, 5:7. Er ist damit ausgeschieden.

Höhere Eintrittspreise

Bremen (sid) - Nach fünf Jahren erhöht der Fußball-Bundesligaklub Werder Bremen die Eintrittspreise. Ein Stehplatz kostet künftig eine Mark, ein Sitzplatz zwei Mark mehr.

Gretzky ausgezeichnet

Toronto (sid) - Der kanadische Eishockey-Profi Wayne Gretzky wurde in der nordamerikanischen Profiligen NHL zum siebenten Mal zum besten Spieler gekürt. Gretzky führt damit auch die sogenannte ewige Hitliste unangefochten an.

Fechter-Ärger

Leverkusen (sid) - Arnd Schmitt, der Mannschaftsweltmeister im Degenfechten, hat Tauberbischofheim verlassen und sich dem TSV Bayer Leverkusen angeschlossen. Gemeinsam mit Achim Bellmann und Stefan Prellwitz stellte er den Antrag, künftig dem Leistungszentrum Bonn zugeordnet zu werden. Der Deutsche Fechter-Bund (DFeB) hat dies abgelehnt.

Immel-Nachfolge

Dortmund (dpa) - Der 22jährige Torhüter Wolfgang de Beer vom Zweitliga-Absteiger MSV Duisburg unterschrieb einen Zweijahres-Vertrag beim Fußball-Bundesligaklub Borussia Dortmund. Er soll gemeinsam mit dem früheren Osabrückler Rolf Meyer den zum VfB Stuttgart gewechselten Nationaltorhüter Eicke Immel ersetzen.

Guter Auftakt für Götz

Winterthur (sid) - Der deutsche Radprofi-Meister Rolf Götz (Bad Schussenried) belegte beim Prolog zur Tour de Suisse in Winterthur, einem Einzelzeitfahren über acht Kilometer, den 16. Platz. Es siegte der Amerikaner Andy Hamstren vor seinem Landsmann Greg Lemond.

Ohne Titelverteidiger

Hamburg (kgö) - Titelverteidiger Pat Eddery fehlt beim Holsten-Jockey-Europacup am 4. Juli in Hamburg-Horn. Er hat Verpflichtungen in England. Auch Steve Cauthen (USA) ist nicht dabei. Aus Deutschland starteten Peter Remmert, Peter Alafi und Lutz Mäder. Champion Georg

ZAHLEN

TENNIS Grand-Prix-Turnier in Bologna, 1. Runde: Osterlunn (Deutschland) - Wilkenburg (USA) 6:3, 6:3, 7:5; Casal (Spanien) - Pecci (Paraguay) 6:2, 7:5; Aquilera (Spanien) - Ingarano (Argentinien) 6:1, 6:2; de la Pena (Argentinien) - Arrese (Spanien) 6:2, 3:6, 6:3; Perez (Uruguay) - de Miguel (Spanien) 6:3, 6:4.

Mexiko heute: Zwei Spiele der Gruppe D

Brasilien: Wir werden noch stärker

In der Gruppe D finden heute die beiden abschließenden Vorrundenspiele statt. Die Mannschaften von Brasilien, Spanien, Algerien und Nordirland haben in bisher vier Spielen nur sieben Tore produziert, heftige Kritik hervorgerufen, und Besserung nur gelobt, aber nie gezeigt.

Brasilien Stürmer Junior bekannte vor dem Spiel gegen Nordirland: „Wir sind bisher nicht aggressiv genug aufgetreten“ und Fußball-Idol Pelé bedauert: „Von der Schönheit unseres Fußballs ist nichts geblieben.“ Trotzdem glaubt Trainer Santana an die Stärke seines Teams: „Wir machen ständig Fortschritte, wir werden von Tag zu Tag besser.“ Der verletzte Mittelfeldspieler Zico wird eventuell auf der Ersatzbank Platz nehmen und zum Einsatz kommen, wenn es nötig ist.

als Zweiter der Gruppe D trübe man auf den Sieger der deutschen Gruppe. „Wir wollen auf keinen Fall gegen Deutschland oder Dänemark kommen“, meint Santana.

Die sonst wohlgelumte Mannschaft aus Nordirland (1:3 Punkte) ist recht still geworden. Trainer Bingham hört seine Prognose: „Wir kommen in Mexiko bis ins Viertelfinale“, nicht mehr gern. Das Erreichen der nächsten Runde ist schon sehr fraglich. Die Nordiren werden mit diesem Spiel Abschied von Torwart Pat Jennings nehmen. An seinem 41. Geburtstag wird der Schlussmann sein 119. Länderspiel bestreiten und dann seine aktive Karriere nach 23 Profijahren beenden. Nur die Sensation könnte seine Laufbahn noch um einige Tage verlängern.

Vor dem Spiel gegen Algerien muß sich Spaniens Trainer Munoz mit personellen Sorgen auseinandersetzen: sieben Montezuma-Opfer, Verlust von Libero Maceda, Verletzung der Spieler Gordillo und Camacho. „Ausfälle wären fatal. Wir müssen unbedingt gewinnen, um Zweiter zu bleiben. Dann wollen wir gegen Dänemark spielen, nicht gegen Deutschland“, erklärte Munoz.

Das Stichwort: Die besten Dritten

Das ist die komplizierteste Regel der WM: Um im Achtelfinale auf 16 Mannschaften zu kommen und im K.o.-System weiterspielen zu können, müssen vier Gruppendritte das Feld der jeweils sechs Ersten und Zweiten der Gruppen auffüllen. Gesucht also werden die besten vier aus sechs Dritten. Dafür entscheiden: 1. die Punkte, 2. die Tordifferenz, 3. die mehr geschossenen Tore, wenn die Differenz gleich ist, 4. das Los, wenn alles bei zwei oder mehr Mannschaften gleich ist.

Table with 5 columns: Gruppe A, Gruppe B, Gruppe C, Gruppe D, Gruppe E. Rows show the ranking of teams based on points, goal difference, and goals scored.

● Diese Tabelle muß so gelesen werden: Kommen die vier besten Dritten zum Beispiel aus den Gruppen B, C, E, F (1. Spalte der Tabelle), dann spielt der Sieger der Gruppe A gegen den Dritten der Gruppe E (2. Spalte), Sieger B - Dritter C (3. Spalte), Sieger C - Dritter B (4. Spalte) und Sieger D - Dritter F (5. Spalte).

● Eine Konsequenz dieser Regel steht schon fest: Deutschland steht im Achtelfinale, selbst wenn es morgen gegen Dänemark 0:10 oder noch höher verlieren würde. Franz Beckenbauers Mannschaft köme in diesem Falle immer auf 3:3 Punkte. Bulgarien und Ungarn haben als schon feststehende Dritte der Gruppen A und C 2:4 Punkte, sind also auf alle Fälle schwächer. Dabei steht Bulgarien mit 2:4 Treffern in der Tordifferenz besser als Ungarn mit 2:9.

Italienischer Wein verdient Ihr Vertrauen. Garantiert.

Wein aus Italien: Weltweite Anerkennung.

Bei Weinkennern in aller Welt steht Wein aus Italien seit vielen Jahrhunderten in bestem Ruf und hohem Ansehen. Diese Wahrheit kann nicht in Frage gestellt werden.

Wein aus Italien: Konsequenter geprüft.

Die Qualität italienischer Weine ist jetzt konsequenter denn je in jeder einzelnen Herstellungsphase strengstens geschützt.

Wein aus Italien: Unverfälschter Genuß.

Gewissenhafte Produktionsverfahren und amtliche Kontrollen garantieren beispielhafte Sicherheit und höchste Reinheit.

Wein aus Italien: Garantie für Qualität.

Die Qualität italienischer Weine verdient wieder Ihr Vertrauen. Das garantieren Ihnen die traditionellen Winzer Italiens, die renommierten deutschen Importhäuser, die gepflegte Gastronomie und der seriöse Einzelhandel. So bleibt Wein aus Italien das, was er immer war: In Wahrheit einer der köstlichsten und reinsten Gemüsse der Welt.

Kostenlos: Farb-Broschüre über Weine aus Italien. Schreiben Sie einfach an das I.C.E. - Italienisches Institut für Außenhandel, Jahnstraße 3, 4000 Düsseldorf.

Wein aus Italien. Wein Ihres Vertrauens. Garantiert.



Eine Information des I.C.E. im Auftrage der Ministerien für Landwirtschaft und Außenhandel, Rom.

Bonn dringt auf Stärkung des privaten Rundfunks

Medienbericht '85 / SAT 1 fordert neue Frequenzen

Die Pressekonzentration in der Bundesrepublik Deutschland hat sich seit 1978 nicht weiter verstärkt. Im Gegenteil, die Bundesregierung weist in ihrem gestern verabschiedeten Medienbericht '85 darauf hin, daß sich die Zahl der Vollredaktionen von 119 im Jahre 1978 auf 126 im vergangenen Jahr erhöht hat. Diese positive Entwicklung ist das Ergebnis kostengünstiger neuer Herstellungstechniken. Das „Zeitungssterben“ in den 70er Jahren war von Sozialdemokraten und Gewerkschaften zum Anlaß genommen worden, die Forderung nach einer gesetzlichen Sicherung der „inneren Pressefreiheit“ über Redaktionsstatute und andere innerbetriebliche Kontrollinstanzen zu erheben.

Als das herausragende Ereignis der vergangenen Jahre im Medienbereich wird von der Bundesregierung die Einführung des privaten Rundfunks gesehen. Das Kabinett begrüßte diese Entwicklung, durch die Informations- und Meinungsvielfalt gestärkt würden. Es appellierte an die Länder, das zur Zeit noch stark zersplitterte Medienrecht zu vereinheitlichen, um faire Startbedingungen für die bun-

desweite Ausstrahlung privater Programme zu schaffen.

Am selben Tag wandte sich auch SAT 1 als „erster und einziger deutscher Veranstalter eines deutschen Fernsehvollprogramms“ an Bund und Länder. Dieses Privatprogramm, das in der Vergangenheit „enorme Vorinvestitionen auf sich genommen hat“, erhob Anspruch auf die Nutzung des deutschen Rundfunksatelliten sowie der im Süden und im Norden angebotenen neuen herkömmlichen Frequenzen. Der Appell von SAT 1: „Angesichts des Nebeneinanders von öffentlich-rechtlichen und privaten Systemen kann die Existenz von SAT 1 nur gesichert werden, wenn SAT 1 in allen Bundesländern, jedenfalls aber in allen Staatsvertragsländern die neuen Frequenzen zugewiesen erhält, um ein mit den öffentlich-rechtlichen Anstalten konkurrierendes Fernsehnetz aufbauen zu können.“ Die in der Politik oft beschworene Neuordnung der deutschen Rundfunklandschaft könne nicht zum Ziel haben, „vorrangig ausländischen Veranstaltern wie Sky Channel, musicbox, RTL Plus den Weg zum Erfolg privaten Fernsehens zu ebnen.“

Mehr Ausbildungsplätze

Die Nachfrage geht schon zurück / Eine Analyse des IW

Ein besonderes Augenmerk gilt künftig auch den Reservisten der Bundeswehr. Sie werden künftig im Durchschnitt alle drei Jahre zu einer Wehrübung gerufen werden. Dabei sollen den Wehrübenden alle finanziellen und sozialen Vorteile zuteil werden, die Angehörige des öffentlichen Dienstes heute genießen, wenn sie zur Truppe gerufen werden.

Die Regierung beabsichtigt unter anderem, künftig allen Reservisten bei Wehrübungen den vollen Verdienstausfall zu zahlen. Gleichfalls soll der Bund zugunsten der Wehrübenden die Beiträge zur Rentenversicherung so entrichten, daß keine Nachteile entstehen. Damit folgt das Kabinett einer am 17. April 1986 vom Bundestag mehrheitlich beschlossenen Empfehlung, in der das Parlament die Gleichbehandlung aller Wehrübenden verlangt hatte. Nach heutigem Recht erhält der verbeiratete Wehrübende lediglich 90 Prozent seines Nettoverdienstes, der ledige 70 Prozent.

Reservisten alle drei Jahre zur Wehrübung

rnc Bonn

Bundeskanzler Kohl und die Bundesregierung sind gewillt, die Gelder zur Realisierung der Planungen der Bundeswehr in den kommenden Jahren bereitzustellen. Darauf wies Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner gestern nach einer Kabinettsitzung hin, die sich auf der Bonner Hardthöhe in erster Linie mit einer Reihe sicherheitspolitischer Fragen befaßt hatte. Der Minister sagte, Helmut Kohl „steht mit seiner Person dafür ein“, daß die Streitkräfte mit angemessenen Mitteln und durch eine angemessene Fürsorge für die Soldaten und ihre Familien unterstützt, ihren Verteidigungsauftrag erfüllen können.

Wie Wörner erläuterte, wolle der Kanzler insbesondere eine eingehende Erörterung der Probleme, denen sich der einzelne Soldat in der Truppe gegenüber sieht, in erster Linie die Dienstzeitbelastung (bei einzelnen Einheiten der Marine und der Luftwaffe bis zu 70 Stunden in der Woche) und eine angemessene Ausbildung der Ausbilder. Bei deren Lösung könnte das jetzt schon verbesserte Ansehen der Bundeswehr noch weiter gesteigert werden und ihre Attraktivität als „Arbeitgeber“ für längerdienende Soldaten zunehmen.

Ein besonderes Augenmerk gilt künftig auch den Reservisten der Bundeswehr. Sie werden künftig im Durchschnitt alle drei Jahre zu einer Wehrübung gerufen werden. Dabei sollen den Wehrübenden alle finanziellen und sozialen Vorteile zuteil werden, die Angehörige des öffentlichen Dienstes heute genießen, wenn sie zur Truppe gerufen werden.

Die Regierung beabsichtigt unter anderem, künftig allen Reservisten bei Wehrübungen den vollen Verdienstausfall zu zahlen. Gleichfalls soll der Bund zugunsten der Wehrübenden die Beiträge zur Rentenversicherung so entrichten, daß keine Nachteile entstehen. Damit folgt das Kabinett einer am 17. April 1986 vom Bundestag mehrheitlich beschlossenen Empfehlung, in der das Parlament die Gleichbehandlung aller Wehrübenden verlangt hatte. Nach heutigem Recht erhält der verbeiratete Wehrübende lediglich 90 Prozent seines Nettoverdienstes, der ledige 70 Prozent.

London plädiert für die Auflösung der nordirischen Volksvertretung

Parlament hatte kaum legislative Handlungsfreiheit / Parteien verweigerten Mitarbeit

REINER GATERMANN, London

Das britische Kabinett wird in seiner heutigen Sitzung wahrscheinlich beschließen, dem Parlament die Auflösung der nordirischen Volksvertretung, der Northern Ireland Assembly, vorzuschlagen. Ein solcher Schritt wäre nur die natürliche Konsequenz einer Entwicklung, die bereits bei der Gründung der Versammlung 1982 in die falsche Richtung lief. So richtig arbeitsfähig war sie nie, denn die katholischen Parteien, die nationalistisch gemäßigte Social Democratic and Labour Party (SDLP) und die radikale sozialistische Sinn Féin, weigerten sich schon nach der ersten Wahl, ihre Sitze einzunehmen.

Zusammenarbeit abgelehnt

Im Herbst 1985, unmittelbar nach der Unterzeichnung des Anglo-Irischen Abkommens durch London und Dublin, zog auch noch die für eine Überbrückung der Konfessionsgrenzen arbeitende Alliance aus dem Stormont Castle, dem Parlamentsitz, aus. Da seit diesem Zeitpunkt auch die verbliebenen protestantischen Unionisten jegliche Zusammenarbeit mit dem britischen Gesetzgeber und

den Behörden ablehnen, nahm das Parlament auch keine seiner gesetzlichen Aufgaben mehr wahr.

Der außen- und verteidigungspolitische Ausschuß der Regierung unter Vorsitz von Premierministerin Margaret Thatcher hat der Auflösung bereits zugestimmt. Deshalb wird erwartet, daß der Vorschlag auch ohne Widerspruch die heutige Kabinettsitzung passieren wird. Die endgültige Entscheidung liegt jedoch beim Parlament, das den Schlußstrich unter die nur vierjährige Geschichte der Northern Ireland Assembly allerdings ohne Gesetzesänderung ziehen kann. Dies ist möglich, weil die Regierung lediglich die Auflösung und nicht die Abschaffung der Versammlung vorgeschlagen hat. Damit soll die Möglichkeit offengehalten werden, sie zu einem späteren Zeitpunkt wieder einzusetzen.

Die Assembly war von Anbeginn eine Mißgeburt. Nachdem die Provinz bereits 1974 direkt London unterstellt worden war, hätte die Versammlung nur noch die Aufgabe gehabt, die von Westminster erlassenen Gesetze und die Anordnungen der Regierung den Ulster-Verhältnissen

Weizsäcker gegen Atom-Ausstieg

epd/AP, Genf

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat sich auf der Weltarbeitskonferenz in Genf gegen einen Ausstieg aus der Kernenergie ausgesprochen. Das Reaktorunglück von Tschernobyl zeige, wie wichtig es sei, die Technik zu beherrschen. Niemand aber dürfe sich technischer Fortschritt auf den Schultern von Strahlendosen aufbauen. In seiner Rede hob Weizsäcker auch die tragende Rolle unabhängiger Gewerkschaften hervor. Er würdigte dabei besonders den stabilisierenden Beitrag der Gewerkschaften in der Bundesrepublik. Vom Staat abhängige Gewerkschaften seien außerstande, die wirklichen Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten. Erstmals sprach ein deutsches Staatsoberhaupt vor der Jahreskonferenz der 1919 gegründeten Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die älteste Sonderorganisation der UNO.

Österreich vor neuen Rücktritten

dpa, Wien

Die österreichische Regierung wird nach dem Rücktritt von Bundeskanzler Fred Sinowatz (SPÖ) vermutlich im größeren Rahmen umgegliedert, als ursprünglich vermutet wurde. Den Rücktrittskündigungen von Außenminister Leopold Gratz und Landwirtschaftsminister Günter Haiden haben sich auch der Minister für Verkehr und Öffentliche Wirtschaft, Ferdinand Lacina, angeschlossen. Als weitere Austausch Kandidatin gilt die Ministerin für Familien- und Verbraucherschutz, Gertrude Fröhlich-Sandner.

Der designierte neue Regierungschef Franz Vranitzky wird seine Ministerliste am Freitag vorlegen. Am Montag werden die neuen Regierungsmitglieder in Wien vereidigt. Ein Datum für die Regierungserklärung von Vranitzky liegt noch nicht vor.

Kritik aus US-Kongreß an Chemie-Bombe

with Washington

Die neue chemische Bombe, die Teil des sogenannten „binären“ chemischen Waffensystems der USA werden soll, ist von Mitgliedern des Kongresses gestern als „fehlerhaft und technisch unzuverlässig“ bezeichnet worden. Dante Fascell, der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Repräsentantenhauses, erklärte: „Diese Bombe ist keine Erfolgsgeschichte.“ Er forderte, die Arbeiten an dieser Bombe mit dem Namen „Bigeye“ entweder einzustellen oder die Waffe völlig neu zu konstruieren.

Abkommen in Gefahr

Mit ihrer Absicht, die Versammlung aufzulösen, will die Londoner Regierung eine Neuwahlkampagne, die von den Unionisten sicherlich zu einer einzigen Attacke gegen das Anglo-Irische Abkommen umfunktioniert worden wäre, aus dem Wege gehen. Die derzeitige Legislaturperiode läuft am 20. Oktober aus. Gefahr droht dem Abkommen jetzt allerdings auch von republikanisch-irischer Seite. Durch den Parteiaustritt des Abgeordneten Joe Birmingham, der künftig dem Parlament als Unabhängiger angehört, verliert die Fine Gael-Labour-Koalition ihre bisherige Mehrheit von einer Stimme. Eine vorzeitige Neuwahl könnte die oppositionelle Fianna Fail somit an die Macht bringen.

Bei Anschlag in Sri Lanka 50 Tote

dpa, Colombo

Mindestens 50 Menschen sind gestern bei der fast gleichzeitigen Explosion zweier Zeitbomben in der Stadt Trincomalee im Osten Sri Lankas getötet worden. Rund 60 Personen wurden außerdem verletzt.

Die beiden Bomben waren vermutlich von tamilischen Separatisten in zwei Reisebussen versteckt worden. Sie explodierten im Abstand von zwei Minuten, kurz nachdem die Busse den zentralen Busbahnhof zur Fahrt nach Colombo beziehungsweise Kantatali verlassen hatten. Die Mehrzahl der etwa 130 Passagiere waren Singhalesen, darunter solche, die kürzlich ihre Dörfer auf der Flucht vor Terroranschlägen verlassen hatten. Der Anschlag gehört zu den schlimmsten einer Welle von Attentaten, die am 3. Mai mit einer Bombenexplosion an Bord einer Verkehrsmaschine begonnen hatte.

Das Pentagon hat für die Entwicklung dieser Bombe im kommenden Haushaltsjahr 77 Millionen Dollar beansprucht. Es wies die langfristigen Schlussfolgerungen der Kritiker dieses Projekts zurück und erklärte: „Wir haben die gegenwärtigen Unzulänglichkeiten des Systems voll erkannt und verfügen über die Mittel, sie zu beheben.“

Ihre Eintrittskarte für die Welt.



Wenn die Welt Sie mit offenen Armen empfangen soll, dann ist die EUROCARD mit fast 5 Millionen Vertragspartnern in mehr als 160 Ländern in Ergänzung zur europaweit geltenden eurocheque-Karte Ihr ideales Zahlungssystem. In Verbindung mit Amerika's MasterCard und Access in Großbritannien hat EUROCARD eines der dichtesten Vertragspartnernetze weltweit.

Prüfen Sie die weitestgehende Vorgehensweise der EUROCARD in Germany, bevor Sie sich für eine Kreditkarte entscheiden. Der Bargeldservice bei über 100.000 Bankstellen weltweit und die Reiseunfallversicherung bis zu 500.000 Mark sowie die Wirtschaftlichkeit des Einsatzes bei bargeldlosen Zahlungen und der günstige Jahresbeitrag sind besonders hervorzuheben.

Hinter eurocheque und EUROCARD stehen die deutschen Banken und Sparkassen. Ihre Partner, denen Sie auch Ihre sonstigen Geldangelegenheiten anvertrauen. Dort liegt der Antrag für Ihre EUROCARD bereit.

EUROCARD. Worldwide Credit - Made in Germany.

Und er läuft doch

Mit - Nur auf den ersten Blick signalisieren die Meldungen Widerspruch. Da ist von einem kräftig expandierenden Handelsbilanzüberschuss die Rede, der die USA reizt, von der Bundesregierung eine Ankurbelung der Binnenkonjunktur zu verlangen, und gleichzeitig wird ein Sinken der Exporte analysiert. Beides ist richtig. Die reale Ausfuhr tendierte in den vergangenen Monaten schwach. Wegen der stark gefallen Importpreise kletterte jedoch in nominaler Rechnung der Überschuss.

Alle high

adh - High-Tech aus Textil auf dem Frankfurter Messgelände macht derzeit alle Beteiligten high. Der Laie staunt, was alles aus der Textilküche kommt, und mancher Fachmann wird froh über die Anregungen sein, die die Entwicklung eines ihm bis dahin unbekanntem mittelständischen Textilunternehmens für geplante Konstruktionen oder Problemlösungen bringen kann. Also auf zu neuen Ufern für die deutsche Textilindustrie, die trotz aller modischer Innovation auf ihrem angestammten Feld angesichts gesättigter Märkte und scharfer Konkurrenz nicht mehr so recht vorankommt? Der wachstumskräftige (und auch in Zukunft wachstumsstrahlende) Bereich der technischen Textilien bietet beliebige Nischen für alle ertragsstarke Nischen. Der Weg dorthin ist weit. Innovation muß mit hohen Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen hartnäckig immer wieder erarbeitet werden. Gefragt sind intelligente Spezialitäten, die weiterhelfen. Die schnelle Mark läßt sich damit nicht machen.

Clinch um Alfa Romeo

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die vor kurzem begonnenen Gespräche zwischen den Automobilkonzernen Alfa Romeo und Ford über die Möglichkeit einer Beteiligung des US-Partners an dem italienischen Staatsunternehmen drohen, die schon gespannten Beziehungen zwischen Rom und Washington zusätzlichen Belastungen aussetzen. Welche Gefühle und Gedanken die erst in der Anfangsphase befindlichen Gespräche begleiten, zeigen Erklärungen, die der Generaldirektor des US-Außenhandelsinstituts, Alexander Good, auf der in Mailand veranstalteten Jahresversammlung der US-Handelskammer in Italien abgegeben hat. Darin kündigte Good Reserven der US-Administration an, falls die italienische Regierung den Versuch unternimmt, die Ford-Beteiligung zu verhindern.

Offensichtlich liegt den Amerikanern daran, den Versuchen der italienischen Parteien und Gewerkschaften entgegenzuwirken, die von Ford unter rein kommerziellen und technischen Gesichtspunkten begonnenen Verhandlungen über die Machbarkeit des Beteiligungsvorhabens auf eine politische Ebene abzuschleppen. Stellungnahmen aus italienischen Gewerkschaftskreisen, die eine Andeutung von Ford-Präsident Donald Petersen über die Notwendigkeit einer Bereinigung der Arbeitsprobleme negativ kommentierten, lassen bereits erahnen, mit welchen Schwierigkeiten die Detroit-Sanierer zu rechnen haben.

Die Drohung mit Repressalien hat aber wohl noch eine andere Ursache. Sie könnte auch gegen die Versuche der italienischen Koalitionsparteien und der Regierung gerichtet sein, in der Phase der Anfangskontakte zwischen Alfa Romeo und Ford den Turiner Fiat-Konzern ins Spiel zu bringen, um damit auf den potentiellen US-Partner zumindest psychologischen Druck auszuüben.

Die Versuchung, auf diese Weise den Preis für eine Ford-Beteiligung hinaufzuschrauben beziehungsweise die Stelle einer Ford-Übernahme eine „italienische“ Lösung mit Fiat als Retter von Alfa Romeo zu setzen, ist zweifellos groß. Das hat auch das Hearing gezeigt, das am Dienstag die

ser Woche im Parlament mit dem erklärten Ziel stattfand, andere Wege der Alfa-Romeo-Sanierung ausfindig zu machen. Tau be Ohren zu diesem sehr offenkundigen Spiel hat bisher indessen noch immer Fiat selbst. Mit gutem Grund. Abgesehen davon, daß die Konzernleitung dieses größten italienischen Automobilunternehmens nur aus Vaterlandsliebe dazu gebracht werden könnte, bei der Sanierung von Alfa Romeo mitzumachen und daß bekannt ist, daß Fiat allenfalls dazu zu bewegen wäre, Teile des Krisenunternehmens zu übernehmen, wollen die Turiner alles vermeiden, was als Kampfansage an Ford gedeutet werden könnte.

Dazu tragen nicht nur die guten persönlichen Beziehungen zwischen dem Konzernchef Petersen und Agnelli bei, die im vergangenen Jahr viele Monate lang über eine Fusion ihrer europäischen Automobilkapazitäten verhandelt hatten, sondern auch die Rücksicht Fiats gegenüber der US-Administration.

Da steht für den Turiner Konzern eine Menge auf dem Spiel. Geht es nicht der vom Pentagon an Fiat vergebene Auftrag zur Lieferung von 187 Traktoren für das US-Marinecorps und dessen Suspendierung durch das Verteidigungsministerium in Washington, die in Turin Besorgnis erregen. Viel größer ist die Sorge, daß die gleiche Begründung, mit der die Ausführung dieses Auftrags gestoppt wurde, nämlich der illoyale Kapitalanteil an Fiat, auch die Beteiligung der Turiner an SDI-Forschungs- und Entwicklungsprogramm bremsen könnte.

Das Mißtrauen, das Regierung und Öffentlichkeit in den USA dieser 15-Prozent-Quote an Fiat entgegenbringen, ist trotz aller diplomatischen Zurückhaltung in Washington unübersehbar. Um so größer muß das Interesse des Turiner Konzerns sein, diesem Mißtrauen nicht noch weitere Spannungselemente hinzuzufügen. Dasselbe gilt für die italienische Regierung, die sich für ihre bisherige Mittelmeerpolitik von ihrem US-Verbindlichen noch manches vergeben lassen muß.

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Kapitalverkehr in der EG soll liberalisiert werden

Ha. Brüssel - Einem Richtlinienentwurf zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs hat die EG-Kommission fertiggestellt. Falls er vom Ministerrat verabschiedet wird (was zu einer qualifizierten Mehrheit ausreicht), wäre nach ihrer Meinung ein wesentlicher Schritt zur Verwirklichung eines integrierten europäischen Finanzmarktes getan. Der Vorschlag sieht vor, daß langfristige Handelskredite (fünf Jahre oder mehr), der Erwerb der nicht an diese gehandelten ausländischen Wertpapiere sowie die Zulassung von öffentlichen und privaten Anleihen zum Kapitalmarkt keinen nationalen Beschränkungen mehr unterworfen werden dürfen. Für diese Operationen sind bislang Restriktionen möglich. Im ersten Halbjahr 1987 soll eine neue Richtlinie folgen, in der (im

Einklang mit dem EG-Programm zur Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes) grundsätzlich die völlige Liberalisierung der Kapitalbewegungen angestrebt wird. Die bisherige Haltung einiger Regierungen läßt allerdings Zweifel zu, ob das Ziel erreicht werden kann. Tatsächlich sind seit Anfang der sechziger Jahre kaum noch Fortschritte gemacht worden. Der durch die ersten beiden EG-Richtlinien erreichte Liberalisierungsgrad wurde sogar wegen der Androhung der Schutzklausel durch einige Staaten wieder zurückgeschraubt.

Die größere Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung hat indes in jüngster Zeit sowohl in Frankreich wie in Italien eine Auflockerung der Kontrollen begünstigt. Die Kommission fühlt sich in ihrem Vorgehen dadurch ermutigt.

KREDITWIRTSCHAFT / Internationalisierung der Wertpapiermärkte begrüßt

Christians weist Kritik an der Macht der Banken energisch zurück

„Ehe man den Hammer schwingt, sollte man sehen, wo man draufhaut“, kontert F. Wilhelm Christians, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, die wieder in Mode gekommene Kritik an der Macht der Banken. Dabei hat er besonders den Berliner Kartellamtspräsidenten Prof. Wolfgang Kartte, „der immer dasselbe sagt“ im Visier seiner neuerlichen Bankenschele. Allerdings sieht der Spitzenbanker keinen Anlaß für einen öffentlichen Gegenangriff auf die Kritiker der Bankenmacht.

Die Banken hätten sich daran gewöhnt, kritisiert und beschimpft zu werden, resigniert Christians in einem Gespräch mit dem „Club Frankfurter Wirtschaftsjournalisten“, es sei ja so einfach für Politiker, sich auf Kosten der Banken zu profilieren. Schuldig blieb Christians die Antwort auf die Frage, ob es auch politisch klug sei, den Kopf in den Sand zu stecken, wenn in der Öffentlichkeit ein als kompetent angesehener Bundesbeamten wie Kartte, der zudem der CDU nahesteht, mit gleichen Argumenten wie die Opposition im Wahlkampf auf die Banken schießt.

Für eine völlige Verkennerung ihrer tatsächlichen Macht hält Christians den Vorwurf Karttes, die Banken nähmen Einfluß auf das Zustandekommen von Großfusionen wie Daimler/AEG, die den Wettbewerb behinderten. Er stellte klar, daß die Anregungen zu derartigen Transaktionen von den Vorständen kämen und daß die Bankiers in den Aufsichtsräten als zudem miteinander konkurrierende Mitglieder in diesen Gremien nur eine Minderheit stellten.

CLAUS DERTINGER, Frankfurt - Die Diskussion über eine kleinere Aktienstückung ist noch nicht abgeschlossen, kontert Christians die Kritik an der bisher gezeigten ablehnenden Haltung der Banken zu diesem Vorschlag aus Bonn, wo noch eine entsprechende gesetzliche Initiative in den Schufläden des Bundesrats schlummert. Er hält allerdings die „Miniaktie“ für eine nicht ideale Zwischenlösung auf dem Weg zur wünschenswerteren nennwertlosen Aktie, deren Einführung wegen einer Änderung des Aktiengesetzes nicht so bald zu erreichen sei.

Beedrückt zeigte sich der Bankier bei dem Clugetag nicht unmittelbar nach einem Moskau-Aufenthalt von der harten Entschlossenheit der Sowjetführung, mit dem Ausfall von Exporterlösen aufgrund des Ölpreisanstiegs fertigzuwerden. Christians spürte bei Ministern und Unternehmern den Willen, mit höherer Effizienz von Menschen und Material sowie verstärktem Kostenbewußtsein die Folgen des Ölpreisanstiegs auf die Wirtschaft abzufedern.

Die Diskussion über eine kleinere Aktienstückung ist noch nicht abgeschlossen, kontert Christians die Kritik an der bisher gezeigten ablehnenden Haltung der Banken zu diesem Vorschlag aus Bonn, wo noch eine entsprechende gesetzliche Initiative in den Schufläden des Bundesrats schlummert. Er hält allerdings die „Miniaktie“ für eine nicht ideale Zwischenlösung auf dem Weg zur wünschenswerteren nennwertlosen Aktie, deren Einführung wegen einer Änderung des Aktiengesetzes nicht so bald zu erreichen sei.

AUF EIN WORT



„Ohne die Konsolidierungspolitik hätten wir weder eine Halbierung der Zinssätze, noch die Rückkehr zu völliger Preisstabilität erreichen können.“ Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU). FOTO: HANS-W. HOFF

AUSFUHREN

Export-Wachstum bleibt in diesem Jahr gering

Allenfalls mit einem leichten Anstieg der Exporte im zweiten Quartal rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin in seinem jüngsten Wochenbericht. In den ersten drei Monaten dieses Jahres war die reale Warenausfuhr - von Saison- und Kalendereffekten bereinigt - um ein Prozent gesunken. Damit hat sich, so das DIW, die Schwächephase, die schon in den Sommermonaten 1985 begonnen hatte, fortgesetzt.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres dürften die Exporte zwar wieder deutlicher expandieren, doch ist aufgrund der schwachen Entwicklung im ersten Halbjahr bereits jetzt absehbar, daß das Wachstum im gesamten Jahr gering sein wird“, schreibt das Institut. Denn der reale Auftragszuwachs aus dem Ausland ist nun schon

ein Jahr lang abwärts gerichtet. Auch die jüngste Entwicklung läßt nach Meinung des DIW keine Trendwende erkennen. Allerdings hat das Institut die kürzlich veröffentlichten Zahlen für April noch nicht berücksichtigt. Der Export ist dieser Entwicklung mit einer gewissen Verzögerung gefolgt, weil zunächst Auftragsbestände abgebaut wurden.

Die Lieferungen in die USA werden wegen der Aufwertung der D-Mark und der protektionistischen Tendenzen sinken. Aufgrund der angespannten Devisensituation und des geringeren Kreditrahmens wird mit einem weiteren Nachfrageausfall aus den Opec-Staaten, den meisten Entwicklungsländern und aus dem Ostblock gerechnet. Die Belegung der Nachfrage in den europäischen Industrieländern scheint mit Verzögerung in Gang zu kommen.

GEMEINNÜTZIGE WOHNUNGSUNTERNEHMEN

Heizkosten-Verordnung muß geändert werden

Eine Novellierung der Heizkostenverordnung hat in einem Schreiben an Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann jetzt der Gesamtverband Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen (GGW) gefordert. Die derzeit gültige, fünf Jahre alte Verordnung müsse dringend geändert werden, denn sie sei unzulänglich, führe zu Ungerechtigkeiten und belaste das Verhältnis zwischen Mieter und Vermieter.

GGW-Chef Jürgen Steinert hält Verbesserungen in drei Bereichen für dringend erforderlich. So sollte die Bandbreite des Umlagemaßstabes erweitert werden, daß künftig nur noch mindestens 40 Prozent der Kosten des Betriebs der zentralen Heizungsanlage (bisher 50 Prozent) verbrauchsabhängig umgelegt werden müssen. Ferner sollten exponiert gelegene Wohnungen einen „Bonus“ erhalten. Sonderatbestände wie Mieterwechsel, Geräteausfälle oder dauernde Abwesenheit des Wohnungsnutzers müßten eine einheitliche Regelung finden. Schließlich müßte der Vertragsfreiheit wieder zur vollen Wirkung verholfen werden.

Wie Bundesbauminister Oscar Schneider hierzu gegenüber der WELT erklärte, halte die Bundesregierung eine verbrauchsabhängige Abrechnung der Heiz- und Warmwasserkosten nach wie vor für geboten. Es sei nicht beabsichtigt, die Verwendung der nach dem Verunstungsprinzip arbeitenden Heizkostenversteller zu untersagen. Die Verbesserungs- und Vereinfachungsvorschläge würden zur Zeit geprüft. Ein Großteil hiervon ließe sich auf vertraglichem Wege realisieren. Soweit erforderlich, werde die Bundesregierung die Heizkostenverordnung ändern.

halten Sonderatbestände wie Mieterwechsel, Geräteausfälle oder dauernde Abwesenheit des Wohnungsnutzers müßten eine einheitliche Regelung finden. Schließlich müßte der Vertragsfreiheit wieder zur vollen Wirkung verholfen werden.

Wie Bundesbauminister Oscar Schneider hierzu gegenüber der WELT erklärte, halte die Bundesregierung eine verbrauchsabhängige Abrechnung der Heiz- und Warmwasserkosten nach wie vor für geboten. Es sei nicht beabsichtigt, die Verwendung der nach dem Verunstungsprinzip arbeitenden Heizkostenversteller zu untersagen. Die Verbesserungs- und Vereinfachungsvorschläge würden zur Zeit geprüft. Ein Großteil hiervon ließe sich auf vertraglichem Wege realisieren. Soweit erforderlich, werde die Bundesregierung die Heizkostenverordnung ändern.

STEUEREINNAHMEN / Soll-Ansätze im Bundeshaushalt haben sich voll bestätigt

Der Anteil des Bundes geht zurück

HEINZ HECK, Bonn - Die Steuereinnahmen im Mai haben das zuvor düstere Bild aufgehellt und bestätigen die Steuerschätzer in ihrem Urteil vom 28. Mai, als sie erklärten, das Schätzergebnis vom November 1985 und damit auch die Soll-Ansätze im Bundeshaushalt 1986 seien „nahezu voll bestätigt“ worden.

Der Bund erwartet 1986 eine Zunahme um 2,5 Prozent auf 211,4 Milliarden und die Länder um 0,1 Prozent auf 163,6 Milliarden Mark. Die Zuwachsraten der ersten vier Monate hielten mit 1,2 und 5,1 Prozent deutlich zurück. Allein der Mai brachte jedoch Zuwachsen um 4,8 und 7,5 Prozent. Damit wurde das Fünf-Monats-Ergebnis mit 1,9 und 5,6 Prozent der Jahresprognose angenähert. Der Bund kassierte von Januar bis Mai 74,9 Milliarden (plus 1,4 Milliarden). Für die Länder lauten die Zahlen 58,4 und 3,1 Milliarden. Die Steuereinnahmen der Gemeinden werden quats-

weise vom Statistischen Bundesamt erfaßt. Zahlen liegen noch nicht vor. Für 1986 insgesamt werden 64,4 Milliarden Mark (plus 4,6 Prozent) erwartet.

Die Europäische Gemeinschaft ist mit einer Zunahme um 16,4 Prozent auf 7,2 Milliarden der große Gewinner. 1986 fließen der EG durch eine Erhöhung des Anteils von 1,0 auf 1,4 Prozent der Bemessungsgrundlage für die Mehrwertsteuer rund 4 Milliarden Mark mehr zu. Mit der erwarteten Erhöhung auf 1,6 Prozent 1988 wird der Zugriff der EG auf die Bundeskasse um weitere bis zu 2,2 Milliarden Mark erhöht.

Dies ist nur einer der Gründe für das relativ schlechtere Abschneiden des Bundes im Vergleich zu den Ländern. Ein weiterer ist die um 0,5 Prozentpunkte erhöhte Beteiligung der Länder am Umsatzsteuererlösen für die Jahre 1986 und 1987. Hiermit sollte ein Teil der Einnahmeverluste

aus der Steuersenkung kompensiert werden.

Weitere Faktoren, die insgesamt den Einnahmehüßler der öffentlichen Hände zum Jahresbeginn hemmten, sind der strenge Winter, die Wachstumsdele im ersten Quartal, der rasant zunehmende Außenhandel, das längere Andauern der Tarifverhandlungen (so daß sich die Impulse aus den privaten Verbrauch verzögern) - und vor allem die Preisstabilität.

Schließlich ist nicht zu verkennen, daß der Anteil des Bundes am Steuerkuchen langfristig deutlich zurückgeht. Betrug er 1982 noch 48,4 Prozent, so waren es 1985 nur noch 47,2 und werden es 1990 nur noch 45,3 Prozent sein (darin ist der künftige Aderlaß an die EG noch nicht einmal berücksichtigt). Dieser Rückgang um drei Prozentpunkte in weniger als einem Jahrzehnt ist kein Pappentitel. Er entspricht 1990 einem Betrag von weit mehr als 16 Milliarden Mark.

POSTMINISTERIUM

Die Digitalisierung des Telefonnetzes kommt voran

WERNER NEITZEL, Stuttgart - Um die vom Markt verlangten Möglichkeiten der Telekommunikation zu realisieren, müsse bei der Industrie dieses Bereichs, aber auch bei der Deutschen Bundespost und ihren Kontrollgremien der Mut und die Bereitschaft wachsen, sich von kurzfristigen Renditeerwartungen zu lösen. Diese Mahnung formulierte Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling in Stuttgart bei der Eröffnung der „telematica 86“, der viertägigen Medienmesse, an der sich - verbunden mit Fachkongressen - 290 Anbieter aus neun Ländern in den Bereichen Bildschirmtext, Kabelfernsehen, Mikrocomputer, Reibandtechnik, Bürokommunikation und Broadcast beteiligten. Nach Schwarz-Schillings Worten ist es erforderlich, bereits heute Vorleistungen auf Dienste, Netze und Technologien von morgen dazu erbringen.

Er konkretisierte dies an einem Beispiel: Seiner Überzeugung nach könne niemand kurzfristig am Glasfasereinsatz verdienen. Schlüsse man aber aus diesem Grunde den Einstieg heute aus und stempelt breitbandige Fernmeldedienste der Individualkommunikation als Zukunftsvision ab, so könne nur die Chance gewonnen werden, morgen ein weiteres Gebiet der Spitzentechnologie mit einem Massenmarkt zu vertieren.

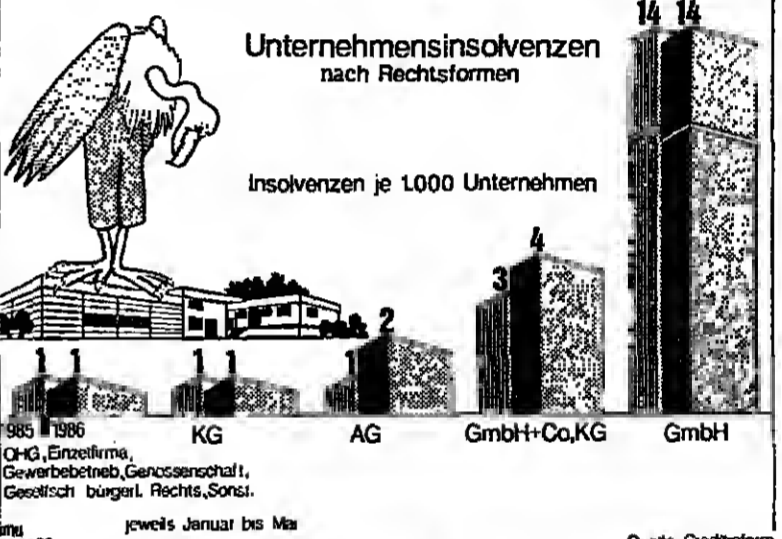
Mit Stolz stellte Schwarz-Schilling fest, daß die Bundespost bei der Umsetzung ihres vor zwei Jahren vorgestellten Konzepts zur Weiterentwick-

lung der Fernmeldeinfrastruktur voll im Zeitplan liege. Die ausgewiesenen Entwicklungsschritte seien entweder vollzogen oder planmäßig eingeleitet. Auch schreite die Digitalisierung des Telefonnetzes zügig voran. Derzeit sind bundesweit 16 digitale Vermittlungsstellen in Betrieb. Bis Ende dieses Jahres werden es bereits 50 Vermittlungsstellen sein, mit etwa 330 000 digitalen Fernmeldeanschlüssen.

Auch wirtschaftlich hätten sich die Erwartungen erfüllt, denn schon heute, zwei Jahre nach Systemeinführung, seien die Preise für die digitale Fernvermittlungstechnik auf 30 bis 40 Prozent der herkömmlichen Technik gefallen. Mit ähnlich großen Kostenvorteilen rechnet der Minister für die Digitalisierung des Netzes. In bezug auf die ISDN-Einführung meinte Schwarz-Schilling, daß es an der Zeit sei, sich verstärkt sich um Anwendungsmodelle zu kümmern.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Spöth geht zu bedenken, daß derzeit 43 Prozent aller arbeitenden Bundesbürger in irgendeiner Form mit der Informationstechnik zu tun hätten. Eine Zahl, die bis zum Jahr 2000 zwischen 46 und 56 Prozent liegen dürfte. Da er der Meinung sei, daß die Informationstechnologie eher zur Dezentralisierung als zur Konzentration führe, bekäme auch der Begriff der Infrastruktur einen neuen Inhalt. Regionale Nachteile könnten durch Einsatz dieser Techniken besser ausgeglichen werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



In der Bundesrepublik Deutschland melden Gesellschaften mit beschränkter Haftung häufiger den Konkurs an als alle anderen Unternehmensformen zusammen. Ihr Anteil an den gesamten Insolvenzen liegt bei etwa zwei Drittel. Bei den GmbHs bleiben auch mit Abstand die meisten Arbeitsplätze auf der Strecke. QUELLE: CREDITREFORM

Jahreswagen: Vorerst keine Konsequenzen

Bonn (AP) - Die Forderung des Bundesrechnungshofes nach Abschaffung der Steuerfreiheit für Jahreswagen und anderer „geldwerte Vorteile“ wird vor der Bundestagswahl keine Konsequenzen nach sich ziehen. Der Sprecher des Bundesfinanzministeriums, Karlheinz von der Driesch, sagte in Bonn, das Ministerium prüfe derzeit die entsprechende Prüfmittlung des Rechnungshofes. Gegenstand der Prüfung sei auch die Frage, ob im Rahmen der für die nächsten Wahlperiode geplanten großen Steuerreform Korrekturen an den bisher geltenden Steuerbefreiungen in diesem Bereich notwendig seien.

stigt nicht finanzierbar, so daß die sich gegenüber dem derzeitigen Zustand öffnende Sicherungslücke durch private Vorsorge geschlossen werden muß; überdies sei die private Lebensversicherung rentabler als die gesetzliche Rentenversicherung bei Beiträgen von mehr als 20 Prozent. Bei einem Vortrag in Wiesbaden betonte Pöhl ferner, daß die starke Geldmengenerweiterung derzeit keine Zinssenkung zulasse.

„Sehr unschön“

Hamburg (dpa/VWD) - Scharfe Kritik an der geplanten Verfüttungsaktion von EG-Butter hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Wolfgang von Geldern, geübt. Diese Maßnahme sei „sehr unschön“ und zeige, wie „absurd die alte EG-Agrarpolitik bisher gewesen ist“, sagte von Geldern. „Der eigentliche Skandal“ so von Geldern, bestehe darin, daß die EG ihre Agrarpolitik nicht rechtzeitig angepaßt hat“. Dieses Übel müsse jetzt an der Wurzel gepackt werden. Der Selbstversorgungsgrad bei Milch liege derzeit in der EG bei 114 Prozent und in der Bundesrepublik bei 115 Prozent.

Frankfurt (rtv) - Der US-Dollar ist zur Wochenmitte an den europäischen Devisenmärkten deutlich abgerutscht. In Frankfurt wurde der amtliche Mittelkurs mit 2,3770 DM um mehr als zwei Pfennig unter dem Vortagesfixing von 2,3905 DM ermittelt. Die Deutsche Bundesbank griff nach Angaben Frankfurter Händler nicht in die Kursfindung ein. Dagegen bestätigte der Präsident der japanischen Notenbank, Satoshi Sumita, am Mittwoch in Tokio Marktberichte, daß die Bank von Japan am gleichen Tag zur Stützung des Dollar-Kurses interveniert habe. In Tokio hatte der Dollar mit 166,70 Yen und 3,2104/15 DM geschlossen.

Brüssel (Ha.) - Zu hoch gegriffen hat die EG-Kommission mit ihren Vorschlägen für ein Mehrjahresprogramm für Forschung. Die großen Länder (Frankreich, Bundesrepublik und Großbritannien) wollen weit weniger für EG-Programme ausgeben, als die Brüsseler Behörde. Sie hat mit Rücksicht auf den Wettbewerbsvorsprung der USA und Japans bis 1991 rund 22,3 Mrd. Mark gefordert, fand dafür aber nur die Zustimmung kleiner Mitgliedsstaaten, die über keine ausreichende eigene Forschungskapazität verfügen.

EG-Programm zu teuer

Brüssel (Ha.) - Zu hoch gegriffen hat die EG-Kommission mit ihren Vorschlägen für ein Mehrjahresprogramm für Forschung. Die großen Länder (Frankreich, Bundesrepublik und Großbritannien) wollen weit weniger für EG-Programme ausgeben, als die Brüsseler Behörde. Sie hat mit Rücksicht auf den Wettbewerbsvorsprung der USA und Japans bis 1991 rund 22,3 Mrd. Mark gefordert, fand dafür aber nur die Zustimmung kleiner Mitgliedsstaaten, die über keine ausreichende eigene Forschungskapazität verfügen.

17 Prozent mit Abitur

Bonn (A.G.) - Bereits jeder sechste Lehrling hat Abitur. Ende 1985 machten 140 800 Abiturienten eine Ausbildung in Industrie, Handel, bei Banken und Versicherungen sowie im Gast- und Verkehrsgewerbe gegenüber 118 600 im Vorjahr (plus 18,7 Prozent). Der Anteil der Auszubildendenverhältnisse mit Abiturienten ist damit auf 16,1 Prozent gegenüber 14,1 Prozent im Vorjahr gestiegen.

Für private Vorsorge

Frankfurt (ed.) - Die Beibehaltung der steuerlichen Begünstigung privater Kapitalbildung im Zuge einer Steuerreform fordert Bundesbankpräsident Pöhl. Begründung: Die Leistungen aus der staatlichen Rentenversicherung von 60 bis 70 Prozent des letzten Nettogehalts seien langfri-

WELT-Aktien-Indizes

Chemiewerte: 165,89 (164,50); Elektrowerte: 300,57 (300,52); Autowerte: 765,05 (769,27); Maschinenbau: 157,29 (158,38); Versorgungsaktien: 166,49 (168,18); Banken: 401,10 (403,71); Warenhäuser: 141,36 (142,36); Bauwirtschaft: 476,56 (483,33); Konsumgüterindustrie: 167,49 (167,77); Versicherungs: 1449,54 (1477,64); Stahlpapiere: 163,45 (164,78); Gesamt: 274,31 (276,35).

MEXIKO

Neues Abkommen in Sicht?

WVD, Washington
Mexiko nähert sich dem Abschluss eines Abkommens mit seinen ausländischen Gläubigern über ein neues Finanzierungsprogramm im Volumen von rund 8 Mrd. Dollar, das außerdem ein Anpassungsprogramm enthält. Das verläuft auf offizieller Ebene, aber ungenannt gebliebenen Washingtoner Kreisen. Die Regierung von Staatspräsident Miguel de la Madrid habe zwar noch nicht ihr endgültiges Einverständnis hierzu erklärt, doch eine Zustimmung der mexikanischen Regierung binnen acht bis 14 Tagen gilt als wahrscheinlich.
Am Dienstag hatte bereits David Mulford, Staatssekretär im Treasury, erklärt, er sehe weder die Gefahr einer abrupten Zahlungsunfähigkeit

Sie sollten bei Ihrer eigenen Karriere-Planung nichts dem Zufall überlassen.

Nutzen Sie den großen Stellenmarkt für Fach- und Führungskräfte.

Jeden Samstag in der WELT

noch die, daß Mexiko seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen werde. Zugleich hatte er die Chancen, daß Mexiko seine Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) erfolgreich beenden werde, als gut bezeichnet.
Unklar ist jedoch, ob das Kreditpaket ein IWF-Darlehen über 1 Mrd. oder über 1,5 Mrd. Dollar enthält und ob es Kredite über 1 Mrd. oder 1,2 Mrd. Dollar von der Weltbank und der Inter-American Development Bank umfaßt. Die Geschäftsbanken wurden ersucht, nochmals neue Mittel (rund 3,5 Mrd. Dollar) an Mexiko heranzuleihen, hieß es in US-Regierungskreisen.

JAPAN / Viele Unternehmen verlagern einen Teil der Produktion nach Übersee, um Beschränkungen zu umgehen

Kapitalanleger drängen stärker ins Ausland

FRED de LA TROBE, Tokio
Japans Direktinvestitionen im Ausland beliefen sich im Fiskaljahr 1985/86 (31.3.) auf einen Wert von 12,2 Milliarden Dollar oder 20,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Nach den Vereinigten Staaten und England ist der fernöstliche Staat der drittgrößte Auslandsinvestor in der Welt. Die japanischen Banken haben ihr Netz in Übersee verstärkt und Immobilienfirmen in Nippon kauften Grundstücke in anderen Ländern auf. Außerdem errichteten immer mehr Unternehmen Fertigungsstätten im Ausland, um die Nachteile aus dem Yen-Kursanstieg auszugleichen, in der Nähe der Absatzmärkte zu produzieren und dortige Importbeschränkungen zu umgehen.

Der Höhenflug des Yen seit vergangener Herbst hat die japanischen Produkte auf den ausländischen Absatzmärkten verteuert. Die Regierung in Tokio billigt die Verlagerung von Produktionen nach Übersee und vertritt den Standpunkt, daß die japani-

sche Industrie nicht mehr bestrebt sein sollte, möglichst alles selber herzustellen.
Die Auslandsinvestitionen Japans im Fiskaljahr 1985/86 waren am größten in den nichtverarbeitenden Wirtschaftszweigen. Im Bereich Banken und Versicherungen erreichten sie einen Wert von 3,6 Mrd. Dollar, 47 Prozent mehr, bei Handelsunternehmen kamen sie auf 1,6 Mrd. Dollar, 6 Prozent mehr, im Transportwesen beliefen sie sich auf 1,2 Mrd. Dollar, 15 Prozent weniger, im Immobiliengeschäft betragen sie ebenfalls 1,2 Mrd. Dollar, das Dreifache und im Dienstleistungsgeschäft stellten sie sich auf 685 Mill., 4 Prozent weniger.
In der verarbeitenden Industrie lag der Spitzenwert bei 627 Mill. Dollar an der Spitze, 24 Prozent mehr. Es folgten Elektro- und Elektronikgeräte mit 513 Mill., 24 Prozent mehr, Metalle mit 385 Mill., 45 Prozent weniger und Maschinen mit 352 Mill., das Doppelte. Auslagerungen von Fertigungsstätten der verarbeitenden In-

dustrie betrafen vor allem solche mit billigen Produkten und schmalen Gewinnspannen. Teuere, hochtechnische Erzeugnisse werden dagegen weiterhin vorwiegend in Japan hergestellt.
Die größten japanischen Investitionen haben bisher die Vereinigten Staaten, Südostasien und Europa aufgenommen. 1985/86 nahmen die Kapitalanlagen Japans in den USA um 60,6 Prozent zu, in den Schwellenländern Südostasiens (Taiwan, Südkorea, Hongkong und Singapur) stiegen sie um 52,6 Prozent und in Europa um 48,2 Prozent. In Asien insgesamt nahmen sie dagegen um 11,9 Prozent ab. Seit Anfang dieses Jahres haben infolge der steigenden Wettbewerbsstärke der südostasiatischen Schwellenländer eine Reihe japanischer Unternehmen aus der Stahl-, Elektronik- und Werkzeugmaschinenindustrie Betriebe in diese nahegelegenen Staaten ausgelagert.
Laut dem Verband der elektronischen Industrie Japans befinden sich

224 Betriebe der Branche in Asien - davon 173 in den Schwellenländern - 55 in Nordamerika, 38 in Lateinamerika, 36 in Europa und 33 in anderen Gebieten. In der EG hatten japanische Investoren bis 1985 202 Fertigungsstätten verschiedener Branchen errichtet, davon 41 in England, 35 in Frankreich und 33 in der Bundesrepublik Deutschland.
Nach der Zahl der Investitionen lagen die USA mit 1859 Fällen an der Spitze. Es folgten Hongkong mit 550, Taiwan mit 514, Singapur mit 507 und Brasilien mit 380. Nach einer Schätzung des japanischen Industrieministeriums (Miti) wird Japan bis zum Ende dieses Jahrhunderts 560 000 Arbeitsplätze verlieren, wenn seine Auslandsinvestitionen bis dahin um jährlich zwölf Prozent steigen werden. In der gleichen Periode würden dadurch im Ausland 1,95 Millionen neue Arbeitsplätze direkt geschaffen. Die kämen jedoch nicht nur Japanern zugute. (SAD)

LUFTFAHRTINDUSTRIE / Neues europäisches Jagdflugzeug in den neunziger Jahren

500 Firmen hängen am Tornado-Auftrag

RÜDIGER MONIAC, Bonn
Mit der Unterzeichnung eines Vertrages über die Fertigung weiterer 124 Kampfflugzeuge des Typs „Tornado“ geht die Luftfahrtindustrie in den beteiligten Ländern Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Italien mittelfristig einer berechenbareren Produktionsauslastung entgegen. Das mit dem Vertrag gesicherte Auftragsvolumen erreicht, erklärte ein Sprecher der trilateralen Managementorganisation Panavia Aircraft GmbH, München, einen Umfang von fast 7 Mrd. DM. Vertragspartner für Panavia auf der Industrie-seite ist die von den drei Regierungen gestellte Aufsichtsorganisation NAMMA, ebenfalls München. Der Vertrag zwischen beiden wurde, wie am Rande der internationalen Luftfahrtschau in Hannover bekannt wurde, am Dienstag in der bayerischen Landeshauptstadt unterzeichnet.
Der neue Auftrag über 124 Flugzeu-

ge setzt sich aus 35 Maschinen in der ECR-Version für die deutsche Luftwaffe, 72 für Saudi-Arabien, 8 für Oman sowie 9 weiteren zur Auffüllung der britischen Geschwader zusammen. Das deutsche ECR-Flugzeug wird mit elektronischen Kampfmitteln ausgestattet, damit die anderen Angriffsflyer des Typs „Tornado“ sich gegen eine gegnerische Luftabwehr durchsetzen können. Mit dem neuen Auftrag, der die Produktionslinien für den Tornado-Typ bis Ende 1992 auslastet, werden die Industrien der drei Länder insgesamt 929 Flugzeuge fertigen.
An der Tornado-Produktion sind in Großbritannien, der Bundesrepublik und Italien rund 500 Firmen beteiligt. Etwa 70 000 Arbeitsplätze umfaßt das Tornado-Programm in den drei Ländern. Der deutsche Anteil ist mit 42,5 Prozent so groß wie der britische, die restlichen 15 Prozent liegen bei Itali- en. Nach Panavia-Aussagen sind in

der Bundesrepublik etwa 25 000 Arbeitsplätze mit der Tornado-Fertigung befaßt. Bis jetzt stehen 550 Flugzeuge aus dieser Produktion im Dienst der Streitkräfte in der Bundesrepublik, Großbritannien, Italien und Saudi-Arabien.
Nach dem Auslaufen der Tornado-Produktion erwartet die Industrie 1992 Anschlussaufträge der drei Länder zur Kampffertigung des Flugzeuges und zur weiteren Unterhaltung und Wartung des Waffensystems. Dies eröffnet für die beteiligten Unternehmen die Aussicht, weit über das Jahr 2000 hinaus mit Tornado-Arbeiten ausgelastet zu sein. Hinzu kommt die sich nun konkret abzeichnende Produktion eines neuen europäischen Jagdflugzeuges, für das erste Fertigungsteile von 1994 an erwartet werden, so daß die „Durststrecke“ bis zur Erreichung des Anschlußauftrages „Eurofighter“ allenfalls ein Jahr dauern wird.

Montedison-Gerüchte nicht beseitigt

ds, Mailand
Zwischen dem italienischen Chemiekonzern Montedison und dem schwedischen Pharmaunternehmen Fermenta wird Erklärungswort Mailänder Firmensprecher zufolge zumindest nicht formell verhandelt. Gerüchte über eine mögliche Beteiligung der Montedison-Pharmatochter Farmitalia Carlo Erba waren in den letzten Wochen entstanden, nachdem Farmitalia die Absicht angekündigt hatte, das Produktangebot durch Akquisitionen zu erweitern. Inzwischen hat die Hauptaktionärin von Fermenta, Refaat El Sayed, aus Anlaß der in Mailand stattgefundenen HV der Fermenta-Tochter Pirolle bestätigt, daß er einen Partner für sein Unternehmen suche. Dabei betonte El Sayed, daß es sich bei einem möglichen Partner nicht nur um eine Finanzbeteiligung handeln dürfe, sondern um ein industriell engagiertes Unternehmen, das in dem gleichen Bereich tätig ist, in dem auch Fermenta arbeitet.

CREDIT AGRICOLE / Niederlassung in Frankfurt geplant

Privatisierung angekündigt

J. Sch. Paris
Die französische Regierung will in ihrer Privatisierungsaktion den Crédit Agricole einbeziehen, der sich von einer genossenschaftlichen Landwirtschaftsbank inzwischen zu einer auch international tätigen Universalbank mit einer Bilanzsumme von 929 Mrd. Franc und einem konsolidierten Reingewinn von 1,1 Mrd. Franc entwickelt hat. Wie jetzt Landwirtschaftsminister François Guillaume vor der Generalversammlung des Crédit Agricole angekündigt, soll ein entsprechender Gesetzentwurf im Oktober vorgelegt werden.
Es geht dabei vor allem um die „Entstaatlichung“ der Caisse Nationale de Crédit Agricole (CNCA), der „Zentralbank“ des Crédit Agricole. Dieses öffentlich-rechtliche Institut wirkt nach außen wie eine Großbank, steht aber zugleich im Dienste der 94 regionalen Landwirtschaftskassen, die private Genossenschaften sind. Gegenüber den Kassen übt die CNCA Koordinierungs- und Überwachungs-

funktionen aus und steht ihnen wie der Hauptsitz einer Großbank beziehungsweise deren Muttergesellschaft zur Verfügung - ohne allerdings an den Kassen beteiligt zu sein.
Außerdem verfügt die CNCA über staatliche Privilegien; insbesondere für die Verteilung von subventionierten Krediten an die Landwirtschaft, die nach der Privatisierung im Rahmen einer neuen Konvention mit dem Staat fortgeführt werden sollen. Die Entstaatlichung des Crédit Agricole geht nicht so weit wie die der französischen Großbanken.
Die Eigenmittel betragen 38,2 Mrd. Franc. Von den Krediten an die Kundschaft, die 1985 um 8,1 Prozent auf 507 Mrd. Franc stiegen, gingen je 40 Prozent an die Landwirtschaft und an den Wohnungsbau, 20 Prozent an Unternehmen. Die Einlagen erhöhten sich um 10,9 Prozent auf 541 Mrd. Franc. Zur Verstärkung des internationalen Geschäfts soll im Oktober eine Niederlassung in Frankfurt eröffnet werden.

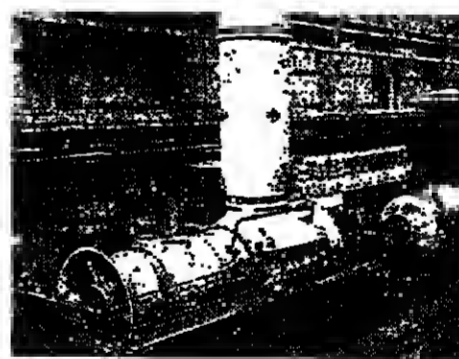
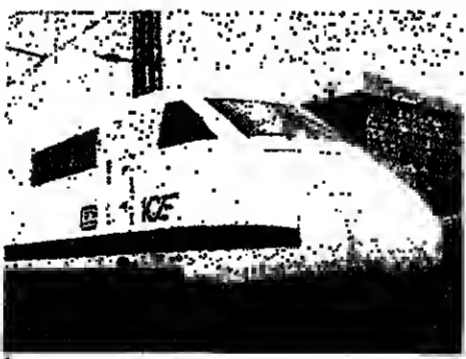
GOLDSTAR / TV- und Videogeräte in Worms produziert

500 neue Arbeitsplätze

Wb, Mainz
Dem Bundesland Rheinland-Pfalz ist es gelungen, nach dem Magnetband-Hersteller TDK einen zweiten fernöstlichen Unterhaltungselektronik-Produzenten zur Ansiedlung zu bewegen: die Goldstar Co Ltd., das größte koreanische Unternehmen der Elektronik- und Elektrotechnik.
Schon im August dieses Jahres will die neu zu gründende Goldstar Europe GmbH mit dem Bau eines Farbfernseh- und Videogerätewerks in Worms beginnen. Bis 1991 sollen dort 65 Mill. DM - bei einem Eigenkapitaleinsatz von 6 Mill. DM - investiert werden. Dafür werden auf einer Gesamtfläche von 64 000 Quadratmetern zunächst 200 und im weiteren Ausbau bis 1990 rund 500 Arbeitsplätze entstehen. Geplant ist in der Endstufe die Produktion von jährlich 300 000 Farbfernsehgeräten und 400 000 Videorecordern für den europäischen Markt.

Mit solchen Mengen werden die Koreaner mit einiger Sicherheit neue Unruhe in den europäischen Unterhaltungselektronikmarkt bringen. Das ist nicht unbeabsichtigt. Es ist vorgesehen, daß Goldstar seinen Marktanteil in Europa mit zunehmenden Gewinnen ausbaut, so eine Erklärung des Unternehmens.
Goldstar ist seit 1981 mit einer Düsseldorf-Vertriebsgesellschaft in der Bundesrepublik vertreten. Die koreanische Muttergesellschaft gehört zur Unternehmensgruppe Lucky-Goldstar, einen der größten Konzerne des Landes. Zum Gruppenumsatz von umgerechnet elf Mrd. US-Dollar hat Goldstar 1985 etwa 1,5 Mrd. Dollar beigetragen. Die Produktion des 17 000 Mitarbeiter zählenden Unternehmens reicht von Elektroausgeräten über die Unterhaltungselektronik bis hin zu Geräten der elektronischen Datenverarbeitung.

Das »Herz« des Superzuges der Bahn stammt von BBC. Drei Beispiele aus unserer Arbeit: (1) In ihrem Jubiläumsjahr stellte die Deutsche Bundesbahn den neuen Hochgeschwindigkeitszug ICE vor; das dank der von uns entwickelten Drehstrom-Antriebstechnik robuste »Herz« bringt diesen Superzug auf Geschwindigkeiten von über 300 Stundenkilometern. (2) Am 16. November 1985 lieferte der von uns gebaute Hochtemperaturreaktor THTR 300 zum ersten Mal Strom ins öffentliche Netz. (3) Unsere bewährte Gasturbinenreihe ergänzen wir um eine Maschine mit 140 MW Leistung. Sie ist die zur Zeit größte auf der Welt mit dem höchsten thermischen Wirkungsgrad.



Konsolidierte Bilanz der Brown, Boveri & Cie, Aktiengesellschaft, Mannheim, zum 31. 12. 1985

Aktiva	Mio. DM	Passiva	Mio. DM
Sachanlagen	671,2	Grundkapital	156,0
Finanzanlagen	83,6	Rücklagen	362,6
Anlagevermögen	754,8	Genüßscheinkapital	31,2
Vorräte	3 186,5	Sonderposten mit Rücklageanteil	35,4
Geleistete Anzahlungen	432,4	Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	31,1
Geldmittel und Forderungen	3 616,9	Rückstellungen	2 370,5
Umlaufvermögen	7 235,8	Anzahlungen und Kredite zur Finanzierung von Kundenaufträgen	3 188,9
		Andere Verbindlichkeiten	1 787,1
		Bilanzgewinn	27,8
Bilanzsumme	7 990,6	Bilanzsumme	7 990,6

Aus der konsolidierten Gewinn- und Verlustrechnung

	Mio. DM
Umsatz	8 177,3
Gesamtleistung	6 088,5
Materialaufwand	2 927,7
Personalaufwand	2 067,6
Abschreibungen	201,0
Steuern	73,5
Jahresüberschuß	25,7
Mannheim, den 12. Juni 1986	
BROWN, BOVERI & CIE	
AKTIENGESELLSCHAFT	
Der Vorstand	

Die Hauptversammlung hat am 11. Juni 1986 beschlossen, aus dem Bilanzgewinn von 22 345 068,- DM für das Geschäftsjahr 1985 eine Dividende von 7,- DM je Aktie im Nennwert von 50,- DM auf das dividendenberechtigte Grund-

kapital von 156 000 000,- DM auszuschütten und den Rest von 505 068,- DM auf neue Rechnung vorzutragen.
Die Inhaber der Genüßscheine erhalten gemäß § 2 der Genüßscheinbedingungen auf je 100,- DM Grundbetrag eine jährliche Ausschüttung in Höhe des 1,6fachen der Dividende auf eine Aktie im Nennwert von 50,- DM; für das Geschäftsjahr 1985 erhalten die Inhaber der Genüßscheine somit eine Ausschüttung von 11,20 DM je 100,- DM Grundbetrag.
Der vollständige Jahresabschluß und der vollständige konsolidierte Jahresabschluß, die beide den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Industrie-Treuhand-GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Mannheim, tragen, werden im Bundesanzeiger Nr. 109 vom 20. Juni 1986 veröffentlicht.



سكننا منة لاصول

PKV / Bald zehn Millionen Kunden - Kaum Pflegetarife

Preiswettbewerb begrüßt

HARALD POSNY, Düsseldorf
Der 1985 eingetretene Verschärfung des Preiswettbewerbs zwischen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und den Unternehmen der privaten Krankenversicherung (PKV) steht der Verband der 40 „Privaten“ gelassen gegenüber. Im Rechenschaftsbericht des PKV-Verbands sehen dessen Vorsitzender Heinrich Frommnecht und der Verbandsdirektor Christoph Ueber die „deutlich erhöhten Zugänge an versicherten Personen einmal mehr als Beweis dafür, daß die Marktchancen der PKV um so besser sind, je mehr es ihr gelingt, den Beitrag zu stabilisieren.“

Ende letzten Jahres waren 5,24 (5,14) Mill. Personen im bedeutendsten Bereich (Krankheitskosten) versichert. Dazu kommen noch 4,4 (4,2) Mill. Zusatzversicherte aus dem Kreis der gesetzlich Versicherten, so daß jetzt insgesamt bald zehn Mill. Bundesbürger privat versichert sind. Die Gesamtaufwendungen und Leistungen an die Versicherten (Aufwendungen für Krankheitskosten, Beitragsrückerstattung und Zuführungen zur Altersrücklage) erhöht sich um 3,1 (3,2) Prozent auf rund 13 Mrd. DM, die Ausgaben für die reinen Krankheitskosten um 4,7 (5,7) Prozent auf rund 9,3 Mrd. DM. Sie sind damit etwas geringer als bei der GKV (5,1 Prozent) gestiegen. Bereinigt um den Neuzugang an Versicherten liegt der Leistungsanstieg jedoch auf dem Niveau der Beitragseinnahmen (plus drei Prozent auf 13,5 Mrd. DM).

Das Wachstum des Prämienvolumens beruht nicht nur auf der Bestandsausweitung, sondern auch auf

Anpassungen des Versicherungsschutzes in der Tagelohn- und Krankenhaus-Tagegeld-Versicherung. Beitragserhöhungen waren im Gegensatz zur GKV nur in geringem Umfang erforderlich. Vielfach ist die Prämie sogar gesenkt worden. Die Leistungsquote (Gesamtleistungen im Verhältnis zur Prämie) dürfte auch 1985 wieder oberhalb 96 Prozent liegen. Am stärksten stiegen 1985 die Aufwendungen für ambulante ärztliche Behandlung.

Der PKV-Verband bedauert, daß trotz anhaltender Diskussion um die Abdeckung des Pflegerisikos im Alter die Pflegekrankenversicherung bislang keine steuerliche Förderung erfährt. Nach wie vor hält man die Marktchance der günstigen Tarife (30 bzw. 25 DM pro Monat für ein Pflegegeld von monatlich 1500 DM für eine jetzt 35jährige Frau bzw. einen gleichaltrigen Mann) für sehr gut. Die Breitenwirkung dürfte jedenfalls größer sein als die des geplanten Bundesgesetzes, das zudem die Lohnbesenken noch weiter belasten würde.

Die Lösungsvorschläge der PKV würden, wenn alle 30- bis 60jährigen eine solche Pflegekrankenversicherung abschließen würden und deren Beitrag bis zu 300 DM jährlich steuerlich begünstigt würde, einen jährlichen Steuerausfall von 1,6 Mrd. DM bringen. Dagegen kostete der Gesetzesentwurf des Landes Bayern jährlich 5 Mrd. DM, bietet aber nur ein Pflegegeld von maximal 600 DM monatlich. Bisher haben die sieben Anbieter - angesichts mangelnden Vorsorgebewusstseins und fehlender steuerlicher Anreize bei den Beiträgen - nur etwa 2000 Verträge abschließen können.

MERCK, FINCK & CO. / Spezialist für Wertpapiere

Am Aktienboom gut verdient

S. EDENHOFER, München
Der Jahresabschluss des Münchner Privatbankhauses Merck, Finck & Co. für 1985 fiel glänzend aus. Obwohl die Bank als offene Handelsgesellschaft keine GuV-Rechnung veröffentlicht, machte der Chef des Hauses, August von Finck, auf der Jahrespresskonferenz keinen Hehl daraus, daß 1985 alle Rechnungen seiner betont konservativen Politik aufgegangen sind. Die seit drei Generationen auf das Wertpapiergeschäft, in den letzten Jahren zusätzlich auf Vermögensverwaltung und mittelständische Kundschaft spezialisierte Bank, profitierte vor allem von dem glänzenden Börsenjahr. Das Wertpapiergeschäft lieferte einen „überdurchschnittlichen Erfolgsbeitrag“.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bank lag der Provisionsüberschuss über dem Zinsüberschuss. Während die Bilanzsumme nur leicht kontinuierlich um 6,9 Prozent auf 2,730 Mrd. DM zunahm, kletterten das Betriebsergebnis und der Jahresüberschuss um 50 Prozent. Nach Angaben des persönlich haftenden Gesellschafters Adolf Kracht verwaltet die Bank rund 10 000 Kundendepots, von denen das Gros erst bei einer Summe von 2 Mill. DM beginnt und deren Gesamtsumme das Vierfache der Bilanzsumme der Bank ausmacht. Die haftenden Eigenmittel betragen unverändert 150 Mill. DM. Um die Wertpapierkundenbetreuung weiter zu verbessern, hat das Institut die Zahl mehrsprachiger Mitarbeiter erhöht, so daß die Münchner Privatbankiers inzwischen auch für

Schweizer, Franzosen und Opec-Anleger eine attraktive Adresse sind. Die Zahl und das Gesamtvolumen der Spezialfonds, bei denen die Bank Versicherungen und Vorsorgeeinrichtungen von Industrieunternehmen und -verbänden als beratende Depotbank dient, wuchs inzwischen auf 13 an. Das Fondsvolumen belief sich auf 650 Mill. DM. Die Bank wirkte 1985 bei 37 Kapitalerhöhungen bzw. Erstemissionen und 20 Optionsanleihen mit. Wie Kracht einräumte, hat sich allerdings der Wunsch des Bankhauses, an mehr Neuemissionen teilzunehmen, nicht erfüllt. Die Geschäftsführung akzeptiert hier die Führungsrolle der Deutschen Bank.

Das Kreditvolumen ermäßigte sich auf 2,226 Mrd. DM, weil weniger Kredite an Banken gegeben wurden. Die Kundeneinlagen, die nach wie vor gut 60 Prozent der Gesamtverbindlichkeiten stellen, erreichten 1,610 Mrd. DM und lagen damit um 5,4 Prozent höher als zum Ende des Vorjahres. Die ersten fünf Monate des neuen Geschäftsjahres knüpfen an den glänzenden Abschluß an, Zinsen und Provisionen sind sogar noch gestiegen. Die Geschäftsleitung rechnet allerdings mit einer schlechteren Weltkonjunktur und Börsen in absehbarer Zukunft, spätestens 1988. Auch für diese Situation glauben die Privatbankiers genügend vorgesorgt zu haben, indem sie sich ständig darum bemühen, die Kosten niedrig zu halten. Das Haus, mit Filialen in Frankfurt und Düsseldorf, beschäftigt 512 Mitarbeiter.

AXEL SPRINGER VERLAG / Ohne Probleme die Mammut-Investitionen bewältigt

Ertragsstark auf schwierigem Markt

JAN BRECH, Hamburg
Den Szenenwechsel vom Familienunternehmen mit der überragenden Verlegerpersönlichkeit Axel Springer an der Spitze zu einer Publikums-Gesellschaft, in der die verlegerische Verantwortung nun auf den Vorstand übergegangen ist, hat die Axel Springer Verlag AG, Berlin, erfolgreich bewältigt. Die Umstellungsprobleme seien durch eine den Gegebenheiten angepasste Führungsstruktur und durch organisatorische Straffungen gelöst, erklärt der Vorstandsvorsitzende, Peter Tamm. Das Unternehmen könne für das zweite Halbjahr 1985 eine hervorragende Bilanz seiner journalistischen und wirtschaftlichen Leistung zeigen.

Unter Ertragsaspekten ist dies vor allem für die inzwischen mehr als 9000 freien Aktionäre treffliche Kunde. Der Hauptversammlung wird, wie vorgesehen, für das zweite Halbjahr 1985 eine Dividende von 6 DM vorgezogen, die auf das ganze Jahr bezogen einer Spitzenausschüttung von 24 Prozent entspricht. Vom Jahresüberschuß, der im zweiten Halbjahr gegenüber den ersten sechs Monaten des Jahres 1985 um 9,6 Mill. DM gestiegen ist, werden dafür 20,4 Mill. DM verwendet, 14,7 Mill. DM stärken die Rücklagen.

Pro Aktie 25 Mark verdient

Die überdurchschnittlich gute Ertragsentwicklung des Unternehmens, die sich bereits in der Verbesserung des ausgewiesenen Jahresüberschusses niederschlägt, belegt Tamm zusätzlich mit dem nach DVFA (Deutsche Vereinigung für Finanzanalyse und Anlageberatung) ermittelten Nettoergebnis. Es verbesserte sich im zweiten Halbjahr auf rund 51 Mill. DM und ergibt - addiert mit dem Nettogewinn des ersten Halbjahres - ein Jahresergebnis von 64,1 Mill. DM. Springer hat damit pro Aktie rund 25 DM verdient und, auf den Umsatz bezogen, eine Nettoerlöse von 3,4 Prozent erreicht. Die finanzielle Kraft des Unternehmens spiegelt ferner die hohe Liquidität und vor allem die Entwicklung des Cash-flow wider, der aufgrund hoher Abschreibungen nach den

Mammutinvestitionen der Vorjahre auf eine in der Geschichte des Unternehmens bislang nicht erreichte Höhe gestiegen ist. Er macht 9,25 Prozent des Umsatzes aus und übersteigt die Investitionen des Jahres 1985 um das Doppelte. Ohne geringste Probleme zu haben, die Investitionen aus eigenen Mitteln zu finanzieren, hat Springer die solide Ertragsentwicklung gleichzeitig zum weiteren Abbau der langfristigen Verschuldung genutzt.

Die Ertragsfortschritte verankert das Unternehmen in erster Linie in internen Straffungsmaßnahmen, Kostensenkungen, die sich aus der veränderten Unternehmensstruktur ergeben, und einer dem modernsten Stand entsprechenden Technik. Das wirtschaftliche Umfeld der Verlagsbranche bleibt dagegen schwierig. Die Printmedien, betont Tamm, seien sowohl was den Vertrieb als auch das Anzeigengeschäft angeht, keine Vorreiter der Konjunktur gewesen.

Die Entwicklung der eigenen Objekte bezeichnet er als überdurchschnittlich, doch fiel auch im Springer-Blätterwald das Wachstum mit zwei Prozent über das ganze Jahr nicht gerade üppig aus. Einbußen erlitten vor allem die Zeitschriften, die sich auf einem preislich hart umkämpften, und strukturell im Umbruch befindlichen Markt behaupten müssen. Durch konzeptionelle Gegenmaßnahmen sei es aber gelungen, so erklärt Tamm, den Umsatzrückgang des ersten Halbjahres in der zweiten Hälfte des Jahres zum Stillstand zu bringen. Den Umsatz-Ausgleich brachten wie schon im Vorjahr die Zeitungen und vor allem auch der Lohndruck.

In der Geschäftsparte Vertrieb betrug das Plus über das ganze Jahr 0,6 Prozent, mit den Stützen „BILD“ und „BILD der Frau“ sowie den Sonntags- und Regionalzeitungen in Hamburg und Berlin. Anhaltend steigende Auflagen tendenz zeigt auch die WELT, bei der das Unternehmen, so erklärt Tamm, einen finanziell nichts mehr zusetzen muß. Das Wachstum im Anzeigengeschäft mit einer Rate von 1,7 Prozent trugen ebenfalls in erster Linie die Zeitungen.

Vor dem Hintergrund, daß vom Markt derzeit nur verhaltene Impulse ausgehen, hat sich nach Tamm Worten die Grundphilosophie des Unternehmens erneut bewährt, mit preiswerten hochauflagen Objekten in den Märkten zu operieren. Die Möglichkeiten dazu habe sich Springer durch eine technologische Spitzenstellung geschaffen.

Erfolge in der Offensive

Auch für die kommenden Jahre kündigt Tamm hohe Investitionen in die Sachanlagen und in den Markt an. Die im Februar dieses Jahres eingeführte „Auto BILD“, deren Absatz alle Erwartungen übertrafen hat, sei jüngstes Beispiel einer unveränderten Offensiv-Strategie. Daneben werde das Unternehmen im Verbund mit starken Partnern auf anderen Feldern, so vor allem den elektronischen Medien, voranzuschreiten, auch wenn dieser Bereich, wie Tamm einräumt, zur Zeit noch ein kräftiges Zusatzgeschäft ist.

In den ersten Monaten dieses Jahres hat das Unternehmen, getragen vom Anzeigengeschäft, mit einem Umsatzplus von drei Prozent einen guten Start gehabt. Im weiteren Verlauf dürften sich Preiserhöhungen bei den großen Programmzeitschriften und bei „Bild“ auch positiv auf die Vertriebsumsätze auswirken. Die Ertragsentwicklung bezeichnet Tamm als „sehr freundlich“, sie werde voraussichtlich in ein gutes Gesamtergebnis 1986 einmünden.

Springer Verlag	1985	±%
Konzernumsatz (Mill. DM)	2475	+ 2,0
dav. Zeitungen	1621	+ 3,1
Zeitschriften	629	- 3,5
Lohndruck	173	+ 13,3
Sonstiges	52	± 0
Umsatzanteile in %		
Anzeigen	46,9	47,1
Vertrieb	44,0	44,6
Sonstiges	9,1	8,3
Beleggeschäft	11,411	- 0,9
Jahresüberschuß 1	61	(29)
Investitionen	112	- 42,9
Abschreibungen	139	+ 14,9
Cash-flow	229	+ 16,8
Eigenkapital	223	+ 8,8
in % d. Bil. Summe	21,5	(20,6)

1 wegen geänderter Unternehmensstruktur nicht vergleichbar

AMK BERLIN / Messegesellschaft will Verlust abbauen

Dicht gedrängtes Programm

Über einen Rekordumsatz von 110,4 (96,0) Mill. DM, aber auch über einen durch das Land Berlin abzudeckenden höheren Verlust von 31,2 (29,3) Mill. DM berichtet die AMK Berlin Ausstellung-Messe-Kongress-GmbH im Jahr 1985. In diesem Jahr will die Berliner Messegesellschaft den Verlust wieder unter die Marke von 30 Mill. DM drücken, betonten die beiden Geschäftsführer Wolfgang Wegmann und Manfred Busche. Deshalb seien einige Eigenveranstaltungen zunächst gestrichen worden.

Auch im Bereich Sport und Unterhaltung denkt die AMK über Veranstaltungen nach. Große Sorgen bereite z.B. das 6-Tage-Rennen, das in diesem Jahr allerdings noch auf dem Programm steht. Von hohem Wert für Berlin bezeichnet Wegmann das Festival Europäischer Musik, das Gastspiel des Bolschoi Balletts Moskau und das Weltcup-Finale der Spring-

reit. Sie könnten aber nicht unbedingt mit der unternehmerischen Elle gemessen werden.

Der Rekordumsatz des Berichtsjahres erklärt sich auch aus der Funkausstellung, die alle zwei Jahre stattfindet. Gegenüber dem wegen seiner Struktur besser vergleichbaren Jahr 1983 hat die AMK den Umsatz um neun Prozent steigern können. Für dieses Jahr ist Busche optimistisch. Der Programmkalender des zweiten Halbjahres sei dicht gedrängt.

Auch künftig wird es nach Angaben des Kongress-Generalbevollmächtigten Peter W. Haupt in Berlin keine Hotelprobleme geben. Haupt, der Senatsbeauftragter für die Jahrestagung von Internationalen Währungsfonds und Weltbank 1988 in Berlin wird (bis 11 000 Teilnehmer), erwartet für diese Veranstaltung ebensowenig Beherbergungsprobleme wie für die Tagung der Dermatologen mit 7000 Teilnehmern.

PHOTO FORST / Umwandlung mit schwarzen Zahlen

Durchbruch nach Verlustphase

Nach sechs Verlustjahren schließt die Bilanz der Photo Forst GmbH + Co. KG, Schwabach, für das Geschäftsjahr 1985 wieder mit einem Jahresüberschuß von 1,53 Mill. DM. Rückwirkend zum 1. Januar 1986 wurde nach Gesellschafterbeschuß vom 8. Juni Photo Forst in eine Aktiengesellschaft unter der Bezeichnung Forst AG umgewandelt. Der Verzicht auf den Namenszusatz „Photo“ markiert nach Aussage des künftigen Vorstandsvorsitzenden Heinz Wohlhab verstärkte Hinwendung des Unternehmens zum Bereich Unterhaltungselektronik.

Das Kapital von zwölf Mill. DM, das bisher zu 64 Prozent von der Schweizer Interdiscount-Holding SA, Fribourg, und zu 36 Prozent von der Hanns Heinz Forst KG gehalten wurde, wird auf 25 Mill. DM aufgestockt. Es teilt sich dann auf 12,5 Mill. DM Stammaktien und 12,5 Mill. DM stimmrechtslose Vorzugsaktien auf, woran Interdiscount mit 52 Prozent des stümmberechtigten Kapitals

mehrheitlich beteiligt bleibt. Auf die Hanns Heinz Forst KG entfallen dann 26 Prozent und auf die bisherigen Gesellschafter Leo Hirschberg und Hartmut Krahwinkel 22 Prozent.

Bei planmäßiger Geschäftsentwicklung soll bei Forst zum Jahreswechsel 1987/88 der Gang an die Börse erfolgen, wobei noch offen sei, mit welcher Aktienform. Bereits für das laufende Geschäftsjahr, bei dem sich das Ergebnis wesentlich verbessern soll, ist an eine Ausschüttung zu denken. An den Vorzugsaktien der neuen Forst AG sollen auch die Führungskräfte mit 2 Mill. DM beteiligt werden.

Nachdem seit 1979 bei Photo Forst rote Zahlen geschrieben wurden (mit insgesamt 55,3 Mill. DM Verlust), konnte 1985 mit einem Jahresüberschuß von 1,52 Mill. DM - nach einem Vorjahresminus von 2,2 Mill. DM - abgeschlossen werden. Der Umsatz (auf Bruttopreisbasis) stieg dabei einschließlich der Franchise-Partner um 13 Prozent auf 364 Mill. DM.

Erster VIAG-Kurs bei 167 Mark

Mit 167 DM notierte die Aktie der VIAG-AG, Berlin/Bonn, gestern erstmals an der Berliner Börse, die so etwas wie die Heimatbörse dieses Energie- und Aluminiumkonzerns sein soll. Damit haben die neuen Aktionäre, die 40 Prozent des Aktienkapitals von 580 Mill. DM gezeichnet hatten, am ersten Börsentag nur einen kleinen Gewinn (Aktienausgabe: 165 DM) kassieren können.

Finanzsenator Günter Rexroth betonte die Bedeutung dieser Aktiennotierung für den Finanzplatz Berlin. Er sprach die Erwartung aus, daß weitere Aktien aus bevorstehenden Privatisierungen des Bundes ihre Heimatbörse in Berlin finden. Die erste Hauptversammlung der VIAG wird allerdings in Bonn stattfinden, am 10. Juli 1987 in der Beethovenhalle. Vorstandsmittglied Werner Lemdy kündigte für den Herbst eine Optionsanleihe über 300 Mill. DM an. In diesem Zusammenhang sei das vor kurzem geschaffene genehmigte Kapital zu sehen.

WIR SIND NICHT NUR IN BAYERN EIN GEFRAGTER BANK-PARTNER

Kapitalbeschaffung in internationalen Dimensionen setzt eine solide Placierungskraft und den weltweiten Operations-Radius einer Bank voraus. Sind diese Kapazitäten gefordert, ist die BAYERISCHE LANDESBANK Girozentrale eine der ersten deutschen Adressen.

Die BAYERISCHE LANDESBANK Girozentrale gehört zu den führenden deutschen Emissionshäusern. Mit Anschluß an alle Börsen- und Finanz-Plätze der Welt und über 5.000 Korrespondenz-Banken.

Dank unseres finanziellen Backgrounds und der Kompetenz unserer Experten-Teams genießen wir das volle Vertrauen unserer Kunden, mit denen wir gemeinsam Erfolg haben.

Wenn Sie also Ihr Finanz-Management optimieren wollen, sollten Sie sich von uns beraten lassen. Wir bieten professionelle Konzepte.

Bayerische Landesbank Girozentrale

In München, Nürnberg und über jede bayerische Sparkasse sowie in Bonn, Frankfurt und Luxemburg. Außerdem in London, New York, Singapur (Niederlassungen), Johannesburg, Toronto, Wien (Repräsentanz). Sie erreichen uns auch über Btx: *38000 #

PWA / Harte Konsolidierung und tiefgreifenden Strukturwandel erfolgreich durchgestanden

Neue Chancen durch mehr Marktnähe

DANKWARD SEITZ, München
Nach einem jahrelangen tiefgreifenden, erfolgreichen Strukturwandel und harter Konsolidierung kann die PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg AG, München, nun wieder den Blick nach vorne richten und sogar an Expansion denken. „Mehr Marktnähe“ lautet dabei das Motto, mit dem Vorstandsvorsitzender Willi Klein-Gunnewyk das Unternehmen vorsichtig hin zu mehr Weiterverarbeitung und Veredelung steuern will. Hier sieht er für die Zukunft die größeren Wachstumschancen, nicht aber in einem Ausmaß der Zellstoff- und Papierkapazitäten, denn: „DIN-A-4-Papier kann man auch am Polarkreis herstellen.“

Über seine konkreten Vorstellungen schweigt sich der PWA-Chef noch aus. Zwei Schritte kennzeichnen jedoch die Richtung: Da wird zum einen demnach bei der Mannheimer Tochter Zewawall, die Faltschachteln und Kartonagen herstellt, eine dritte Schicht eingeführt. Zum anderen hat sich PWA vor kurzem an der französischen Firma Sept in Le Teil beteiligt, die „No-name“-Produkte (unter anderem Papiertaschentücher, Klischeetücher) herstellt und mit einem Umsatz von 70 bis 80 Mill. DM in Frankreich einen Marktanteil von etwa 30 Prozent hat. Bereits vereinbart ist, so Klein-Gunnewyk, daß PWA diese Beteiligung demnach auf eine deutliche Mehrheit ausbaut. Offensichtlich um diese Expansion abzusichern - denn das anstehende Investitionsprogramm der nächsten fünf Jahre über 600 bis 800 Mill. DM wird man, so Klein-Gunnewyk, „aus eigener Kraft finanzieren können“ -

wird der Hauptversammlung (23. Juni) die Schaffung eines genehmigten Kapitals von 100 Mill. DM vorgeschlagen. Konkrete Absichten, wann dies genutzt werden soll, bestünden derzeit allerdings nicht.

Als „erfreulich“ bezeichnete Klein-Gunnewyk die Geschäftsentwicklung in den ersten fünf Monaten 1986. Der Auftragsgang bewege sich auf dem hohen Niveau des Vorjahres, und bei einer Absatzsteigerung um 3,5 Prozent habe der Gruppenumsatz um 4,5 Prozent zugenommen. So könne auch für das Gesamtjahr wieder mit einem „befriedigenden“ Ergebnis gerechnet werden. Zur möglichen Dividende meinte er lediglich, daß man sich „auch in Zukunft ordentlich verhalten“ wolle. Investiert werden sollen 1986 etwa 250 Mill. DM, davon 100 bis 120 Mill. DM in eine Wärmemaschine im Werk Mannheim und 57 Mill. DM in die Zellstoffbasis der österreichischen Tochter Hallein Papier AG.

Das Geschäftsjahr 1985 beurteilte Klein-Gunnewyk als das „beste Jahr in der Geschichte der PWA“. Das auf den ersten Blick gegenüber der Branche (plus 4,7 Prozent) bescheidene Umsatzwachstum, die rückläufige Produktion von Zellstoff/Holzschliff und die geringeren Exporte sind, fast ausschließlich auf den Verkauf der Zellstofffabrik Villach/Ostereich zurückzuführen. Ansonsten wären der Umsatz um 4,5 Prozent und die Produktion um 1,3 Prozent gestiegen. Bedingt dadurch sank auch der Umsatz in der Produktgruppe Grafische Papiere um 3,1 Prozent auf unter 1,4 Mrd. DM, während er bei Hygienepapieren um 8,3 Prozent auf 553 Mill.

DM und bei Verpackungspapieren um 9,8 Prozent auf 708 Mill. DM stieg. Der größte Zuwachs ergab sich bei Technischen Spezialpapieren mit 12,9 Prozent auf 214 Mill. DM.

Die deutlich verbesserte Ertragskraft der PWA-Gruppe läßt sich, so Klein-Gunnewyk, nicht am Jahresüberschuß ablesen. Vielmehr müsse bei einem Vergleich mit dem Vorjahr dabei berücksichtigt werden, daß bei „harter Bilanzierung“ über 86 Mill. DM an steuerlichen Maßnahmen und fast 22 Mill. DM höhere Steuern verrechnet wurden. Wesentlich besser komme dies dagegen in dem Ergebnis der Aktie von 31,35 (19,85) DM zum Ausdruck. Seinen Niederschlag fand dies im Bilanzbild der Gruppe. So konnten die Finanzschulden um weitere 111 (200) Mill. DM abgebaut, die flüssigen Mittel um 123 (24) Mill. DM erhöht und die Eigenkapitalquote auf 22,8 (20,7) Prozent verbessert werden. Insgesamt sei damit ein „weiterer entscheidender Schritt in Richtung Ertragsstabilität gelungen“.

PWA-Gruppe	1985	±%
Produktion (1000 t)		
Zellstoff/Holzschliff	610	- 4,8
Papier	1398	+ 0,5
Papiererzeugnisse	363	+ 11,0
Umsatz (Mill. DM)	2045	+ 2,4
dav. Export	1186	- 1,7
Ergebnis	1947	+ 3,8
Sachinvestitionen	121	+ 10,0
Abschreibungen	262	+ 44,3
Beschäftigte (31.12.)	8577	- 1,9
Bilanzsumme	1617	- 2,2
Grundkapital	200	unver.
Rücklagen	82	+ 8,7
Jahresüberschuß	42	- 44,4
Bilanzgewinn	28	+ 75,0
Dividende *	7,00	(4,00)

* der AG in DM je 50-DM-Aktie

BAKOLA

Der Chef und sein Vertreter gehen

cd. Frankfurt
Der finanzielle Aderlass, den die Badische Kommunale Landesbank (Bakola), Mannheim, durch Schließen zweier Töchter erlitten hat, fordert jetzt zwei weitere Opfer im Vorstand. Zum 30. Juni werden Vorstandsvorsitzender Hans-Jörg Mauser und sein Stellvertreter Gerhard Ohr ausscheiden, nachdem Ende März bereits Ernst Wilhelm den Vorstand verlassen hat. Offizielle Begründung für die Trennung von Mauser und Ohr: Die beiden wollten nicht

Wirtschaftswissen kann man abonnieren. Bitte:
An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36
Bitte liefern Sie mir vom nächst erreichbaren Termin an bis auf weiteres DIE WELT
Sie haben das Recht, eine Abbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

In den Vorstand der künftigen Landesbank eintreten, die nach dem Willen von Ministerpräsident Späth Anfang 1987 aus der Fusion der Württembergischen Landesbank, der Bakola, der Landeskreditbank der Girokasse Stuttgart hervorgehen soll.

Neuer Vorstandsvorsitzender wird Heinrich Rünzi, bislang Chef der Sparkasse Markgräflerland und als Landesobmann der badischen Sparkassen deren Sprecher. Rünzi genießt das Vertrauen der Organisation, und er soll in den Fusionsgesprächen die Interessen der Sparkassen vertreten. Rünzi ist bereits 63, so daß sich das Thema einer "Überbesetzung" des Vorstandes der künftigen Großbank im Ländle zum Teil zuzugewandt selbst löst. Ferner wird der Vorstand durch den bisherigen Bakola-Generalbevollmächtigten Karl Heidenreich, zuständig für die Betreuung der Sparkassen, ergänzt.

Bei der Bakola, deren Wertberichtigungsbedarf inzwischen in südwestdeutschen Bankkreisen auf mehr als die offiziell genannten 290 Mill. DM geschätzt wird, läuft inzwischen eine Sonderprüfung. Die wegen Schließens, vor allem bei Immobilienfinanzierungen, der Tochter Vereinsbank Heidelberg und beim HVK Heidelberg, notwendigen Wertberichtigungen deckt die Bakola in einem ausgeglichenen Abschluß aus eigener Kraft.

Chase Bank: Ehrgeiz im Konsortialgeschäft

cd. Frankfurt
Die Chase Bank AG, Frankfurt, setzt mit einer starken personellen Ausweitung auf eine Verstärkung ihrer Aktivitäten im Investment Banking und im Wertpapier- und Devisenhandel. Noch in diesem Jahr will sie erstmals im heiß umkämpften Emissionsgeschäft als Konsortialführer für die Anleihe eines vermutlich nicht rein deutschen Emittenten auftreten. Auch im inländischen Konsortialgeschäft zeigt die deutsche Tochter der New Yorker Großbank mit Blick auf das Bundesanleihe-Konsortium Ehrgeiz. Ansonsten gilt die Strategie, wie Vorstandsvorsitzender Rolf H. Reinhold betont, der Fortentwicklung der Produktpalette, vor allem im Electronic Banking und im Leasing, und dem Ausbau der Position als eine der wichtigsten Clearing-Banken im Auslandszahlungsverkehr.

Die Stärke des von der Chase forcierten Dienstleistungsgeschäfts zeigte sich 1985, dem bisher besten Geschäftsjahr, bei einer um 9,4 Prozent auf 3,7 Mrd. DM gesunkenen Bilanzsumme im überproportionalen Anteil der Dienstleistungserträge am Betriebsergebnis, das von 77 auf 124 Mill. DM zunahm. Diese Steigerung um 48 Prozent erscheint allerdings aus buchhalterischen Gründen zu hoch. Die echte Ergebnisverbesserung bezifferte Reinhold auf 20 bis 25 Prozent. Die guten Ergebnisse der ersten 10 Monate stimmen den Vorstand auch für dieses Jahr optimistisch.

RUHRGAS / Vorstandsvorsitzender Klaus Liesen weist Spekulationen um die Höhe der Ausschüttung zurück

„Dividende spiegelt nur die Ertragskraft wider“

HANS BAUMANN, Essen
Die Seelenmassage durch einige Aktionäre zahlt sich aus: Die Ruhrgas AG, Essen, verteilt aus dem Gewinn für 1985 eine Dividende von 12 (9,50) DM je 50 DM nominal auf das Aktienkapital von 1,1 Mrd. DM. Im Vorjahr wurden allerdings Gratifikationen begeben in Höhe von 200 Mill. DM. Ruhrgas schüttet damit 264 Mill. DM aus, das ist rund doppelt soviel wie 1981.

Der Umsatz ist der höchste in der Geschichte des Unternehmens. Im Konzern stieg er von 15,3 auf 17,4 Mrd. DM. Der Jahresüberschuss vergrößerte sich um 5,9 Prozent auf 431 Mill. DM. Die Gesamtinvestitionen betragen 214 (89) Mill. DM, davon waren 139 Mill. DM Sachinvestitionen. Sie konnten voll durch Abschreibungen gedeckt werden. Einschließlich der Projekt- und Konzerngesellschaften kletterten die Investitionen weiter auf 673 Mill. DM.

ERBA / Situation für baumwollverarbeitende Industrie „nicht mehr so günstig“

Hoffen auf Belebung des Inlandskonsums

DANKWARD SEITZ, München
Mit einer „kontinuierlich befriedigenden“ Unternehmensentwicklung 1986 rechnet die Erba AG, Erlangen, auch wenn es bei dem härteren Geschäft „nicht einfach sein wird, ein Umsatzwachstum zu erzielen“. Voraussetzung hierfür sei, so Vorstandsvorsitzender Hartmut H. Kunstmann, daß im zweiten Halbjahr die Konsumbelebung auch dem Textil- und Bekleidungssektor zugute komme. Impulse könnten derzeit nicht mehr aus dem Export, sondern nur noch von einer verstärkten Inlandsnachfrage erwartet werden.

Industrie spiegelt sich bei dem Unternehmen darin wider, daß das „nach wie vor positive“ Betriebsergebnis unter dem von 1984 blieb und nur ein Jahresüberschuss von 1,34 (9,9) Mill. DM ausgewiesen werden kann. Allerdings müsse berücksichtigt werden, daß für 1984 außerordentliche Erträge von 12 Mill. DM aus Immobilienverkäufen mobilisiert worden waren. „Erhebliche Sorgen“, so Kunstmann, bereiten der Verfall der Baumwollpreise und der Kursrückgang des Dollar, wodurch entsprechende Abwertungen im Vorratsvermögen zu Lasten des Ergebnisses verkräftet werden mußten. Leer gingen daher auch die Pensionsrückstellungen aus. Investiert wurden in Sachanlagen 20 (18,7) Mill. DM bei Abschreibungen von 15 (13,8) Mill. DM. Nach Einstellung von 0,6 (9,9) Mill. DM in die freien Rücklagen verbleibt ein Bilanzgewinn von 0,8 Mill. DM, der auf neue Rechnung vorgetragen wird.

AGROH / Sanierung der Keramikgruppe nicht gelungen

Dividenden kein Thema

S.E. Ismaning
Die Sanierung der Agroh AG, Ismaning bei München, ist 1985 nicht gelungen, die immer wieder in Aussicht gestellten besseren Zeiten der Keramikgruppe sind nicht eingetreten. Die Verluste der als Holding fungierenden Gesellschaft machten erneut einen Forderungsverzicht der Banken in Höhe von 25 Mill. DM notwendig (Vorjahr 30,9 Mill.). Davon ist vor allem die Bayernhypo betroffen.

Die Hartmann-Firmengruppe Heilgenheim, größter deutscher Verbandsstoff-Anbieter, setzt weiterhin auf Wachstum. Wie Reinhard Bauer, Vorstandsvorsitzender der Paul Hartmann AG, mitteilte, stehe man im Ausland in Verhandlungen wegen größerer Investitionen bzw. Akquisitionen. Konkret werde dies im nächsten über nächsten Jahr werden. Da das klassische Geschäft zu eng geworden sei, halte man Ausschau nach weiteren Möglichkeiten im Textilbereich. Die Anhäufung von 44,3 (Vorjahr: 18,6) Mill. DM flüssigen Mitteln zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres 1985 deutet auf diese Absichten hin. Die Investitionen in der Gruppe sollen im laufenden Jahr von 30 auf 35 Mill. DM gesteigert werden.

COLONIA VERSICHERUNGEN / Sach auf Erfolgskurs - Leben in Hochform

Geschäft verlief „ganz nach Wunsch“

HARALD POSNY, Köln
„Ganz nach Wunsch“ ist nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden Dieter Wendelstadt das Jahr 1985 bei den Colonia Versicherungen verlaufen. „Nach Wunsch“ - mehr war (noch) nicht drin - verbesserte sich das technische Gesamtergebnis der Colonia Versicherung AG nach sicherheitsstärkenden Zuführungen zur Schwankungsrückstellung „nur“ um 13 Mill. DM auf reichlich 49 Mill. DM Verlust. Die Aufschlüsselung der einzelnen Geschäftskomponenten zeigt den Kompositversicherer sichtbar auf Erfolgskurs.

gen ein. Kräftig rot schreiben auch die Feuersparte (11,6 Mill. DM), Hausrat (6,1 Mill. DM), Einbruch-Diebstahl (5,4 Mill. DM) und Technische Versicherungen (4,2 Mill. DM), während Wohngebäude einen attraktiven Gewinn (7,1 Mill. DM) ausweisen. Insgesamt stellt sich die Spartenentwicklung positiv dar. Das Auslandsgeschäft mit 318 Mill. DM Beitragsvolumen hat zwar immer noch Verluste, doch sind sie von 62 auf 10 Mill. DM abgebaut worden.

Table with 3 columns: Colonia Leben, 1985, ±%
Versicherungsbestand (Mill. DM) 30 060 + 5,3
Einzel. Neugeschäft 3 441 + 10,7
Betragsgewinnahmen 918 + 4,7
Aufw./Vera. Fülle 4 265 + 11,1
Kapitalerträge 533 + 8,5
Aufw./Beitr. Rückst. 245 + 14,0
Rückst./Beitr. Rückst. 1 102 + 16,2

Table with 3 columns: Colonia Versicherung, 1985, ±%
Bruttoprämie (Mill. DM) 2 190 + 4,0
Nettoprämie 1 544 + 7,2
Aufw./Vera. Fülle 1 006 + 4,5
Vera. techn. Ergebnis 72 - 42,5 (-42,7)
Kapitalanlagen 2 432 + 8,9
Kapitalerträge 198 + 14,2

ALCAN ALUMINIUM / Walzkapazität voll ausgelastet

Strompreis bereitet Sorgen

Stü. Bonn
Die Überlebenschancen der Alcan-Aluminiumhütte in Ludwigshafen haben sich verbessert. Durch einen Vertrag mit den Pflanzwerken ist sichergestellt, daß die Strompreise für 18 Monate konstant bleiben, erklärte Reinhold Wagner, Vorsitzender der Geschäftsführung der Alcan Aluminiumwerke GmbH, Göttingen, die Hütte (etwa 200 Mill. DM Jahresumsatz) wollte Wagner aber nicht abgeben. Angesichts auslaufender Energievertragsverträge stelle sich in den nächsten Jahren nicht nur für die stromintensive Aluminiumherstellung, sondern für alle Metallhütten die Frage, ob der Standort Bundesrepublik wirtschaftlich bleibe.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Nasa-Auftrag für Hunger
Wärburg (dpa/VWD) - Die zur Hunger-Gruppe, Lohr, zählende Hunger DFE GmbH, Dichtungs- und Filterelemente, Würzburg, hat von der US-Weltraumbehörde Nasa nach eigenen Angaben einen Forschungs- und Entwicklungsauftrag zur Lösung einer sicheren Abdichtung von Feststoffraketen-Segmenten erhalten. Die Hunger-Gruppe umfaßt 13 Firmen mit den Schwerpunkten Hydraulik, Maschinenbau und Dichtungen für Hydraulik- oder Pneumatikzylinder. Bei rund 600 Beschäftigten wird 1986 ein Umsatz von rund 100 Mill. DM erwartet.

Zeiss: Stärker in der Mikroelektronik

nl. Stuttgart
Bei der Zeiss Ikon AG, Stuttgart, Hersteller von Sicherheitsschließern, Produkten des Beleuchtungssektors und verschiedener Erzeugnisse im Kunststoff- und Feingeräte-Bereich, im Druck- und in der Lederfertigung, bemüht man sich um einen Ausbau der Abhängigkeit von der Bauwirtschaft. Geplant ist ein stärkeres Engagement in der Mikroelektronik. Man ist zuversichtlich, auch im laufenden Geschäftsjahr 1985/86 (30. 9.) einen Umsatzzuwachs zu erreichen.

HARTMANN / Vor Akquisitionen im Ausland

Neue Arbeitsfelder gesucht

nl. Heidenheim
Die Hartmann-Firmengruppe Heilgenheim, größter deutscher Verbandsstoff-Anbieter, setzt weiterhin auf Wachstum. Wie Reinhard Bauer, Vorstandsvorsitzender der Paul Hartmann AG, mitteilte, stehe man im Ausland in Verhandlungen wegen größerer Investitionen bzw. Akquisitionen. Konkret werde dies im nächsten über nächsten Jahr werden. Da das klassische Geschäft zu eng geworden sei, halte man Ausschau nach weiteren Möglichkeiten im Textilbereich. Die Anhäufung von 44,3 (Vorjahr: 18,6) Mill. DM flüssigen Mitteln zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres 1985 deutet auf diese Absichten hin. Die Investitionen in der Gruppe sollen im laufenden Jahr von 30 auf 35 Mill. DM gesteigert werden.

Kartellamt: SEN will schnelle Entscheidung

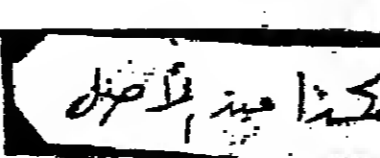
dpa/VWD, Mannheim
Die Seitz Enginger Noll Maschinenbau AG, (SEN) in Mannheim, nach eigenen Angaben weltweit größter Anbieter von Getränkemaschinen, sieht sich durch das seit drei Jahren schwelbende Kartellverfahren über den geplanten Zusammenschluß mit dem Branchenrivalen Holstein und Kappert GmbH, Dortmund, im internationalen Wettbewerb zunehmend behindert. „Wir brauchen endlich eine Entscheidung“, erklärte Aufsichtsratsvorsitzender Prof. Norbert Loos in Mannheim. Er schloß eine außergerichtliche Einigung mit der Berliner Behörde nicht aus. Die Klockner-Werke AG will durch den Zusammenschluß ihrer Tochter Holstein und Kappert mit SEN, an der Klockner 24 Prozent und eine Option auf weitere 26,1 Prozent hält, eine für den weltweiten Wettbewerb im Getränkemaschinenbau notwendige Größenordnung erreichen.

NAMEN

Falk Müller, Hauptgesellschafter der VS Vereinigte Spezialmöbelfabriken GmbH & Co., Tauberbischofsheim, vollendet am 13. Juni das 80. Lebensjahr.
Ludolf Schmitz, Geschäftsführer der Gesellschafter der Schmitz & Söhne GmbH & Co. KG, Wickede, wurde zum Vorsitzenden der Wirtschaftsjahres Nordrhein-Westfalen gewählt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ahrensburg: A. v. Malchow GmbH & Co., Trittau; v. Malchow-Verwaltung-Ges. mbH; Trittau; Gebr. Schröder GmbH, Ahrensburg; Aschaffenburg: MSP - Plastikprodukte GmbH, Würth a. Main; Augsburg: Kapp GmbH, endestra Handelsges. mbH; Berlin-Charlottenburg: Condra Papier-Hygiene GmbH & Co. Betriebs-KG; Passau: ACD-Air Conditioning Darmstadt GmbH; Döhlen: Nachl. d. Johannes Pfeiffer, Inh. d. Fa. Josef Pfeiffer, Buch- u. Konstruktions-Papierverarbeitung, Kreuzau; Eisenach: Kaiserstuhlfabrik, Emil Meyer KG, Emden; Esslingen: Nachl. d. Walter Wagner; Frankfurt: Pruscher - Import und Export; Hannover: Domäne de Brunnens in Deutschland GmbH Import von Weizen und Spirituosen; Linde OT Letter; Heidelberg: F. Lindner GmbH, Neckargerüst; Herford: Watzlaw GmbH & Co. KG, Damenoberbekleidung „No 5 Number five“; Bünde: Kaufmann: blovertrieb gesundelebe GmbH, Hopferau; Mehl: Hans-Joachim Herbst, Kaufmann; Mönchengladbach: Maschinenfabrik Ford, Clagen KG, Eckelenz; Bonn: Fern: EFB, Deutscher AG, Osterrhein; Bielefeld: Bauwerk AG, Möbel Design, Manufaktur f. Inneneinrichtung und Raumgestaltung GmbH, Vagen; Rotweil: T+S Finanzierungsvermittlungsges. u. Verwaltung-GmbH, Dillingen; Strauß: J. H. Hagenbach-Borchers, Lechen geb. Meisen, Morsbach-Stetelshagen; Horst: Laatsch, Waldbröl-Bril; Eisen- u. Stahlbau GmbH, Morsbach; Werra: Stahlbau Fischer GmbH, Ostfildern; Würzburg: Richard Schmitt, Zellulose-Retzsch; KG Ernst Grün Bauunternehmung.



Ausland Amsterdam

Table with 2 columns: Ticker symbols and prices for Amsterdam market.

Brüssel

Table with 2 columns: Ticker symbols and prices for Brussels market.

Hongkong

Table with 2 columns: Ticker symbols and prices for Hong Kong market.

Kopenhagen

Table with 2 columns: Ticker symbols and prices for Copenhagen market.

London

Table with 2 columns: Ticker symbols and prices for London market.

Luxemburg

Table with 2 columns: Ticker symbols and prices for Luxembourg market.

Madrid

Table with 2 columns: Ticker symbols and prices for Madrid market.

New York

Table with 2 columns: Ticker symbols and prices for New York market.

Osaka

Table with 2 columns: Ticker symbols and prices for Osaka market.

Paris

Table with 2 columns: Ticker symbols and prices for Paris market.

Singapur

Table with 2 columns: Ticker symbols and prices for Singapore market.

Sydney

Table with 2 columns: Ticker symbols and prices for Sydney market.

Tokio

Table with 2 columns: Ticker symbols and prices for Tokyo market.

Wien

Table with 2 columns: Ticker symbols and prices for Vienna market.

Zürich

Table with 2 columns: Ticker symbols and prices for Zurich market.

Johannesburg

Table with 2 columns: Ticker symbols and prices for Johannesburg market.

Stockholm

Table with 2 columns: Ticker symbols and prices for Stockholm market.

Toronto

Table with 2 columns: Ticker symbols and prices for Toronto market.

Osaka

Table with 2 columns: Ticker symbols and prices for Osaka market.

Wien

Table with 2 columns: Ticker symbols and prices for Vienna market.

Zürich

Table with 2 columns: Ticker symbols and prices for Zurich market.

Wien

Table with 2 columns: Ticker symbols and prices for Vienna market.

Zürich

Table with 2 columns: Ticker symbols and prices for Zurich market.

Inlandszertifikate

Table listing domestic certificates with columns for name, price, and other details.

Auslandszertifikate

Table listing foreign certificates with columns for name, price, and other details.

Optionshandel

Table listing options trading data with columns for symbol, price, and other details.

Renten-Optionshandel

Table listing bond options trading data with columns for symbol, price, and other details.

Junge Aktien

Table listing young stocks with columns for name, price, and other details.

Devisenmärkte

Table listing foreign exchange markets with columns for currency, price, and other details.

Devisen und Sorten

Table listing currencies and grades with columns for name, price, and other details.

FINANZANZEIGE

Advertisement for VARTA Aktiengesellschaft, including company information and financial data.

Advertisement for Funk-Alarm-Direktverkäufer, describing their services and contact information.

Advertisement for Wertsagerin Vichow, offering financial consulting services.

Advertisement for UBT, providing information about their services and contact details.

Advertisement for Wahrsagerin Vichow, offering fortune-telling services.

Advertisement for UBT, providing information about their services and contact details.

Advertisement for Wahrsagerin Vichow, offering fortune-telling services.

Advertisement for UBT, providing information about their services and contact details.

Advertisement for Wahrsagerin Vichow, offering fortune-telling services.

Advertisement for UBT, providing information about their services and contact details.

Marketing und Training

Advertisement for Marketing und Training, offering consulting services for businesses.

Mahl-, Aufbereitungs- und Mischkapazitäten

Advertisement for Mahl-, Aufbereitungs- und Mischkapazitäten, offering industrial services.

Berliner Kunststoffpflanzerei

Advertisement for Berliner Kunststoffpflanzerei, offering artificial plants.

Betriebsanalyse Bankgespräche

Advertisement for Betriebsanalyse Bankgespräche, offering financial analysis services.

Maschinen-Konstruktion

Advertisement for Maschinen-Konstruktion, offering mechanical engineering services.

Dipl.-Ing. Sachverständiger

Advertisement for Dipl.-Ing. Sachverständiger, offering expert services.

VERKAUFSPARTNER

Advertisement for VERKAUFSPARTNER, offering sales partnership opportunities.

Unternehmen des Inkassowesens

Advertisement for Unternehmen des Inkassowesens, offering debt collection services.

Kein Kapitaleinsatz erforderlich

Advertisement for Kein Kapitaleinsatz erforderlich, offering investment opportunities.

Die Welt

Advertisement for Die Welt newspaper, providing subscription information.

Vom Los der Donauschwaben in Jugoslawiens KZs

Auf blutigen Spuren

Von den Ereignissen und Folgen des Zweiten Weltkrieges mit am härtesten betroffen waren die Deutschen in Jugoslawien. Mindestens 100 000 von der 500 000 großen Volksgruppe von Slowenien bis zum Banat haben Krieg, Vertreibung, Erschießungskommandos und Hungerlager der Partisanen nicht überlebt. Ein besonders grausames Schicksal erlitten die Donauschwaben, also jene Deutschen hauptsächlich aus dem Südwesten des Reiches, die nach der Verdrängung der Türken aus der pannonischen Tiefebene vor allem im 18. Jahrhundert angesiedelt wurden und eine Ödlandschaft in blühendes Kulturland verwandelten.

Die 200 000 Donauschwaben in Jugoslawien (die anderen Teile der Volksgruppe lebten in Rumänien

mit dem Buch den mindestens 70 000 in Titos Konzentrationslagern umgekommene, von der „großen Welt“ vergessenen Donauschwaben ein Monument errichten, damit es den roten Machthabern nicht gelingt, alle blutigen Spuren ihrer Greuelthaten vollkommen zu vernichten.“

Pater Gruber schreibt das „Monument“ in der einfachen, knorrigen Sprache der donauschwäbischen Landbevölkerung, die in dem Tagebuch ihr eigenes Schicksal wiedererkennen soll. Es ist ein Los, das dem Leser unter die Haut geht: So zum Beispiel die Passage über eine Mutter, die Kartoffeln für ein ihrer Kinder ins Lager einzuschmuggeln will, weil es die tägliche Maischrot-Mahlzeit nicht mehr vertrug.

Ein Partisan bemerkt das und schießt auf sie. Die älteste Tochter muß die sterbende Mutter zum Friedhof fahren, wo sie durch einen zweiten Schuß getötet wird. Oder die Szene, in der über ein Arbeitslager in Patschowa berichtet wird, in dem hübsche Donauschwäbinnen den siegreichen Soldaten gefügig sein mußten. Hunderte mit Syphilis angesteckte Frauen wurden erschossen. Von seiner Heimatstadt erzählt der Autor über die Selektion der im Ort verbliebenen Männer in zwei Gruppen. Die 212 der einen Seite mußten ihre eigenen Gräber schaufeln, bevor sie getötet wurden.

Unermüdlich setzt sich der Jesuitenpater in den Nachkriegsjahren für seine verfolgten Landsleute ein: Mal überredet er einen Lagerposten, flüchtende Menschen aus einem KZ zu übersehen, mal gelingt ihm eine Erstkommunionfeier für mehrere bundert Kinder, bevor diese zumeist elternlosen Jungen und Mädchen wie 20 000 andere junge Donauschwaben auch in die staatlichen Kinderheime überführt und dort ihrem Volkstum entfremdet wurden.

Das ignatianische „agere contra“ gab Pater Gruber die Kraft, selbst die schwere achtjährige Gefangenschaft zu überleben, bevor er auf Intervention von Bundeskanzler Adenauer 1950 entlassen wurde. Das bittere Los der Donauschwaben lohnt sich nachzulesen. Vor allem für die Deutschen, die im gesamtdeutschen Schicksal nach 1945 unvergleichlich besser wegkamen als ihre Landsleute im Südosten Europas. HANS KRUMP

Wendelin Gruber SJ, 1914 in der Batschka geboren, hat die Passion des tiefgläubigen, im Grunde völlig unpolitischen Bauernvolkes mitliebt. In seinem Tagebuch „In den Fängen des roten Drachen“ beschreibt er, wie er sich jahrelang in die KZs der Woiwodina wie Gakowa, Rudolfsgrad oder Molodorf eingeschlichen hat, um den gepeinigten Landsleuten zu helfen. Der Jesuit will



Ein Lebensgefühl, von Nostalgie und Sehnsucht geprägt: „Das Goldene Zeitalter“ von János Vaszary, aus der Budapesterausstellung

„Seele und Form“: Jugendstil-Ausstellung in der Budapester Nationalgalerie

Nach Gödöllö des Ausdrucks wegen

Lesik és forma, der nostalgische Schriftzug des Plakates und der Bucheinband, der dafür Modell gestanden hat, deuten darauf hin, daß die Ausstellung, die derzeit in der Budapester Nationalgalerie zu sehen ist, dem Jugendstil gewidmet ist. „Seele und Form“ lautet ihr Titel in der Übersetzung. Gleich in der Eingangshalle wird das Phänomen der ungarischen Kunst um die Jahrhundertwende deutlich. Es liegt in ihrem stark ethnisch geprägten Charakter. Die Modelle der sieben Stammesfürsten, die auf dem heutigen Heldenplatz das Millenniumdenkmal mit der vom Erzengel Gabriel mit der Stephanskrone übertrauen Säule umgeben, drücken den Stolz auf die historischen Leistungen des Magyarreiches aus. 1896 feierte man dessen tausendjähriges Bestehen in einer Zeit wirtschaftlicher Prosperität, mit der ein Aufschwung der Künste einherging.

hundertwende etwas summarisch gebündelt, die große Allegorie der Hungaria von Lajos Deak Ebner, noch ganz in der Manier des akademischen Historismus, neben einer Büste Kaiser Franz Josephs, die auf die Verbindung zu Wien in der Doppelmonarchie hinweist. Daneben hängt eines der wichtigsten Werke des ungarischen Jugendstils, „Das goldene Zeitalter“, das János Vaszary 1898 malte, eine Symbiose der Überwindung herkömmlicher Malstile und des Ausdrucks eines neuen, von Nostalgie und Sehnsüchten geprägten Lebensgefühls. Besonders eindrucksvoll ist die der Architektur gewidmete Abteilung, denn in der Baukunst tritt der Jugendstil in Ungarn am stärksten und einheitlichsten zutage. Das zeigen besonders die vielen Modelle und Zeichnungen gebauter und nicht realisierter Häuser: der Wasserturm von Kecskeket, das Hauptgebäude in Budapest von Ödön Lechner, die Pläne für das Nationaltheater in Mexiko City von Géza Maróti, die zahlreichen Entwürfe für ein Denkmal zu Ehren der Kaiserin Elisabeth. In Budapest und vor allem in Kecskeket sind gan-

ze Straßenzüge in reinem Jugendstil erhalten. Breiter Raum ist der Malerei der Jahrhundertwende eingeräumt, die ein äußerst vielfältiges und einheitliches Bild bietet. Da sind zunächst die vielen Darstellungen historischer Themen, teils romantisierend, teils im Stil des Akademismus. Der Jugendstil in der bildenden Kunst war in Ungarn eine eher sporadische Erscheinung. Er wurde von den magyarischen Künstlern auf Reisen nach München und später Paris adaptiert, ohne ihm eine eigene charakteristische Prägung zu geben. 1902 wurde die Künstlerkolonie von Gödöllö gegründet, deren Mitglieder nach neuen Impulsen für ihre Ausdrucksformen suchten. Sándor Nagy, einer ihrer Hauptvertreter, gelangt in „Ave Myrtilis“, einer etwas pathetisch-mystischen Allegorie, doch eine künstlerische Vergeistigung. Béla Iványi Grünwalds Gemälde „Im Tal“ ist von einer Jugendstil-Atmosphäre und romantisch-nostalgischem Gefühl getragen. (Bis Anfang September. Katalog, mit englischer Zusammenfassung, 200 Forint) DOROTHEE von FLEMMING

Die Max-Planck-Gesellschaft feiert Geburtstag

Erfahrene Enthusiasten

Neue Ideen für wissenschaftliche Pionierarbeit seien bei uns keineswegs Mangelware, meinte Heinz Staab, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, doch stehe zu befürchten, daß die Finanzminister von Bund und Ländern das Ansehen der renommierten Forschungsgemeinschaft regelrecht kaputtsparten. Angesichts der seit vierzehn Jahren anhaltenden Stagnation im Haushalt der Wissenschaftsorganisation wollte denn auch bei ihrer Jahresversammlung in Aachen keine rechte Geburtstagsgesinnung aufkommen. Dabei galt es, sowohl den 75. Gründungstag der Vorläuferin, der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, als auch den 40. Geburtstag der Max-Planck-Gesellschaft selbst zu feiern. Mehr als tausend Mitglieder und Gäste hatten sich versammelt, vor denen Staab seine überwiegend pessimistische Perspektive ausbreitete. Geradezu flehentlich appellierte er an den staatlichen Geldgeber, die „Leistungsfähigkeit der Instanz“ zu sichern. Eine „einmalige Aufstockung unseres Grundniveaus“ in Höhe von 17 bis 20 Millionen Mark müsse für den Etat 1987 bewilligt werden, um das „Defizit auszugleichen, das wir über die Jahre hinter uns herschleppen“.

haben die Finanzminister auch die Einstellung von fünf zusätzlichen Stellen - bei einem Gesamtbestand von rund 1800 Wissenschaftlern - für junge Nachwuchskräfte bewilligt, für die in den kommenden Jahren im Gegenzug zu la Fiebigler-Plan die Stellen ausgeschrieben, älterer Kollegen wegfallen werden. Doch finanzielle Mittel sind hierfür genauso wenig zugestanden worden wie für das im vergangenen Jahr neugegründete Sozialwissenschaftliche Institut in Köln, das nun haushaltmäßig völlig unabhängig ist.

Seit dem Ende des explosionsartigen Ausbaus im Dezennium bis 1972 erhält die Max-Planck-Gesellschaft heute von ihren Geldgebern, dem Bund und den Ländern, die sich die Kosten teilen, jährlich Etatsteigerungen zugestanden, die unterhalb des Bedarfs liegen, was im Wissenschaftsbetrieb durch Inflation aufgezehrt wird. Staab: „Wir können heute für investive Ausgaben nur noch 60 Prozent von dem verwenden, was wir Anfang der siebziger Jahre hatten.“ Um die Relation des Betrages zu verdeutlichen, um den die Max-Planck-Gesellschaft als einmalige Zusatzleistung mit den Finanzministern ringt (bei unverholener Unterstützung durch die Wissenschaftsminister, verwies Staab darauf, daß es sich hierbei um eine Summe handle, die dem „Bruchteil eines Prozents des Haushalts des Bundesforschungsministeriums“ entspricht. Zur Zeit wird das erreichte Niveau unter anderem durch private Spenden sowie Sonderzuweisungen von Baden-Württemberg und Niedersachsen für dort jeweils im Ausbau befindliche Institute mehr schlecht als recht erhalten. In großzügiger Manier

Zwar werden in der Bundesrepublik Deutschland jährlich 50 Milliarden Mark für Forschungszwecke ausgeben, doch die Aufstockung des mit einer Milliarde Mark ohnehin in Relation zu seiner Leistungsfähigkeit kleinen Etats der Max-Planck-Gesellschaft um bis zu 20 Millionen Mark ist noch nicht gesichert. Bedroht von der Sparsamkeit sind zwei Felder: 1. Der Ausbau von Forschungsschwerpunkten wie dem Freiburger Institut für Immun-Biologie um Medizin-Nobelpreisträger Georges Köhler herum und der Stuttgarter Festkörper-Forschung um dessen Nobelpreis-Kollegen Klaus von Klitzing. Auch die zweite Ausbaustufe der für weltwirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit wichtigen Polymerforschung in Mainz gerät ins Stocken. 2. Der hochbegabte wissenschaftliche Nachwuchs hat für die kommenden zehn Jahre praktisch keine Chance, in der Grundlagenforschung beschäftigt zu werden. Auf diese Weise steigt gleichzeitig der Altersdurchschnitt der Stelleninhaber immer weiter an. Die „Verweildauer“ in der Max-Planck-Gesellschaft ist inzwischen von sechs Jahren auf durchschnittlich zehn Jahre, das Durchschnittsalter der dortigen Wissenschaftler auf 45 Jahre angestiegen. Aber, so mahnt Staab, „die Wissenschaft lebt vom Kontakt zwischen jungen Enthusiasten und älteren Erfahrenen.“ Manfred Eigen, Direktor am Max-Planck-Institut für biophysikalische Chemie in Göttingen, gelang es anschließend immerhin, die Aachener Versammlung ein wenig von den hartnäckigen Tagesproblemen wegzuführen. In brillanter, teilweise anekdotischer Form setzte er sich in seinem Vortrag mit der Frage auseinander: „Was heißt und zu welchem Ende betreibt man Grundlagenforschung.“ PETER PHILIPPS



und Ungarn), die seit Oktober 1944 unter der Besatzungsherrschaft der Sowjets und später der Partisanen zurückgeblieben waren, wurden Opfer eines kombinierten Systems von Massenerschießungen, Ausschreitungen, Deportationen und Einweisung in die Konzentrationslager. Während in Nürnberg Sieger über Besiegte zu Gericht saßen und von der Moral einer neuen Welt sprachen, dümmerten in Titos Arbeits- und Endlagern Alte, Frauen und Kinder dem Tod entgegen. Nichts deutet heute mehr hin auf die KZs in der Woiwodina, alle Hinweise auf die Toten wurden von den Liquidatoren sorgfältig getilgt, in deutschen (Schul-)Geschichtsbüchern ist es merkwürdig still um dieses Geschehen auf dem Balkan. Pater Wendelin Gruber SJ, 1914 in der Batschka geboren, hat die Passion des tiefgläubigen, im Grunde völlig unpolitischen Bauernvolkes mitliebt. In seinem Tagebuch „In den Fängen des roten Drachen“ beschreibt er, wie er sich jahrelang in die KZs der Woiwodina wie Gakowa, Rudolfsgrad oder Molodorf eingeschlichen hat, um den gepeinigten Landsleuten zu helfen. Der Jesuit will

Vierteiler über eine kurze US-Präsidentschaft - bis zu den Schüssen in Dallas

Den frischen Fahrtwind genießen

Als am 28. Januar der „Challenger“-Schock die Nation lähmte, riß die Trauer bei vielen Amerikanern alte Wunden auf. „Das letzte Mal, daß ich einen solchen Schock spürte“, sagten sie, „war bei der Ermordung von John F. Kennedy.“ Der Vergleich war enthiellend. Er verriet, daß dieser Mann, seit 23 Jahren tot, zuerst und vor allem zum Maßstab nationaler Katastrophen geworden ist. Die Tragik und die Hinterhältigkeit seines Todes überdecken immer noch die Erinnerungen an sein Leben, an sein politisches Werk. Die Kennedy-Ära hatte kaum Chancen, zu einem historischen und politischen Kategorie-Begriff zu werden. Sie war zu kurz, zu turbulent, gedanklich zu zerissen.

Haften blieben Episoden wie die Kubakrise, das fatale Abenteuer in der Schweinebucht, die Wiener Begegnung mit Chruschtschow, die Berlin-Rede. Kennedy war politisch weniger effektiv als beispielsweise Harry Truman, dennoch ist er für alle Amerikaner der meistverehrte Präsident seit dem Krieg. Und wenn die Jugend nach ihren Helden befragt wird - John F. Kennedy, der erste in diesem Jahrhundert geborene Präsident dieses Jahrhunderts, ist neben Martin Luther King und Abraham Lincoln stets dabei - sie alle starben eines gewaltsamen Todes. Die Verehrung hat alle Parteigrenzen überschritten. Es fällt auf, daß Ronald Reagan häufiger als zuvor seine Reden mit Zitaten des Demokraten Kennedy schmückt.

Er hat sich mit wachsender Intensität mit dem Denken Kennedys beschäftigt und beschrieb die Philosophie dieses Mannes kürzlich in einer Rede mit diesen Sätzen: „Kennedy hatte schon früh erkannt, daß das Leben ein sehr schnell fahrender Zug ist, auf den man aufspringen, den Hut festhalten und den frischen Fahrtwind genießen muß, der ins Gesicht bläst. Man muß Vergnügen und Spaß an dieser Reise haben. Es wäre undankbar, es nicht zu tun. Ich glaube, so hat dieses Land John F. Kennedy in Erinnerung.“ Das Erbe, das er seiner Familie hinterließ, war problematischer. Die Ereignisse in der Dynastie der Kennedys seit dem Tode sind ein Drama verzweifelter Epigonen, die mit dem Anspruch des John F. Kennedy nicht fertig wurden. Dies ist eine tragische Familie der Geschichteten geworden.

Edward Kennedy, der jüngste der Kennedy-Brüder, beschrieb diese Belastung nach seinem Chappaquiddick-Unfall, als er sein Schicksal mit dem seiner Brüder John und Robert verglich: „Beide werden im Laufe der Zeit nur noch jünger und ihre Taten heldenhafter. Die Kennedy-Überlebenden, sind zur Normalität verurteilt.“ Sollte es zutreffen, so haben viele Nachfahren dieses Clans dieses Urteil nicht akzeptiert. 29 Mitglieder hat die dritte Kennedy-Generation. Sie sind heute zwischen 13 und 35 Jahre alt. Kaum einer von ihnen hatte eine leichte oder problemlose Jugend. 17 dieser jungen Leute wuchsen für den größten Teil ihrer Jugend ohne die helfenden Hände ihrer Väter auf. 13 von ihnen verloren ihre Väter durch politischen Mord, vier durch Schindung. Sie sind eine Dynastie der zerbrochenen Ehen und der entgleisten Illusionen geworden. Viele flüchteten in den Alkohol, einige suchten Zuflucht zum Rauschgift. David Kennedy, der sich damit tötete, hinterließ diesen Satz: „Amerika braucht eine Pause von den Kennedys, und die Kennedys von Amerika.“

Seinen Vater Robert und seinen Onkel John hätte dieser Satz ungünstig gemacht. Er verstoß gegen einen Lehrsatz, den der Patriarch der Familie, Joseph Kennedy, seinen Kindern einhämmerte: „Die Kennedys sind zu großen Dingen ausersehen.“ Baur schreibt seine Drehbücher selbst, ist Kameramann und Regisseur. Mit seinem Vater zog er als Junge in die Berge, als Halbwüchsiger machte er gewagte Klettertouren in den Dolomiten. 1970 gehörte Baur der Herrliker-Expedition zum Nanga Parbat an. Er erreichte mit Reinhold Messner und dessen Bruder Günther das Lager vor dem Gipfel, sah aber letzteren lebend nicht wieder. Günther kam beim Abstieg ums Leben. 1975 war Baur beim Sturm einer Expedition auf den 8598 Meter hohen Kangchendzönga dabei. Sein Filmdokument über den Gipfelfeldzug wurde 1976 preisgekrönt. 1982 wagte sich Baur an die berühmte Eiger-Nordwand. In der fast 2000 Meter hohen Wand entstand eine atemberaubende Dokumentation über den Versuch der Erstbesteigung 1938, der mit dem Tod der Bergsteiger endete. Bours beruflicher Weg war schwierig: Maschinenschlosserlehre, zweiter Bildungsweg, Abitur, Berufsschullehrer-Studium. In den Semesterferien bekam ich als Träger von Bergfilmemern erstmals Kontakt zum heutigen Metier“, erzählt der mit einer Bergsteigerin verheiratete Vater von drei Kindern. „Der Päckel nutzte die gebotene Chance.“ WALTER H. RUEBE



Kennedy (Martin Sheen) und seine Helferinnen sind im Wahlkampf 1960 zusehends. FOTO: DEFO

Der Bottroper Nachbar mit Klarinette

Theodor Jörgensmann, Jazzmusiker - so steht es im Bottroper Telefonbuch. Für die Nachbarn ist er „der Mann mit der Klarinette“, unter Fachleuten gilt er als einer der besten Jazz-Klarinetten der Welt. Wie lebt und arbeitet ein Jazzmusiker? Christoph Hübner, Dokumentarfilmer aus Witten (seit April als erster deutscher „Stadtfilmer“ in Unna tätig), hat Theo Jörgensmann im Rahmen seines Zyklus „Menschen im Ruhrgebiet“ mit der Kamera begleitet.

Er ist gelernter Chemielaborant, seit 1980 lebt er ausschließlich von der Musik.

Hier arbeitet der Musiker, übt jeden Tag wie besessen, spielt von Klassik über Tansmusik bis Free Jazz alles. „Üben ist unheimlich wichtig“, meint er, „handwerklich gut zu sein, genügt heute nicht mehr. Man muß originell, ja man muß ein Original sein!“, sagt Jörgensmann, dem Heinrich Böll Vorbild ist. „Als Musiker eine moralische Instanz wie Böll zu sein, ist mein Ziel!“ Deshalb entzieht er sich dem Geschäfte-Denken vieler Kollegen, um seine musikalischen

Ziele zu verfolgen. Doch Hübners Film zeigt den Bottroper nicht nur im Gespräch, sondern auch an seinem Arbeitsplatz, der Bühne; zeigt auch ruhige Bilder vom Revier, von Zechenschloten und dem nächtlichen Lichtermeer der Industrie-Anlagen.

So einfühlsam zeichnete er einen Solo-Auftritt auf, daß diese Sequenz auf der Oberhausener Kurzfilmtagen, wo der Film außerhalb des offiziellen Programms lief, mit spontanem Applaus bedacht wurde. Hübner dokumentiert die Verbindung zwischen dem Klarinettenisten und dem Ruhrgebiet; zeigt auf, wie sehr Landschaft und Musik einander bedingen, wie ein Musiker schöpferisch mit den Einflüssen seiner Region umgeht. S.T./DW

Gerhard Baur: Erfolgreichster Bergfilmer

Die Achttausender des Himalaya und die Nordwände der Alpen sind Gerhard Baur Arbeitsstätten. Der Allgäuer (38) ist einer der besten, mit Sicherheit der erfolgreichste Bergfilmer der Welt. Vor ein paar Jahren gewann er beim Bergfilm-Festival von Trient einen Goldenen Enzian, 1985 und 1986 einen Silbernen. Leider sind Bours Filme nur einer Minderheit bekannt. Er produziert sie im Auftrag des BR, gezeigt werden sie meist nur im bayerischen Regionalprogramm. Ein BR-Sprecher: „Viele wurden den üblichen ARD-Sendern angeboten, doch nur selten ins Programm genommen. Die Begründung lautete stets, das Publikum habe dafür zu wenig Interesse.“ Beim Alpenverein ist man darüber unzufrieden. „Bergfreunde gibt es überall“, sagte ein DAV-Sprecher. „Mindestens die Hälfte unserer 400 000 Mitglieder gehört nicht-bayerischen Ortsvereinen an.“ Baur gewann seinen diesjährigen Enzian mit einem Film über die Erststürmung der Nordwand der Grand Jorasses in den Westalpen. „Wir filmten mit einem kleinen Team“, erinnert er sich, „im Sommer, zwei Monate lang. Unter dem Eis floß Wasser, dieses riß Steine mit. Deshalb filmten wir die Szenen im Schnee mitten im Winter nach. Da waren die Steine festgefroren - bei minus 20 Grad.“ Baur schreibt seine Drehbücher selbst, ist Kameramann und Regisseur. Mit seinem Vater zog er als Junge in die Berge, als Halbwüchsiger machte er gewagte Klettertouren in den Dolomiten. 1970 gehörte Baur der Herrliker-Expedition zum Nanga Parbat an. Er erreichte mit Reinhold Messner und dessen Bruder Günther das Lager vor dem Gipfel, sah aber letzteren lebend nicht wieder. Günther kam beim Abstieg ums Leben. 1975 war Baur beim Sturm einer Expedition auf den 8598 Meter hohen Kangchendzönga dabei. Sein Filmdokument über den Gipfelfeldzug wurde 1976 preisgekrönt. 1982 wagte sich Baur an die berühmte Eiger-Nordwand. In der fast 2000 Meter hohen Wand entstand eine atemberaubende Dokumentation über den Versuch der Erstbesteigung 1938, der mit dem Tod der Bergsteiger endete. Bours beruflicher Weg war schwierig: Maschinenschlosserlehre, zweiter Bildungsweg, Abitur, Berufsschullehrer-Studium. In den Semesterferien bekam ich als Träger von Bergfilmemern erstmals Kontakt zum heutigen Metier“, erzählt der mit einer Bergsteigerin verheiratete Vater von drei Kindern. „Der Päckel nutzte die gebotene Chance.“ WALTER H. RUEBE

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM. A detailed television schedule listing programs for ARD and ZDF channels, including titles like 'ZDF-Info', 'ARD-Fußball', 'ZDF-Fußball', and 'ARD-Reportage'. It also includes logos for SAT 1 and 3SAT, and a list of programs for the evening hours.

Ein Obelisk im Buchfalz

F. Jé - Das Anathema der Designer, "form follows function", hat nun auch den Buchmarkt erreicht.

der Fünf auch bei Kapiteleilung und beim Satzspiegel huldigte.

So spinnert gibt sich der Insel-Verlag nicht. Er bleibt bei dem traditionellen Rechteck.

Aber auf den Innenseiten ist davon nichts mehr zu sehen.

Also doch nicht, "form follows function", sondern nur "form follows gag".

Parfümierte Klänge als Vorahnung der Postmoderne: Zur Renaissance der Opern Jules Massenets

Der Teufel parkt unter Zimmerpalmen

Seltsam: Die Besucher des Münchner Nationaltheaters und der Deutschen Oper am Rhein in Düsseldorf sehen eine Oper mit Namen "Mannon".

Wer in Köln (oder in Hagen, das der Domstadt noch schnell den deutschen Erstaufführungsrühm weg-schnappen wollte) derzeit eine "Cendrillon" auf dem Spielplan sieht, der braucht nicht Prokofjoffs "Cinderella".

Recht besessen, rührt sich das Interesse an Massenets schon seit einigen Jahren, als sein vertonter Goethe- "Werther" über die Bühnen zog.



Ein Kindermärchen wird zum gläsernen Kunstmärchen: Szene aus der Kölner Aufführung von Massenets "Cendrillon".

Massenets Opern bekommen auf diese Weise einen spürbaren Zug zur intellektuellen Kühle, die nur auf den ersten Blick ein Widerspruch sein muß zu den schwülstigen oder lyrisch-süßen Stoffen.

Man kommt darauf: Dieser Jules Massenets, der von 1842 bis 1912 lebte, hat wohl weniger mit entflammtem Herzen als mit wachem Geist komponiert.

hat wohl weniger mit entflammtem Herzen als mit wachem Geist komponiert. Wenn er in seiner Autobiographie "Mes souvenirs" (dt. "Mein Leben", 1982) klagt, dann war es nicht über das Ausbleiben von Einflüssen, sondern über Arbeit, viel zu viel Arbeit.

Man kommt darauf: Dieser Jules Massenets, der von 1842 bis 1912 lebte, hat wohl weniger mit entflammtem Herzen als mit wachem Geist komponiert.

gewesen ist, aber auch um die Jahrhundertwende schon längst nicht mehr war. Er schätzte sich nicht seines Eklektizismus.

Vielleicht ist es eben das, was sie heute im Zeitalter der Postmoderne so attraktiv macht: Massenets Arbeiten mit Versatzstücken, mit klingenden Images, vor allem eben seine Doppelbödigkeit.

Für die szenische Realisierung auf der Bühne ergeben sich daraus Konsequenzen. Wer wie Otto Schenk in Düsseldorf die "Mannon" mit einem langweiligen opernhaften Alltagsgrotesko auf die Bühne bringt, der hat von den Brüchen des Stücks offenbar nichts gespürt.

Geradezu ein Musterbeispiel für die kühle Poesie, mit der man Massenets in Szene setzen sollte, ist hingegen die "Cendrillon" des belgischen Regisseurs Gilbert Deflo.

Massenet's Opern bekommen auf diese Weise einen spürbaren Zug zur intellektuellen Kühle, die nur auf den ersten Blick ein Widerspruch sein muß zu den schwülstigen oder lyrisch-süßen Stoffen.

Zeitschriftenkritik: Der Londoner "Encounter"

X arbeitet nicht mit Y

Der ehemalige Bundespräsident Walter Scheel trug sich einmal mit dem lobenswerten Gedanken, eine Zeitschrift ins Leben zu rufen, die dem Ausland ein repräsentatives Bild von deutschen Kulturleuten vermittelt sollte.

Nach dem pflichtmäßigen Durchackern der deutschen Zeitschriftenproduktion fühlt man sich, wenn man die Monatszeitschrift "Encounter" (44 Great Windmill Street, London W1V 7PA) mit dem Untertitel "Zeitschichte - Literatur - Kunst" in die Hand nimmt, wie im Urlaub.

Beim Start waren die Deutschen noch gleichauf. "Encounter" wurde 1953 von Irving Kristol und Stephen Spender als Mitglied in der Kette der vom "Konkret" für kulturelle Freiheit gegründeten Zeitschriften ins Leben gerufen.

Beim Start waren die Deutschen noch gleichauf. "Encounter" wurde 1953 von Irving Kristol und Stephen Spender als Mitglied in der Kette der vom "Konkret" für kulturelle Freiheit gegründeten Zeitschriften ins Leben gerufen.

Hans Bethé erhielt den Orden „Pour le mérite“

Die Grenzen überwinden

Als höchste Ehre, die man je erreichen konnte, erschien dem 80jährigen amerikanischen Physiker und Nobelpreisträger Hans Bethé in seiner Jugend in Deutschland der Orden Pour le mérite für Wissenschaft und Künste.

Als Beispiel der Entwicklung nannte er Neuguinea. Unter den nur zwei Millionen Einwohnern würden 800 Sprachen gesprochen. Das sei einmal Folge kultureller Isolierung der einzelnen Volksgruppen.

Der Zerfall des Ordens, Helmut Coing, eröffnete den Festakt. Nur einmal im Jahr kommen die Träger dieser exklusiven Auszeichnung zusammen. Die 1847 vom preussischen König Friedrich Wilhelm IV. gestiftet wurde und nur an 30 Persönlichkeiten gleichzeitig verliehen wird.

Osterreichs Eulenspiegel: H. C. Artmann wird 65

Med schwoazzer dintn

Es ist ein großer Anstifter, ein spätes Originalgenie, einer aus der Unzahl österreichischer Einzelner, die so häufig vorkommen, daß sie einen Verein oder eine Gewerkschaft österreichischer Einzelner schaffen könnten.

Wenn ich mich nach dem Markanten in seiner Biographie frage, gibt es zwei sehr große Bedeutsamkeiten: Er ist in wundersamer Manier polyglott. In seinem Hirn hingegen einander naheliegende und fernliegende Sprachen, er hat nicht nur Mollière er setzt, man (wer?) kann mit ihm gälisch reden; er hat das Wissen eines vergleichenden Sprachforschers ohne die Schattenseiten des Wissenschaftlers.

Damit hängt auch seine andere große Bedeutsamkeit zusammen. In einer längst verschollenen, ganz dünnen Publikation namens "alpha" erschienen vor langer Zeit Gedichte in wienerischer Mundart und in einer höchst verfremdeten Orthographie.

Ein spätes Originalgenie: Der Schriftsteller H. C. Artmann. Ein Foto von H. C. Artmann.

Frankfurts TaT spielt G. E. Schneiders „Dear Jodie“

Rebellion - gegen wen?

Das war also die erste Uraufführung im Frankfurter Vital-TAT: "Dear Jodie". Jodie Foster ist die Schauspielerin, die in "Taxi Driver" eine zwölfjährige Prostituierte darstellt und von dem sofort verliehten John Hinckley nicht nur in allen möglichen Kinos immer wieder angestarrt, sondern auch mit Telefonaten und Briefen bombardiert wurde.

In dieser Anstalt beginnt das Ein-Personen-Stück, eine Collage, deren Gruppe", zu welcher außer Rühm der Brief Hinckleys an Jodie ist, in dem er den Mord ankündigt; den Brief ließ er offen im Hotelzimmer liegen. Alles andere hat sich der Autor Gerald Eric Schneider nach Wahrscheinlichkeit ausgedacht.

Gottfried Breitfuss von der Berliner Freien Volksbühne, der der Hinckley spielt, sticht hoch oben auf der Zuschauerempore, das Publikum unten auf der Bühne, und im Parkett steht, noch im Dunkel, ein Auto. Hinckley plappert redselig und nervös daher, er will hier raus, aber es ist ihm recht, daß er hier nicht rauskommt, er ist jetzt ein ganz anderer, aber wartet nur, wenn ich herauskomme, er denkt gar nicht mehr an Jodie und ist jetzt mit einer Leidenschaft befreundet, aber...

JOURNAL

Napoleon-Museum in Fontainebleau eingeweiht

AFP, Paris Ein neues Napoleon-Museum im Schloß von Fontainebleau ist ab heute für Besichtigungen geöffnet. In Fontainebleau, wo Napoleon I. am 6. April 1814 abdankte, nehmen die 15 Säle des Museums das Erdgeschloß und das erste Stockwerk des unter Ludwig XV. gebauten Flügels des Schlosses ein.

Das 9. Freiburger Theaterfestival

Reg. Freiburg Ein Streifzug durch die nationale und internationale Szene freier Theatergruppen verspricht das 9. Internationale Freiburger Theaterfestival für die Zeit vom 28. Juni bis zum 6. Juli. Eingeladen sind diesmal Ensembles und Künstler aus Argentinien, Ghana, Japan, Belgien, Polen, Frankreich, Österreich, Großbritannien, der Schweiz, den Niederlanden, den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland.

Heyme inszeniert Oper und Schauspiel

Reg. Essen Auch für die nächste Spielzeit hat sich Essens Schauspielensemble viel vorgenommen. So ist als Übernahme aus Stuttgart "Die Brut von Messina" zu sehen. Darüber hinaus inszeniert Hansgünther Heyme jeweils in Bühnenbildern von Wolf Mümmer "Cromwell" von Christoph Hein, Brechts "Dreigroschenoper" und als Koproduktion mit dem Ruhrfestspielhaus Recklinghausen "Faust I" von Goethe.

Die Deutschen und die Revolution

DW, Nürnberg Zum 200. Jahrestag der Französischen Revolution plant das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg für 1989 eine große kulturhistorische Ausstellung. Titel: "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit - 200 Jahre Französische Revolution in Deutschland".

CSSR-Samisdatbuch über Alexander Dubček

Prag Eine Analyse der Tätigkeit Alexander Dubceks, des tschechoslowakischen KP-Parteiinhabers in der Zeit des Prager Frühlings 1968, erschien jetzt in einer CSSR-Samisdatbuchsreihe. Autor des 212 Seiten starken Buches ist Václav Kadlec, im Frühjahr 1968 Minister für Schulwesen, der als einer der ersten Prager Politiker nach dem Einmarsch der Truppen der Warschauer Staaten im August 1968 sein Amt verlor.

„Deutscher Tanzrat“ konstituiert

dpa, Bonn Ein "Deutscher Tanzrat" hat sich als Förderverein aller Organisationen und Institutionen im Bereich des professionellen Tanzes in Bonn konstituiert. Erste Präsidentin wurde die Tänzerin und Ballettpädagogin Iskra Zankova von der Universität Bonn.

E. O. Fuhrmann †

dpa, Berlin Der Schauspieler E. O. Fuhrmann ist im Alter von 61 Jahren in Berlin gestorben. Der Künstler war in den 50er Jahren Mitglied von Brechts "Berliner Ensemble" im Ostteil der Stadt.

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN

KULTURNOTIZEN

Jean Renoir ist eine Ausstellung des Frankfurter Filmmuseums gewidmet, die anhand von Fotos und Plakaten Leben und Werk des großen Regisseurs darstellt (bis 29. Juni). Ein Institut für Informatik, Automation und Künstliche Intelligenz plant die Universität/Gesamthochschule Duisburg zum Sommersemester 1987. "Frauen vor Flinlandschaft", das letzte Werk des 1985 verstorbenen Schriftstellers Heinrich Böll, wollen der WDR und der Bayerische Rundfunk am 17. Juni als Hörspiel senden. Ihre ersten Ballett-Tage am Theater Krefeld-Mönchengladbach eröffnet Ballettchefin Irene Schneider am 21. Juni mit einem öffentlichen Training. Mehr als 2000 Bände umfaßt die Sammlung von Goethe-Werken und Büchern über den Dichter, die ein Elmshorner Arzt in seinem Nachlaß der Herzog-August-Bibliothek in Wolfenbüttel vermachte hat. An die Talmud-Tora-Schule, die vor 200 Jahren in Wolfenbüttel eröffnet wurde, erinnert eine Ausstellung in der Wolfenbütteler Abteilung des Braunschweiger Landesmuseums. Dem brasilianischen Film ist die 17. Internationale Kino-Woche von Verona (30. bis 26. Juni) gewidmet. O. W. Fischer und Michael Heitman haben die Wiener Ehrenmedaille in Gold erhalten.

Die Bundesbahn setzt auf den Zug zur Kunst

dg. Frankfurt

Ein wenig exotisch wirkte es schon, als Bundesbahnpräsident Wolfgang Bannas und Vorstand Rainer Gohlke gestern im Frankfurter Hauptbahnhof eine Kunstgalerie eröffneten. In einem kreisrunden Hinterzimmer des „Buffet Vitesse“ des Schnellrestaurants im weitläufigen Schienennotenpunkt, wurde damit das neue Projekt „Zug zur Kunst - Kunst-Station Frankfurt (M) Hbf“ gestartet. Der österreichische Künstler Arnulf Rainer hat dafür 30 Bilder unter dem Titel „Gesichter Christus Gesichter“ zur Verfügung gestellt.

Von ihnen, den übermalten, verkritzelten und verformten mittelalterlichen Köpfen des Erlösers erhofft sich die Bahn nach den Worten von Bannas selbst eine Art „Erleuchtung“. Der Präsident: „Wir wollen weg von den Sexkinos und gleich mehrere Etagen nach oben steigen, um das Bild der Bahn zu verbessern.“ In anderen Bahnhöfen würden bereits



Eines der „Christusgesichter“ von Arnulf Rainer im Frankfurter Hauptbahnhof

Konzerte gegeben und Theaterstücke aufgeführt. Mit dem Frankfurter „Hbf“ wolle die „neue Bahn“ von nun an „Tor“ sein für das „neue Frankfurt, diese Kunst- und Kulturmetropole“. In Vorbereitung sind Ausstellungen von Werken Joseph Beuys', Alfred Hrdlickas und Ernst Egon Kalinowskis.

Damit es recht viele der täglich 250 000 Reisenden, die hier ankommen und abfahren, auch merken, sollen die Lautsprecher zwischen den Zugansagen immer wieder zum Besuch des „Pavillons“ einladen. „Ideal-fall“ freilich wäre nach Bannas, wenn auch Leute kämen, die sonst nie den Bahnhof betreten - wie zu jenen seligen Zeiten, da noch eine „Traube von Menschen am Bahnsteig stand, um den Zug aus Rom zu bestaunen“.

Vivat, crescat, floreat. Sie ist wieder gefragt, die „alte Burschenherrlichkeit“. Das spüren auch die katholischen farbentragenden Verbindungen, die im Cartellverband (CV) zusammengeschlossen sind, dem größten Studenten- und Akademikerverband Europas. Tradition wird großgeschrieben, an großen Visionen für die Zukunft aber mangelt es. Heute tritt der Verband in Frankfurt zur 100. Cartellversammlung zusammen.

Tradition allein ist keine Garantie für die Zukunft

Heinrich Brüning war einer, Engelbert Dollfuß und Heinrich Lübke - und auch Franz Josef Strauß ist einer, dieser allerdings genauso wie der einstige Papst Pius XII. so wie fast alle deutschen Bischöfe erst nach dem Studium und ehrenhalber. Was sie untereinander und mit derzeit rund 32 000 anderen Akademikern in der Bundesrepublik Deutschland eint, sind die bunten Bänder des CV, des Cartellverbandes der katholischen deutschen Studentenverbindungen. Mit Mütze und Band, Charliertem und Komant wird von heute an ein dreifaches Jubiläum in Frankfurt gefeiert: die 100. Cartellversammlung, Aufnahme der 120. Verbindung in den CV sowie das 130. Jahr des Bestehens.

Relativ spät erst sind die CV-Korporationen ins studentische Leben getreten und haben in ihrem äußerlichen Erscheinungsbild wie bei der demokratischen inneren Struktur die wesentlichen Erscheinungsmerkmale ihrer Verbindungs-„Vorfahren“ übernommen. Doch es waren nicht landsmannschaftliche oder patriotische Ideale, aus denen heraus sie - ähnlich wie andere katholische Studentenverbindungen - la KV oder Unitas - im vergangenen Jahrhundert entstanden. Gläubige Katholiken wollten sich vielmehr, ähnlich wie mit dem Katholiken-Tag, kraftvoll in der Öffentlichkeit wieder Geltung verschaffen, da die Säkularisierung der Gesellschaften in Europa immer weiter voranschritt und selbst in den Rheinländern nach der Übernahme durch Preußen die Auseinandersetzung zwischen Kirche und (protestantischem) Staat immer schärfere Züge annahm.

Bewußter Katholizismus, Kampf gegen die Säkularisierung - von die-

sen ursprünglichen Intentionen ist im Verlauf von 130 Jahren außer eher rituellen Resten nicht viel übrig geblieben. Der katholische Glaube als Aufnahme-Voraussetzung beschränkt sich weitgehend auf den Tauschein als Beleg. Zwar gibt es immer noch zu Beginn und am Ende des Semesters gemeinsame Gottesdienste, häufig noch zum Stiftungsfest, doch die Beteiligung der „Aktivitas“, der studentischen Mitglieder, erreicht seit mehr als 50 Prozent.

Der CV, der wie alle studentischen Verbindungen in einem „Lebensbund“ die akademische Jugend der „Aktiven“ mit den berufstätigen „Philistern“ eint, ist heute zwar die größte, aber ansonsten weitgehend eine Korporation wie Burschenschaften, Corps oder Landsmannschaften geworden. Allein das unbedingte Ablehnen des Mensur-Fechterns sorgt für grundsätzliche Unterscheidung.

Und die Mitglieder des Cartellverbandes haben auch die gleichen Probleme, den schlechten Ruf eines falschverstandenen elitären Denkens, der ihnen voraussetzt. So sind sie denn in den übrigen Laienvereinigungen, etwa im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, nur mit innerer Distanz gelitten. Und die Bischöfe, obwohl selbst fast alle Ehrenmitglieder im CV, sehen ihre Priester-Seminaristen am liebsten nicht in den Korporationen, gründen sogar eigene, Seminar-interne Verbindungen.

Doch angesichts einer immer unpersönlicher werdenden Umwelt und Furcht einflößender Massen-Universitäten haben die CV-Verbindungen derzeit keine Mühe, genügend „Fuxe“ als Nachwuchs unter den Studenten zu „keilen“. Preisgünstige Zimmer in ihren teilweise prächtigen Verbindungshäusern wischen dann



Bunte Farben, Burschen, Bänder und Banner beherrschen in diesen Tagen die Kulisse der Mainmetropole Frankfurt

häufig die letzten Zweifel bei den Interessenten hinweg. Zwar steht die „religio“ unverändert an erster Stelle der vier Prinzipien des CV, doch in der Wirklichkeit hat die „amicitia“, die Freundschaft, längst den höchsten Stellenwert. „Patria“, die Vaterlandsliebe, ist eine Besonderheit, die den CV von den anderen katholischen Verbindungen unterscheidet. Und die „scientia“, die Wissenschaft, sorgt dafür, daß manche CV-Verbindung fast zu einer Fach-Korporation geworden ist, in der Studenten aller Semester sowie einige ihrer Professoren beim Studieren helfen.

Hilfe für den eigenen akademischen Nachwuchs gehört fraglos bei allen Korporationen zu den reizvollen Argumenten bei der Nachwuch-

werbung. Wenn Kritiker dann von Amterpatronage sprechen, wird ihnen in aller Regel mit Überzeugung begegnet: Bei gleichwertigen Bewerbern für eine Stelle sei es doch einsehbar, daß derjenige bevorzugt werde, bei dem man wisse, welche Grundüberzeugungen ihm aufgrund des gemeinsamen Bandes leiteten.

Die Delegierten werden sich unter dem Motto „Verantwortung übernehmen - Die Zukunft gestalten“ bis zum 15. Juni in Frankfurt mit nichts weniger als der Frage nach der Existenzberechtigung des Verbandes beschäftigen müssen. Die Berufung auf die Tradition mag zwar gut in die Zeit passen und ist auch notwendig, genügt aber nicht. Vom Einfluß des Cartellverbandes auf die Hochschul-

Bildungs- und Gesellschaftspolitik aber ist nicht mehr viel zu spüren. Eine traurige Bilanz für Europas größten Studenten- und Akademikerverband.

Der mit einem Augenzwinkern geübte „Komment“ hilft da nicht weiter. Zum Beispiel der der zehn ältesten CV-Verbindungen, die sich als die vornehmsten fühlen und sich intern zum „Weißen Ring“ zusammengeschlossen haben. Erkennungszeichen bei Veranstaltungen ist die weiße Nelke im Knopfloch, die am Ende des Abends von Füxen mit Messer und Gabel auf dem Silbertablett den Trägern zum Verzehr dargeboten wird. Mit einem „fiducit“ wird sie dann hiermäßig hinuntergespült. PETER PHILIPPS

Notlandung nach Panne im Bordcomputer

AP, Frankfurt/Stuttgart

Eine Boeing 737 der irischen Fluggesellschaft Air Lingus ist gestern mittig auf dem Flughafen Stuttgart notgelandet. Nach Informationen des Deutschland-Büros der Gesellschaft in Frankfurt hatte der Bordcomputer dem Piloten fälschlich einen Brand in einem der beiden Triebwerke des Kurzstreckenjets gemeldet. Der Pilot habe daraufhin das Triebwerk abgeschaltet und sei mit dem Schub des verbleibenden Motors notgelandet. Menschen sind nicht verletzt worden und an der Maschine sei kein Schaden entstanden, sagte Air-Lingus-Sprecher Edward Cunningham.

Brand in Kühlager

dpa, Herne

Tonnen von geschmolzenem Käse und hartgekochte Eier fanden die Feuerwehrleute beim Löschen eines Brandes in Herne, der in der Nacht zum Mittwoch in einem Kühlager für Frischprodukte einen Sachschaden von rund einer Million Mark verursachte. Nach Angaben der Feuerwehr wurde das Feuer vermutlich durch ein Kühlagregat verursacht, das wegen der hochsommerlichen Temperaturen am Dienstag auch über Nacht eingeschaltet blieb.

Keine Förderung

AP, Kassel

Das Bundessozialgericht in Kassel hat entschieden, daß berufliche Fortbildungsmaßnahmen von Arbeitern nur dann zu fördern sind, wenn die Arbeitnehmer vorher nach Abschluß ihrer Berufsausbildung mindestens drei Jahre im Beruf tätig waren. Damit wurde in letzter Instanz die Klage eines Mannes aus Detmold abgewiesen, der nur insgesamt zwei Jahre und sieben Monate als Facharbeiter tätig war. Der Mann wollte eine Fachschule besuchen und verlangte dafür die Förderung durch das Arbeitsamt (Az: 11 RA 15/85).

Gratis nach Britannien

gfm, London

In der Nacht zum Mittwoch trafen in London die ersten 500 Amerikaner ein, die das glückliche Los gezogen hatten, gratis über den Atlantik transportiert zu werden. Etwa 4500 Landeplätze werden folgen. Für diese Aktion spendiert die britische Fluggesellschaft British Airways rund 14 Millionen Mark, sie will damit die Amerikaner überzeugen, daß es keineswegs gefährlich ist, Europa zu besuchen. Die Kampagne wurde zu einem „Riesenerfolg“. Etwa eine Million bewarb sich um die 5200 Flugscheine.

„Lustfahrt“ findet statt

dpa, München

Der Freistaat Bayern unterlag gestern im Rechtsstreit um die „König Ludwig Lustfahrt“, die für den Todestag des Märchenkönigs Ludwig II. am 13. Juni auf dem Starnberger See geplant ist. Die Schlösser- und Seenverwaltung hatte dem Verein „Das andere Bayern“ ein Schiff zur Verfügung gestellt, die Zusage jedoch rückgängig gemacht, als nähere Angaben zu den geplanten Veranstaltungen bekannt wurden. So ist bei dem Spektakel eine Travestie-Show, eine Devotionalienversteigerung, ein „historisches Bärenfest“, eine königliche Himmelfahrt und eine Ludwig-Sissi-Szene geplant. Mit diesem Veranstaltungsprogramm sah die staatliche Verwaltung die Gefahr gegeben, die Person König Ludwig II. verächtlich oder lächerlich zu machen und im Ansehen, das dieser in weiten Teilen der Bevölkerung genießt, herabzusetzen.

ZU GUTER LETZT

Jetzt stehen die Verantwortlichen auf der letzten erkennbaren Stufe der Leiter mit dem Rücken an der Wand. Sie werden von den Butter-, Rindfleisch- und Getreidebörsen, den Wein- und Olivenölsen u. a. erdrückt. Aus einer Mitteilung des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels.

WETTER: Freundlicher

Lage: Die nach Deutschland eingedrungene kühle Meeresluft gelangt unter höheren Luftdruck von Westen her, so daß sich Störungsreste allmählich auflösen.

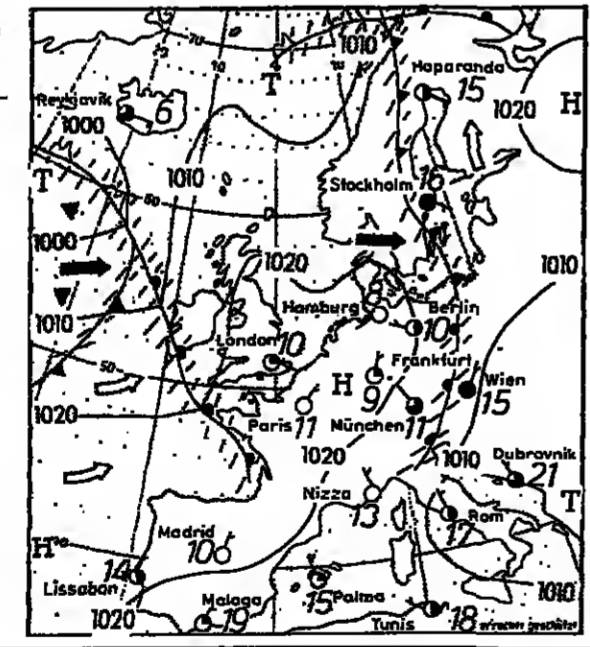
Vorhersage für Donnerstag: Im südöstlichen Bayern anfangs noch regnerisch. Temperaturen dort frühmorgens um 10 Grad, nachmittags um 15 Grad. Im übrigen Deutschland wechselnd wolkig, örtlich Aufheiterungen und weiter abnehmende Schauerneigung. Höchsttemperaturen 16 bis 19 Grad. Nächtl. Tiefstwerte um 9 Grad. Schwacher bis mäßiger, tagsüber leicht böiger Westwind.

Weitere Aussichten: Freundlicher und wärmer.

Sonnenaufgang am Freitag: 5.05 Uhr*, Untergang: 21.39 Uhr; Mond-aufgang: 10.28 Uhr, Untergang: 1.20 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 12. Juni, 8 Uhr

- Wolkenbedeckung: hoch, teilweise, bedeckt, bewölkt, wolkig, wolkenlos, klar, Nebel, Regen, Schnee, Schauer, Gewitter, Hochdruckgebiet, Tiefdruckgebiet, Temperatur in C, Windrichtung, Windstärke, Luftdruck in hPa, Luftdruck in Torr, Luftdruck in mmHg, Luftdruck in mb, Luftdruck in hPa, Luftdruck in Torr, Luftdruck in mmHg, Luftdruck in mb.



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 14 Uhr (MESZ):

Land	Stadt	Temperatur	Wetter
Deutschland:	Berlin	17	bw
	Hamburg	15	bw
	München	18	bw
	Köln	16	bw
	Dresden	18	bw
	Düsseldorf	16	bw
	Frankfurt	15	bw
	Leipzig	16	bw
	Stuttgart	15	bw
	Wuppertal	16	bw
	Regensburg	16	bw
	Salzburg	15	bw
	Wien	15	bw
	Zürich	15	bw
Frankreich:	Paris	15	bw
Italien:	Rom	15	bw
Spanien:	Madrid	15	bw
Polen:	Warschau	15	bw
Ungarn:	Budapest	15	bw
Österreich:	Wien	15	bw
Schweden:	Stockholm	15	bw
Norwegen:	Oslo	15	bw
Dänemark:	Kopenhagen	15	bw
Finnland:	Helsinki	15	bw
Russland:	Moskau	15	bw
USA:	New York	15	bw
Japan:	Tokio	15	bw
Australien:	Sydney	15	bw
Neuseeland:	Auckland	15	bw

Die Tollwutgefahr nicht unterschätzen

Mediziner raten zur Prophylaxe vor Reiseantritt / Billigere Vakzine auf dem Markt

LUDWIG KÜRTE, Bonn

„In allen Ländern Südasiens ist die Tollwut weit verbreitet, vor allem jedoch in Indien. Für die dortigen Behörden ist sie ein Schreckgespenst. Streunende Hunde stellen auch für Touristen eine Gefahr dar“, dies äußerte Professor Eberhard Bulling vom Bundesgesundheitsamt (BGA) in Berlin gegenüber der WELT. Der tragische Fall der jungen Engländerin, die am Dienstag in der Hamburger Universitätsklinik an einer Tollwut-Infektion gestorben war, wird damit zu einer ersten Warnung für Reisende in asiatische Länder.

Die Frau war vor einigen Monaten während einer Indienreise von einem Hund gebissen worden. Als sich Wochen später die ersten Krankheitssymptome zeigten, war es für eine Behandlung zu spät, die Ärzte konnten sie nicht mehr retten.

Möglichst schnell zum Arzt

Professor Bulling wies darauf hin, daß die Frau nach dem Angriff des Hundes sofort einen Arzt hätte aufsuchen müssen. „Auch eine nachträgliche Impfung reicht aus, um die Krankheit nicht ausbreiten zu lassen“, so der Berliner Experte. Dabei kommt es aber darauf an, daß so wenig Zeit wie möglich nach der Infektion vergeht. Bulling empfiehlt allen Touristen, die in tropische Länder

reisen, nach Unfällen mit Tieren sofort einen Arzt aufzusuchen.

„Die Erfahrung zeigt allerdings, daß oft vor Ort kein Impfstoff verfügbar ist“, so der Direktor der Bundesforschungsanstalt für Virusforschung, Professor Lothar Schneider. Er empfiehlt daher, sich schon vor Reiseantritt prophylaktisch impfen zu lassen. Dies gelte vor allem für Touristen, die in tropischen Ländern „ins Landesinnere hineingehen“ und damit ein größeres Risiko besitzen, mit infizierten Tieren in Kontakt zu kommen. Bisher sei der Impfstoff zwar sehr teuer gewesen, doch gebe es neuerdings eine von der Firma Behring hergestellte Vakzine, die die Kosten um 75 Prozent reduziere.

In der Bundesrepublik ist die Tollwut ein weit geringeres Problem, so versicherten beide Experten. In den letzten 15 Jahren habe es nur noch ein oder zwei Fälle gegeben, in denen Menschen infiziert worden seien. Zwar gebe es hierzulande auch heute noch viele Wildtiere, die mit dem Erreger der Krankheit infiziert seien - vor allem Füchse, doch nehme die Verseuchung ständig ab.

Vor allem die vor einigen Jahren begonnene „Schluckimpfung für Füchse“, bei der die Tiere mit Hilfe von Ködern geimpft werden, habe bereits große Erfolge gezeigt. Dennoch wird empfohlen, niemals tote Wildtiere anzufassen. Hundehaltern wird geraten, die Tiere vorbeugend impfen

zu lassen. Seit vielen Jahren gibt es einen hillygen und gefahrlosen Impfstoff, der bisher allerdings von den Hundebesitzern nur in geringem Maße genutzt wird.

Von Viren verursacht

Die Tollwut ist eine Infektionskrankheit, die von Viren verursacht wird. Überträger des Erregers sind meistens Säugetiere, vor allem Füchse, Hunde, Katzen und Rinder. In Lateinamerika wird die Tollwut auch von einer bestimmten Fledermausart übertragen, der sogenannten Vampirfledermaus. Das Virus breitet sich nach einer Infektion vor allem entlang der Nervenbahnen aus und wandert ins Gehirn. Solange keine Krankheitssymptome auftreten, kann man nicht sicher feststellen, ob ein Tier infiziert ist oder nicht.

Zwischen der Infektion und dem Auftreten der ersten Symptome vergehen meistens 30 bis 90 Tage. Die Inkubationszeit hängt wesentlich davon ab, wie weit die Infektionsstelle (also die Bißwunde) vom Gehirn entfernt liegt. Eine Tollwutkrankung äußert sich in einer Gehirnentzündung und schweren Atemlähmungen, die unweigerlich zum Tod führen. Bei infizierten Tieren kommt das Virus auch im Speichel vor. Es kann daher bei einem Biß leicht übertragen werden.

Ein geflügeltes Wort: „Was macht der Dollar?“ Anton Zischka. Der Dollar - ein anderes fast mystisches Wort für Geld in allen Sprachen der Erde. Erstmals wird nun die Geschichte der mächtigsten Währung der Welt erzählt, von 1785 bis in die Gegenwart. Der „allmächtige Dollar“ hatte aber auch immer wieder Höhen und Tiefen. Mit dem Dollar steht und fällt die Wirtschaft aller Länder. 366 Seiten, Leinen, DM 34,- Wirtschaftsverlag Langen Müller/Herbig

Wieder Zuversicht und Optimismus! Jack Kemp, Roland Leuschel. Die amerikanische IDEE Wachstum - unsere Zukunft. Der Dow-Jones noch in diesem Jahr bei 2.000 und darüber... das Hauptproblem der Zukunft: Überbeschäftigung der Wirtschaft... das amerikanische Steuermodell wird auch in Europa neuen Wohlstand für alle schaffen. Jack Kemp: der nächste Präsident nach Reagan? Roland Leuschel: seit Jahren hat er mit seinen Prognosen recht! 257 Seiten, Leinen, DM 32,- Wirtschaftsverlag Langen Müller/Herbig

Es muß wieder Spaß machen, Geld zu verdienen - für sich selbst und nicht für das Finanzamt Walter Wittmann. Die marktwirtschaftliche Wende in der Finanzierung des Staates ist überfällig. Nun sind die Politiker an der Reihe! Es liegt an ihnen, die Wende in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu vollziehen. 256 Seiten, DM 32,- Wirtschaftsverlag Langen Müller/Herbig

Diese Titel sind über den Buchhandel oder über die Adresse Vertrieb DIE WELT/WELT am SONNTAG Postfach 100864, 4300 Essen 1 zu beziehen. Anton Zischka Der Dollar 34,- J. Kemp/R. Leuschel Die amerikanische IDEE 32,- Walter Wittmann Der Steuerstaat (Das Gewinnscheit bis anhin) 32,- Bitte buchen Sie den Betrag von meinem Konto ab. Bank, Ort Konto-Nr. Banktitel Name Vorname Straße, Haus-Nr. PLZ/Ort Datum Unterschrift